



zur debatte

6/2019

Themen der Katholischen Akademie in Bayern

Historische Tage 2019

Die Bundesrepublik Deutschland

Wegmarken und Trends 1949 – 1989



Foto: akg-images

Der Parlamentarische Rat verabschiedete das Grundgesetz in dritter Lesung am 8. Mai 1949; am 23. Mai 1949 trat es dann in Kraft: das Gründungsdatum der Bundesrepublik Deutschland.

Mit der Geschichte unseres Landes, der Bundesrepublik Deutschland, befassten sich die Historischen Tage 2019. Anlass der Tagung war, dass die Bundesrepublik – genauso wie ja auch die DDR – vor 70 Jahren entstand und heuer daher einen runden Geburtstag feiert. Anhand ausgewählter Themen-

felder sollten die ersten 40 Jahre, die der „alten“ Bundesrepublik, beleuchtet werden. „Wegmarken und Trends 1949 – 1989“ hieß dann auch der Untertitel der Tagung, die vom 6. bis zum 8. März 2019 stattfand.

Und diese Wegmarken machten wir meist an konkreten Daten fest, an denen

sich Entwicklungen zum ersten Mal zeigten oder diese einen (vorläufigen?) Höhepunkt erreichten. Die Expert*innen, die wir gewinnen konnten, gingen in ihren Referaten somit von einem konkreten Ereignis aus und erläuterten dann im Anschluss die teilweise komplexen Entwicklungen davor und auch danach.

Dankenswerterweise zeigte sich die große Mehrheit der Referent*innen bereit, ihre Vorträge zu überarbeiten und nun auch für den Druck bereitzustellen, so dass wir die Historischen Tage in dieser Ausgabe unserer Zeitschrift jetzt dokumentieren können.

Wunder gibt es immer wieder. Mythos Wirtschaftswunder

Werner Abelshauer

I. Einleitung

Der Mythos vom Wirtschaftswunder lebt vom Kontrast mit der bitteren Realität, die der Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 1945 mit sich brachte. Vernichtung und Lähmung weiter Teile der wirtschaftlichen Infrastruktur und der augenscheinlich totale Stillstand der Produktion ließen keine Hoffnung aufkommen, Deutschland könne die Niederlage – wie nach dem Ersten Weltkrieg – in absehbarer Zeit wirtschaftlich verkraften. Die Siegermächte waren offenbar fest entschlossen, ihre eigene Wirtschaft und die ihrer Verbündeten zu Lasten Deutschlands zu stabilisieren, die potentiellen Märkte der besiegten wirtschaftlichen Großmacht unter sich aufzuteilen, vorhandene Produktionsanlagen zu demontieren und deutsche Produktion nur soweit zu erlauben, wie sie den Besatzungsmächten direkt zu Gute kam. Für die Bevölkerung der vom Bombenkrieg zerstörten Städte hieß dies Hunger, Not und Elend – und kein Ende war abzusehen.

Angesichts dieser scheinbar hoffnungslosen Ausgangslage musste den Zeitgenossen die schon 1948 einsetzende Reihe sichtbarer wirtschaftlicher Erfolge in den westlichen Besatzungszonen unerklärlich erscheinen, wenn man sie nicht in direkten Zusammenhang mit konkreten politischen Ereignissen brachte, denen bis dahin unbekanntere Wirkungen zugeschrieben wurden. Schon wenige Wochen nach der Währungsreform vom 20. Juni 1948 war es kein geringerer als der Oberdirektor des Wirtschaftsrates der Bizone, Hermann Josef Pünder, der ihre Folgen in die Nähe eines Wunders rückte.

Das Wirtschaftswunder, das seitdem immer wieder beschworen wurde, war seit den dreißiger Jahren nicht nur dem früheren Zentrumspolitiker ein vertrauter Begriff. Er stand für den im internationalen Vergleich verblüffenden Erfolg der keynesianischen Strategie des Deutschen Reiches gegen die Folgen der Weltwirtschaftskrise und nährte weit über Deutschland hinaus die Hoffnung auf Rückkehr zu einer nicht enden wollenden Prosperität, wie sie in den USA der zwanziger Jahre immer wieder als ‚Wunder‘ apostrophiert worden war. Selbst die SPD konnte 1936 im Prager Exil „das deutsche Wirtschaftswunder“ nicht ignorieren, sorgte es doch dafür, „daß das Regime gerade in der Arbeiterschaft noch auf die meisten Anhänger zählen könne“. Sie führte es „auf einen starken Auftrieb“ zurück, „den bestimmte Industriezweige von zusätzlichem Rüstungs- und Kriegsbedarf erfahren haben“.

Dagegen ließ der Pate der *Sozialen Marktwirtschaft*, Alfred Müller-Armack, selbst noch nach Kriegsende diese bis heute beliebte Erklärung der nationalsozialistischen Arbeitsbeschaffung nicht gelten. Obwohl er den keynesianischen „Lenkungsapparat“ des NS-Wirtschaftswunders für seine Vorstellung von Marktwirtschaft ablehnte, wollte er ihm seinen „äußeren Erfolg“ nicht absprechen, der ihm im In- und Ausland den Ruf als „überlegene Methode“ einbrachte – wohl wissend, dass der Rüstungsboom in Deutschland erst nach der Wahrnehmung des ‚Wunders‘ einsetzte.



Prof. Dr. Werner Abelshauer, Forschungsprofessur für Historische Sozialwissenschaft an der Universität Bielefeld

Auch wenn die Gründe für das ‚NS-Wunder‘ umstritten und in der Ursachenforschung nicht im Geringsten mit

der Nachkriegsentwicklung vergleichbar waren, so bot sich der vertraute Begriff doch an, um einer auf den ersten Blick unerklärlichen Entwicklung einen Namen zu geben. Tatsächlich gleichen sich die statistischen Ausprägungen der beiden Wirtschaftswunder weitgehend, wenn man sie als Rückweg auf den langen Wachstumspfad der deutschen Wirtschaft ansieht, der seine Kontinuität seit dem Kaiserreich entwickelt hat.

Als Ursachen eines Wirtschaftswunders, das die Hoffnungslosigkeit der deutschen Zusammenbruchs-Gesellschaft überwinden konnte, bot sich eine Reihe wirtschaftspolitischer Innovationen an, die – jede für sich – den Anspruch erhoben, der wirtschaftlichen Lähmung ein Ende zu setzen. Der Effekt der vollen Schaufenster, den die Währungsreform von heute auf morgen auslöste, gehörte sicher zu diesen Erklärungsanstößen, obwohl die Auswirkungen des neuen Geldes und der es begleitenden ersten Schritte in die Marktwirtschaft nicht allen Menschen zugute kamen und im November 1948 zum ersten und bisher einzigen Generalstreik führten.

Das Wachstum beschleunigte die Währungsreform nicht wesentlich. Vielmehr ordnet sie sich in den Wirtschaftsaufschwung ein, der im Herbst 1947 begann und eine Voraussetzung für ihren Erfolg war. Auch die Soziale Marktwirtschaft gehörte eher zu den späten Erklärungsmustern des Wirtschaftswunders. Das wirtschaftspolitische Programm der neuen Bundesregierung, das in Wirtschaftsminister Ludwig Erhard einen populären Verfechter fand, blieb lange Zeit ein von Absichtserklärungen und Reformversuchen geprägtes Konzept, dessen Glaubwürdigkeit eher von der Dynamik des Nachkriegswachstums

lebte als wesentlich zu ihr beizutragen. Anders verhielt es sich mit dem Marshallplan. Mit seiner ‚Milliarden-Dollarhilfe‘ schien er die westdeutsche Wirtschaft zu beflügeln, noch ehe die ersten Hilfslieferungen überhaupt in Bremerhaven eingetroffen waren und ließ dies auch jedermann immer wieder wissen. Mehr noch: er schuf einen Mythos, der nicht nur das deutsche Wirtschaftswunder erklären wollte, sondern bis heute wirksam ist, wenn es darum geht, überall auf der Welt entwicklungspolitische Wunder zu bewirken.

II. Mythos Marshallplan

Unter den Nachwirkungen des Morgenthau-Planes beschränkte sich der Wiederaufbau der deutschen Westzonen bis Frühjahr 1947 auf die Verwalter des deutschen Zusammenbruchs. Der Plan des einflussreichen US-Finanzministers, die deutsche Exportnation im eigenen und britischen Interesse vom Weltmarkt auszuschließen, stieß freilich rasch auf den Widerstand einflussreicher Wirtschaftskreise und der zuständigen Ministerien, wie des State Departments. So änderte sich allmählich die Zielsetzung der amerikanischen Europapolitik – und damit die Rolle, die das besiegte Deutschland in Europa spielen sollte. Die Morgenthauseche Devise, Westeuropa zu Lasten Deutschlands zu stabilisieren, erwies sich offensichtlich als unrealistisch. Zwei Jahre nach Kriegsende hatte die US-Regierung verstanden, dass noch so umfangreiche Demontagen und andere deutsche Reparationsleistungen nicht reichten, um schwache Industrieländer wie Großbritannien oder Frankreich zu Ausstattern des europäischen Wiederaufbaus zu machen. Hingegen war ihr seit Ende



Foto: akg-images

George Marshall, US-Außenminister unter Präsident Truman, war der Initiator und Namensgeber des Marshall-Plans, dessen v. a. psychologische Wir-

kung positiven Einfluss auf die westdeutsche Wirtschaft in den späten 40er und frühen 50er Jahren hatte.



Foto: akq-images

Schon 1953 wurde der 500 000. VW-Käfer – ein Symbol des Wirtschaftswunders – produziert und dann auch verkauft. Unser Bild zeigt die Feierstunde im Wolfsburger VW-Werk.

1945 bis ins Detail bekannt, dass die deutsche Wirtschaft – ungeachtet der Bombenschäden – leistungsfähiger als vor dem Kriege sein konnte, wenn man sie nur ließe. Anfang 1947 zog die US-Regierung daraus die Konsequenzen, indem sie nunmehr nach der Devisenverfuhr, Westeuropa nicht länger zu Lasten, sondern mit Hilfe des deutschen Wirtschaftspotentials zu stabilisieren.

Für die deutschen Westzonen führte dieser Kurswechsel zu einem grundlegenden Wandel der Rekonstruktionsbedingungen. Zum einen verfuhr die Besatzungsmächte nun immer großzügiger bei der Erteilung von *Permits*, d. h., sie erlaubten den Betrieben, die vorhandenen Anlagen, Arbeitskräfte und Rohstoffe produktiv zu nutzen. Gleichzeitig senkten sie die Demontagelast bis 1949 auf 38 Prozent des ursprünglichen Ansatzes. Das am 3. April 1948 vom US-Kongress verabschiedete European Recovery Program (ERP), das bald nach dem federführenden Außenminister George C. Marshall benannt wurde, verkörperte die umfassendste Konzeptualisierung der neuen amerikanischen Strategie für Europa. In ihr sollte Westdeutschland – ob es wollte oder nicht – die aktive Rolle übernehmen, die seiner strategischen Bedeutung für die Stabilisierung Westeuropas entsprach.

Ludwig Erhard, der Leiter der deutschen Verwaltung für Wirtschaft, hatte im Vorfeld des Marshallplans für frei verfügbare Kapitalhilfe plädiert, deren gezielter Einsatz ermöglicht hätte, den westdeutschen Wiederaufbau zu beschleunigen und nach Wunsch zu gestalten. Tatsächlich floss aber kein einziger Dollar nach Deutschland, über den die Militärregierung, geschweige denn die deutsche Wirtschaftsverwaltung, hätten verfügen können. Der materielle

Kern des ERP-Programms für Westdeutschland bestand vielmehr neben der Fortsetzung der Nahrungsmittelhilfe vor allem aus amerikanischer Devisenhilfe, die es US-Exporteuren erlaubte, von der Marshallplan-Administration (ECA) dazu bestimmte Waren nach Deutschland zu liefern, während deutsche Importeure den Rechnungsbetrag in Landeswährung auf ein *Gegenwertkonto* einzahlen konnten.

Es handelte sich bei diesen Marshallplan-Gütern auch nicht um Träger innovativer Technologien oder sonstiger aufbauspezifischer Importe. Die Lieferungen bestanden im Wesentlichen aus Rohbaumwolle und Tabak aus den Südstaaten der USA. Daran knüpften sich auf deutscher Seite Mutmaßungen, die USA würde den Marshallplan als Vorspann für die Verwertung heimischer Überschüsse nutzen. Tatsächlich betrug der Anteil an Maschinen und Fahrzeugen lediglich 2,3 Prozent der ERP-Einfuhren. Während die im ERP-Vertrag vorgesehene Propagandamaschine schon auf Hochtouren lief, musste der deutsche *Berater für den Marshallplan* in seinem vertraulichen Jahresbericht 1948 einräumen, dass das Programm bis Anfang 1949 nur „wenig unmittelbar greifbare wirtschaftliche Ergebnisse“ bewirkt hatte. Nach außen hin wurde die Öffentlichkeit aber von Anfang an falsch über Art und Ausmaß der Hilfsleistungen unterrichtet. In der Bevölkerung entstand so der Eindruck, dass Fortschritte dem Marshallplan und nicht der eigenen Rekonstruktionsdynamik zuzuschreiben waren.

Auch der stellvertretende Militärgouverneur, General William H. Draper, musste früh einräumen, dass das Hilfsprogramm als Folge der „heillosen Bürokratie“ der Marshallplan-Verwaltung

„vergleichsweise unwirksam“ war. Im Frühjahr 1949 trafen zwar endlich Lieferungen in nennenswertem Umfang in Bremerhaven ein. Es häuften sich aber gleichzeitig die Klagen über nicht ausgenutzte Kontingente, weil deutsche Importeure Schwierigkeiten hatten, Marshallplangüter aufzunehmen – sei es, weil sie zu spät kamen, sei es, weil sie im Vergleich zum Weltmarktangebot zu teuer oder von schlechter Qualität waren, wie die in der deutschen Textilindustrie unbeliebte (low-grade) Rohbaumwolle.

Der Direktor der Verwaltung für Wirtschaft sah sich paradoxer Weise vor die Aufgabe gestellt, anstatt Probleme mit Hilfe des Marshallplans zu lösen, das materielle ERP-Programm in Deutschland vor offenem Versagen zu bewahren. Er setzte die westdeutsche Wirtschaft solange unter Druck, bis sie schließlich „freiwillig“ einwilligte, den ECA-Kontingenten Priorität vor den aus deutschen Exporterlösen finanzierten und in der Regel wettbewerbsfähigeren gewerblichen Einfuhren zu geben. Die *Bank deutscher Länder* war ebenfalls zähneknirschend bereit, durch ein größeres kreditpolitisches Engagement die ERP-Lieferungen bis zu einem gewissen Grad zu subventionieren.

Der Marshallplan hatte aber auch noch eine andere, für die westdeutsche Wirtschaft sehr viel wichtigere Seite. Weil die USA das deutsche Wirtschaftspotenzial für den Wiederaufbau Westeuropas nunmehr aktiv nutzen wollten, stellten sie in den bilateralen ERP-Verträgen ein Junktim zwischen dem Bezug von Marshallplanhilfe und dem Verbot der Entnahme von Reparationen aus der laufenden deutschen Produktion her. Dies betraf vor allem die Besatzungsmächte Großbritannien

Themen „zur Debatte“

Wunder gibt es immer wieder. Mythos Wirtschaftswunder	
Werner Abelshäuser	2
Eine ganz normale Nation? Deutschland und die Fußballweltmeisterschaft 1954	
Franz-Josef Brüggemeier	6
Westbindung 1955 – Die politische Koordinatenverschiebung	
Michael Kißener	9
Die DDR – eine sozialistische Diktatur, die sich am 13. August 1961 einmauerte	
Klaus Schroeder	12
1963 bis 1965: Fritz Bauer und der Auschwitz-Prozess	
Sybille Steinbacher	16
Das letzte Treffen der Gruppe 47 im Jahr 1967. Eine literarische Institution und ihr Einfluss auf die Bonner Republik	
Günther Rütter	19
Das Attentat auf Rudi Dutschke. Die 68er-Bewegung und ihre Folgen	
Wolfgang Kraushaar	22
Der Essener Katholikentag	
Bernhard Vogel	25
Der Kniefall von Warschau. Neue Ostpolitik im Zeichen der Entspannung	
Manfred Görtemaker	28
Neue Perspektiven auf die Geschichte der RAF – 40 Jahre danach	
Petra Terhoeven	31
Friedensdemonstration im Bonner Hofgarten. Dynamiken von Sicherheit und Frieden im letzten Jahrzehnt des Kalten Krieges	
Eckart Conze	34
Impressum	31



Foto: akg-images

Ludwig Erhard trug durch seine Politik, aber vor allem durch seinen ansteckenden Optimismus, der auch Augenzwinkern zuließ, zur rasanten Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft bei.

und Frankreich. Aber auch den anderen Reparationsgläubigern wurde der ausgesprochene Verzicht auf den größten Teil der Demontagen durch ERP-Hilfe kompensiert.

Der Vorteil für die deutsche Wirtschaft lag auf der Hand, aber auch die Wirtschaft der übrigen am Marshallplan teilnehmenden Staaten profitierte von der wachsenden Stärke eines politisch von seinen Fesseln befreiten Lieferanten von Wiederaufbaugütern in der Mitte Europas. Um diesen Effekt noch zu verstärken, ließ sich die ECA ab dem zweiten Marshallplanjahr eine Methode einfallen, wie sie im Rahmen des ERP die Wiederherstellung der innereuropäischen Marktbeziehungen weiter fördern könnte. Sie knüpfte einen wachsenden Teil der Devisenhilfe an die Bedingung (*conditional aid*), dass der Empfänger dafür anderen Mitgliedstaaten Ziehungsrechte (*drawing rights*) auf die eigene Währung gewährte. Die Verteilung der Ziehungsrechte orientierte sich an der Einschätzung von ECA, ob das jeweilige Land künftig in der Lage sei, Zahlungsbilanzüberschüsse zu erzielen oder ob es Defizite verkraften müsste.

Nach Lage der Dinge – und sehr zum Ärger der deutschen Wirtschaftsverwaltung – wurde die Bizone als potenzielles Überschussland eingestuft, so wie Großbritannien, Belgien oder Italien. Gewiss wäre es 1949 auch politisch nicht gerade opportun gewesen, die Westzonen in den Genuss ERP-geförderter Devisenhilfe für Einkaufsmöglichkeiten in den europäischen Nachbarländern kommen zu lassen, wie dies für Frankreich, Österreich oder die Niederlande galt. Anders als für Großbritannien traf diese Einschätzung der wirtschaftlichen Stärke im deutschen Fall aber voll ins Schwarze.

Dieser „europäische“ Marshallplan hatte aus deutscher Perspektive einen ambivalenten Charakter. Die Westzonen

verloren im zweiten Marshallplanjahr nicht nur überdurchschnittlich an Devisenhilfe aus dem Marshallplan, sondern mussten erst recht in Form von *conditional aid* am Gesamteffekt empfangener Auslandshilfe die höchsten Kürzungen zu Gunsten von Defizitländern hinnehmen. Es ist daher nicht überraschend, dass auch Erhard und seine Mitstreiter überzeugt waren, der Marshallplan habe „nicht das Geringste“ zum Aufschwung der Wirtschaft beigetragen.

Tatsächlich zehrte die Unterstützung für Berlin nahezu die gesamte Auslandshilfe auf, so dass auch das U.S. State Department davon überzeugt war, „that foreign aid is only a marginal factor in the recovery process“. Es bestätigte damit Ludwig Erhards feste Überzeugung, die den wahren Kern der Wirtschaftswundermythen kritisch umschrieb: „Unter der Wirkung einer allmächtigen Propaganda, täuschender Statistik, gedankenlosen Wiederholung ungeprüfter und irriger Behauptungen (...) und vor allem völligen Verkennung der wirtschaftlichen Zusammenhänge unterblieb jede Richtigstellung nicht nur der öffentlichen Meinung, sondern auch der Ansichten der Minister und Volksvertreter, die die Verantwortung tragen.“

Offensichtlich taugt der Marshallplan nicht als Erklärungsmuster für die Dynamik des westdeutschen Wirtschaftswachstums nach dem Zweiten Weltkrieg und schon gar nicht als Modell in Sachen Entwicklungshilfe. Der Marshallplan war in Westeuropa deshalb erfolgreich, weil er auf wirtschaftliche Substanz stieß. Er trug dazu bei, Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg zu stabilisieren, und gewährte potenziell starken Volkswirtschaften Hilfe zur Selbsthilfe. Vor allem aber war er eine grandiose Übung in Public Relations, die Entwicklungspolitiker bis heute in ihren Bann zieht.

III. Mythos „Stunde Null“

Ohne die Vorstellung einer „Stunde Null“ ist der Mythos vom Wirtschaftswunder nicht denkbar. Der Ende 1944 einsetzende Absturz der Wirtschaft, das weitgehende Versagen der Infrastruktur, der völlige Austausch der politischen Eliten, die totale Machtübernahme durch die Siegermächte und – nicht zuletzt – die weiten Trümmerlandschaften in den Großstädten suggerierten die Notwendigkeit eines völligen Neuanfangs in jeder Hinsicht. Auch noch vorhandene Ressourcen trugen das Brandzeichen der Reparationen oder unterlagen einem Produktionsverbot der Besatzer, soweit sie nicht für deren Bedarf bestimmt waren. Kein Wunder, dass die Finanzminister der Länder und Provinzen der britischen Besatzungszone Ende 1945 glaubten, vor einem Produktionsapparat zu stehen, „der nahezu auf die Anfangszeiten der Industrialisierung Deutschlands zurückgeworfen ist“.

Es waren die USA, die relativ rasch gewahrt wurden, dass dieser im In- und Ausland 1945 weit verbreitete Glaube täuschte. Westdeutschland war noch immer eines der am höchsten entwickelten Länder der Welt und nicht so stark zerstört, wie viele noch heute glauben. Dies war das Ergebnis der von der US-Luftwaffe im März 1945 eingesetzten Gruppe renommierter Wirtschaftsforscher, die unter der Leitung von John Kenneth Galbraith die Auswirkungen des strategischen Bombenkrieges auf die deutsche Kriegswirtschaft erforschten. Diese Information trug wesentlich dazu bei, die deutsche Wirtschaft im Rahmen des Marshallplans zur Stabilisierung Westeuropas einzusetzen.

Es gelang Galbraiths Team, das Ausmaß der Verluste, die die deutsche Kriegswirtschaft im Bombenkrieg erlitten hatte, nicht nur statistisch zu erfassen,

sondern sich auch durch eigene Anschauung ein realistisches Bild von der verbliebenen Substanz des wirtschaftlichen Kapitalstocks zu verschaffen. Die Ergebnisse blieben der internen Information der US-Regierung vorbehalten, denn der Bericht des United States Strategic Bombing Survey (USSBS) war in erster Linie eine Dokumentation der „katastrophalen Misserfolge des strategischen Bombardements“.

Während die Zerstörung von Hamburg, Köln, Frankfurt am Main und Berlin auf Galbraiths Team „absolut Grauen erregend“ wirkte, fand es schnell heraus, dass die meisten Angriffe auf Betriebe der deutschen Rüstungsindustrie nichts anderes als „kostspielige Fehlschläge“ waren. Es war offenbar schwierig, die Rüstungsindustrie aus der Luft zu treffen. So kosteten die Angriffe der 8. US Airforce auf die Schweinfurter Kugellagerindustrie im Spätsommer 1943 fast ein Drittel der beteiligten Flugzeuge und setzten den Verband monatelang außer Gefecht. Die Wirkung dieser Angriffe blieb hingegen außerordentlich schwach.

Der Schwerpunkt der alliierten Bombenangriffe lag deshalb seit März 1942 bewusst nicht mehr auf der Rüstungsindustrie, sondern auf dem Transportsystem und den – vom Völkerrecht geächteten – Flächenbombardierungen von Wohngebieten deutscher Städte, um so die deutsche Kriegswirtschaft mittelbar zu schwächen. Auf die Zivilbevölkerung und auf Verkehrseinrichtungen fielen jeweils siebenmal mehr Bomben als auf die Rüstungsindustrie. Nur dort, wo Werk und Stadt im Gemeinde lagen, wie Krupp in Essen oder die BASF im Raum Ludwigshafen/Mannheim traf diese neue Strategie auch direkt die Kriegswirtschaft – als Kollateralschäden der Angriffe auf die Zivilbevölkerung. Für den seit Ende 1944 eintretenden Rückgang der wirtschaftlichen Erzeugung war daher nicht die Zerstörung des Anlagevermögens, sondern die Lähmung des Transportsystems verantwortlich. In Wirklichkeit war im Mai 1945 die Substanz des industriellen Anlagevermögens keineswegs entscheidend getroffen. Bezogen auf das „Wirtschaftswunderjahr“ 1936 war das Brutto-Anlagevermögen der Industrie sogar noch um rund 20 Prozent angewachsen.

Diese auf den ersten Blick überraschende Bilanz hat im Wesentlichen zwei Gründe. Das Jahrzehnt zwischen dem Ende der Weltwirtschaftskrise und dem Beginn der strategischen Luftkriegsoffensive der alliierten Bomberverbände war eine Zeit beispielloser Investitionstätigkeit. Von Anfang 1935 bis Ende 1942 beschleunigte sich das Wachstum des Brutto-Anlagevermögens von Jahr zu Jahr stärker. Erst 1944 übertrafen die Bombenschäden den Wert der laufenden Investitionen. Die relativ günstige mengenmäßige Bilanz im Jahre 1945 lässt sich in qualitativer Hinsicht noch ergänzen. Der Gütegrad, d.h. die Relation von Netto- zu Brutto-Anlagevermögen, erreichte 1945 seinen höchsten Stand seit dem Ersten Weltkrieg. Dies ist angesichts des Investitionsbooms in den Jahren des deutschen Wirtschaftswunders nicht weiter erstaunlich.

Aus denselben Gründen ist auch der Altersaufbau des Brutto-Anlagevermögens der westdeutschen Industrie 1945 erheblich günstiger als in den dreißiger Jahren. Die deutsche Wirtschaft ging also mit einem – angesichts extrem niedriger Produktionszahlen – bemerkenswert großen und neuen Kapitalstock in die Nachkriegszeit. Auch der für die deutsche Produktionsweise wichtigste Faktor – qualifizierte Arbeitskraft – war keineswegs knapp. Gegenüber dem Stand von 1936 hatte das Arbeitskräftepotential im Jahre 1948 in der Bizone um 17,7 Prozent zugenommen.

In Westdeutschland erhöhte sich die Bevölkerungszahl bis 1950 um rund 10 Millionen – vor allem wegen des Zuzugs von Vertriebenen und Flüchtlingen aus den deutschen Ostgebieten. Sie bildeten nicht nur quantitativ ein Reservoir für mögliches Wirtschaftswachstum, sondern entsprachen auch qualitativ den hohen Anforderungen, die das deutsche Produktionssystem an seine Arbeitskräfte stellte.

Allein diese Bilanz der Ressourcen macht deutlich: Deutschland war am Ende des Zweiten Weltkrieges zwar arm, aber keineswegs unterentwickelt. Den Zeitgenossen blieben diese Zusammenhänge weitgehend verborgen, und so fiel den großen politischen Inszenierungen wie dem Marshallplan, der Währungsreform und dem neuen wirtschaftspolitischen Programm, der Sozialen Marktwirtschaft, die Rolle zu, das Unerklärliche begreiflich zu machen.

IV. Zurück auf den Wachstumspfad: Die Rekonstruktion der nachindustriellen Wirtschaft

Auch Mythen können ein reales Eigenleben entwickeln. Sie waren notwendig, um in den Rekonstruktionsprozess einzutreten, auch wenn sie nicht hinreichend sind, ihn zu erklären. Ohne den dramatischen Wandel der amerikanischen Europapolitik, in der die Westzonen eine Schlüsselrolle einnahmen, wäre es nicht erlaubt gewesen, die vorhandenen Ressourcen zu mobilisieren. Die Währungsreform gilt den Deutschen noch heute als die eigentliche Geburtsstunde der Bundesrepublik, ließ sich ihre politische Qualität doch nicht zuletzt mit der Stabilität ihres Geldes identifizieren. Mit der ‚harten‘ D-Mark verbanden sich bald auch glänzende wirtschaftliche und politische Erfolge: die vorzeitige Tilgung der Vor- und Nachkriegsschulden, die ‚Wiedergutmachung‘ gegenüber Israel und den NS-Opfern, die ‚Weltmeisterschaft‘ im Außenhandel, eine – ungeachtet deutscher Souveränitätslücken – große außenpolitische Handlungsfreiheit, die Finanzierung des europäischen Integrationsprozesses und die Brechung der US-Hegemonie über die Weltwirtschaft durch den Aufbau eines europäischen Währungssystems, dessen Anker die D-Mark war. Für die Dynamik der Rekonstruktion war die Stabilisierung der Währung zwar nicht hinreichend aber doch notwendig. Ähnliches gilt für die „Ordnungspolitik der sichtbaren Hand“, die den deutschen Weg der Wirtschaftspolitik seit Beginn der fünfziger Jahre im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft bestimmte.

Seine Dynamik bezog das deutsche Wirtschaftswunder vielmehr aus dem gewaltigen Spannungsverhältnis zwischen dem Zusammenbruch von 1945 und der deutschen Rolle als einer der Pioniere der zweiten wirtschaftlichen Revolution, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die von der Industriellen Revolution markierte materielle Wertschöpfung der *Alten Industrien* ablöste. Die Symbiose von Wirtschaft, Wissenschaft und Technik, die den Kern dieser für die heutigen Verhältnisse maßgebenden wahren Revolution bildet, hatte Deutschland bis 1914 an die Spitze der Weltwirtschaft geführt. Sie konzentriert sich auf die Märkte für diversifizierte Qualitätsprodukte. Damit ist jene nachindustrielle Maßschneiderei gemeint, die bis heute Deutschlands Ruf und nachhaltigen Erfolg auf dem Weltmarkt begründet: intelligente Maschinen mit individuellem Innenleben, komplexe Industrie- und Infrastrukturanlagen, anwendungstechnisch veredelte Produkte, Verfahrenstechnik auf allen Gebieten und auch hochwertige Fahrzeuge.

Diese damals wie heute auf nahezu der Hälfte der Weltmärkte unangefochtene Stellung war durch die beiden Weltkriege und die Weltwirtschaftskrise weitgehend aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit geraten. Ihre Voraussetzungen – hoher Stand des wissenschaftlich produzierten Wissens, produktive Ordnungspolitik des Staates, eine korporative Organisation der Wirtschaft (regionale ‚Cluster‘) und ein breit angelegtes, hoch qualifiziertes Arbeitskräftepotential vom Facharbeiter bis zum Unternehmer – waren aber nach wie vor in wachsendem Maße verfügbar. Hier konnte die westdeutsche Wirtschaft während der Rekonstruktionsperiode aus dem Vollen schöpfen, ohne an die Grenzen einer investiven Wachstumspolitik gehen zu müssen – zumal praktisch das gesamte soziale System der Produktion (Bankensystem, Arbeitsbeziehungen, Berufsausbildung, Interessenpolitik, Sozialstaat), das im Kaiserreich entstanden war, den Zusammenbruch von 1945 unbeschadet überlebt hatte.

Die besonderen Nachfragebedingungen der Nachkriegszeit förderten freilich auch Anachronismen der materiellen Wertschöpfung und machten u. a. die standardisierte Massenproduktion erstmals auch in Deutschland marktfähig. Am Ende der Rekonstruktionsperiode zeigte sich aber, dass die Stärke der deutschen Wirtschaft nach wie vor nicht in der Massenproduktion lag, sondern

in der nachindustriellen Maßschneiderei von Maschinen und Anlagen, für die hoch qualifizierte Facharbeiter nötig waren. Deshalb stellte die Bundesregierung die Anwerbung von Gastarbeitern Anfang der siebziger Jahre wieder ein.

Es zeigte sich bald, dass deutsche Investitionsgüter in der Nachkriegszeit nicht nur in Europa, wie es dem Wunsch der USA entsprach, sondern auch auf dem Weltmarkt begehrt waren. Dem Bundeswirtschaftsministerium war schon früh bewusst, dass der Überseehandel mit einem bloßen Warenverkehr immer weniger gemein hatte. Galt zur Zeit der Industriellen Revolution noch die Devise „trade follows the flag“ – und damit die Prerogative der Kolonialmächte –, war das Wirtschaftsministerium überzeugt, dass längst die Phase „trade follows the engineer“ angebrochen war, in der den deutschen, von Anfang an weltmarktorientierten *Neuen Industrien* komparative Wettbewerbsvorteile zuwuchsen.

Schon Anfang der fünfziger Jahre, also lange bevor 1980 der Begriff Schwellenländer aufkam, nahm der deutsche Export damit jene Länder ins Visier, die anstrebten, den Status von Agrar- und Industrieländern zu überwinden, um in den Club der nachindustriellen Wirtschaft einzutreten, den die Zweite wirtschaftliche Revolution geschaffen hatte. Deutschland war von Anfang an Partner dieses neuen „welt-

wirtschaftlichen Wachstumsgeschäfts“, das „große Aufgaben und verheißungsvollen Absatz“ versprach. Mit ihren *Neuen Industrien* Großchemie, Elektrotechnik, Maschinen- und Fahrzeugbau, die seit dem späten 19. Jahrhundert zur nachindustriellen Maßschneiderei fähig waren, verfügte es über hohe Qualitäten als Ausstatter für Schwellenländer und musste von dieser Entwicklung des Weltmarktes profitieren.

Die Rückkehr zur Strategie der ersten Phase der „Globalisierung“ vor 1914 wurde der deutschen Exportwirtschaft reichlich belohnt, als mit China (1978) und den Ostblockstaaten (1990) wichtige alte Kunden wieder in den Weltmarkt eintraten und die Dynamik einer neuen Generation von Schwellenländern dafür sorgte, dass Deutschland seine seit 1952 bestehende Position als führendes und nachhaltiges Überschussland weiter ausbauen konnte. Die Rolle Deutschlands auf dem Weltmarkt macht beispielhaft klar, dass es nicht die Rückkehr auf den alten Wachstumspfad allein war, die die Dynamik des Rekonstruktionsprozesses erklärt. Der nahtlose Anschluss an die nachindustrielle Verfassung der deutschen Wirtschaft, der sich dabei vollzog, war das eigentliche Wunder. □

Quelle: Werner Abelshauser „Aus Politik und Zeitgeschichte“ 27/2018 (2. Juli 2018), S. 4-10.

Die Goten in der Geschichte Europas



Foto: akg-images

Das Grabmal Theoderichs des Großen in Ravenna: Der Ostgotenkönig – er lebte von 454 bis 526 – ist sicher der bekannteste Vertreter seines Volkes.

Das ostgermanische Volk der Goten spielte in der Völkerwanderungszeit, dem Epochenwechsel von Altertum zum Mittelalter, eine entscheidende Rolle im Mittelmeerraum. Die Goten hatten bedeutenden Anteil an der Auflösung des Weströmischen Reiches, waren vor allem durch ihre Reichsgründungen im heutigen Italien und in Spanien aber auch ein zentraler

Vermittler des römischen Erbes, welches für das europäische Mittelalter konstituierend war.

Unsere Historischen Tage 2020 vom 26. bis zum 28. Februar mit dem Titel „Die Goten in der Geschichte Europas. Vermittler zwischen Antike und Mittelalter“ versammeln eine Reihe von ausgewiesenen Experten in der Katholischen Akademie in Bayern, die

viele Aspekte von Politik und Kultur, aber auch von Religion und Linguistik darlegen werden. Wie immer dienen Arbeitskreise dazu, die Fragestellungen zu vertiefen.

Die Anmeldung ist ab sofort möglich auf unserer Website unter: www.kath-akademie-bayern.de/veranstaltungen

Eine ganz normale Nation? Deutschland und die Fußballweltmeisterschaft 1954

Franz-Josef Brüggemeier

Sie werden sich fragen, warum Sie bei dieser Tagung einen Vortrag über Fußball anhören sollen. Gab es zwischen 1945 und 1989 nicht zahlreiche andere Themen, die mehr über diese Zeit aussagen und wichtigere Wendemarken oder Trends verkörpern? Was können Fußball und die Weltmeisterschaft von 1954 dazu beitragen, die frühe Bundesrepublik besser zu verstehen?

Eine Menge, wie ich zeigen möchte. Das Thema meines Beitrages erlaubt ungewöhnliche und interessante Einblicke in viele Bereiche, die Deutschland so kurz nach dem Krieg kennzeichneten. Dazu gehört nicht zuletzt die Frage, welche Rolle damals Nation, Nationalgefühl oder ein aufkommender Nationalismus spielten. Aber auch auf den Alltag, die große Politik und vorherrschende Sorgen wird der Beitrag eingehen.

Vorab eine Erläuterung. Wenn ich von Deutschland spreche, ist die Bundesrepublik gemeint. In der DDR besaß der Titelgewinn der westdeutschen Mannschaft ebenfalls bemerkenswerte Auswirkungen, auch hier erlaubt dieses Ereignis wichtige Einsichten. Doch die Verhältnisse in der DDR unterscheiden sich so sehr von denen in der Bundesrepublik, dass ich darauf in der knappen Zeit nicht eingehen kann.

I. Der Titel und die Analysen 50 Jahre später

Doch zurück zum Jahr 1954. Am 4. Juli wurde die (west)deutsche Nationalmannschaft in Bern Weltmeister und



Prof. Dr. Dr. Franz-Josef Brüggemeier, Professor em. für Wirtschafts-, Sozial- und Umweltgeschichte an der Universität Freiburg

löste einen Begeisterungssturm aus, der damals alle überraschte und noch heute fasziniert. Als 2004 der 50. Jahrestag dieses Erfolges gefeiert wurde, erschien eine kaum übersehbare Zahl an Beiträgen in Büchern, Zeitungen und Zeitschriften, Radio- und Fernsehsendungen gingen darauf ein, und der Film *Das Wunder von Bern* lockte mehrere Millionen Zuschauer in die Kinos.

Immer wieder wurde dabei die Frage diskutiert, wie die damalige Begeisterung zu erklären sei, und übereinstimmend betonten viele Autoren die nationale Bedeutung des Titelgewinns. Am 4. Juli 1954, so die verbreitete Meinung, fand die tatsächliche Gründung der Bundesrepublik statt. Besonders prägnant formulierte diese Position ein Leitartikel der Süddeutschen Zeitung, der fast auf den Tag genau fünfzig Jahre nach dem Endspiel erschien, von einem der beiden Chefredakteure stammte und all die Deutungsmuster enthielt, die zu diesem Thema im Umlauf waren (und noch sind).

Dem Artikel zufolge löste der Titelgewinn ein Wir-sind-wieder-wer-Gefühl aus, das erstmals nach dem Krieg die Möglichkeit bot, sich an einem Erfolg zu berauschen, der quasi gemeinschaftlich erwirtschaftet worden sei. Der Autor beschrieb Jubelfeiern, die zu patriotischen Kundgebungen gerieten, wies den Ereignissen eine staatstragende Bedeutung zu und sah hierin sogar das „wahre Gründungsdatum der Bundesrepublik“, das wichtiger gewesen sei als die Währungsreform, die Verabschiedung des Grundgesetzes und selbst der Fall der Mauer.

Diese Einschätzungen sind verständlich, denn der Titelgewinn zeitigte ganz ungewöhnliche Reaktionen. Den Berichten nach verfolgten fast alle Bewohner der Bundesrepublik – und der DDR – das Endspiel. Die Straßen wirkten wie leergefegt, die wenigen Fernseher – es gab im ganzen Lande gerade einmal 40.000 – waren umlagert, während die übergroße Mehrheit die Übertragung im Radio verfolgte. Der Sieg löste riesigen Jubel aus, und als die Mannschaft am Tage nach dem Endspiel aus der Schweiz zurückkam und mit dem Zug über Konstanz nach München fuhr, waren die Bahnhöfe und deren Umgebung völlig überfüllt, entlang der Strecke standen Hunderttausende. Allein in München haben etwa 400.000 bis 500.000 Personen die Mannschaft empfangen und zeigten eine Begeisterung, die bis heute schwer zu erklären ist.

Es liegt nahe, darin den Ausdruck eines neuen Nationalismus zu sehen, der nach dem Krieg unterdrückt war und sich jetzt endlich wieder entfalten konnte. Einige Autoren gehen weiter. Sie bezeichnen die Ereignisse vom Juli 1954 nicht nur als nationale Jubelstürme. Für sie hat vielmehr die Mannschaft durch den Titelgewinn „die Verletzungen repariert, die während und nach dem Krieg erlitten wurden“.

Die Spieler hätten nachgeholt, „was den deutschen Soldaten im Zweiten Weltkrieg, die sich in den Augen der Bevölkerung durch ähnliche Qualitäten ausgezeichnet hatten, verwehrt geblieben war – der gerechte Lohn für Opfermut, Mannschaftsgeist und Bescheidenheit“. Die junge Republik, so eine andere Veröffentlichung, „berauschte sich an sich selbst. Hatte Bern nicht irgendwie den Ausgleich für Stalingrad gebracht?“ Waren die letzten Worte der Rundfunkübertragung – Aus! Aus! Aus! Aus! Das Spiel ist aus! – „nicht die Revanche für den 8. Mai? Und hatte nicht der deutsche Stehaufmann die Geschichte umgebogen, aus dem Zwischenstand in der Stunde Null noch ein 3:2 gemacht?“

Für diese Deutung spricht, dass die deutschen Zuschauer im Stadion nach dem Abpfiff die erste Strophe der Nationalhymne sangen: Deutschland, Deutschland über alles, die offiziell verboten war. Daran hielt sich keiner. Zu groß war offensichtlich der Wunsch, Deutschland zu feiern und durch den Sieg der Mannschaft an vergangene Größe zu erinnern. Doch diese Deutung greift zu kurz, denn tatsächlich herrschte eine große Sorge vor einem aufkommenden Nationalismus und eine Unsicherheit, wie nationale Gefühle ausgedrückt werden konnten.

II. Nationalgefühl und nationale Symbole

Der Deutschland-Uniondienst der CDU/CSU warnte bereits am Montag nach dem Endspiel davor, „nach dem Fußballerfolg in Bern von einem ‚deutschen Fußballwunder‘ zu sprechen“. Der große sportliche Erfolg dürfe nicht in nationale Phrasen gehüllt und das Geschehen in der Schweiz so kommentiert werden, als habe das deutsche Volk neun Jahre nach dem Zusammenbruch wieder zu ‚siegen‘ verstanden. Ebenso zurückhaltend fielen die offiziellen Gratulationen von Adenauer und Heuss aus, die „lediglich protokollarisch korrekte Glückwunschtelegramme“ formulierten. Diese zeigten ein „zur Schau gestelltes Desinteresse“, da die Regierung glaubte, „sich keine nationale Ekstase leisten zu können“.

Das Absingen der ersten Strophe der Nationalhymne bezeichneten Kommentare übereinstimmend als „mehr oder minder“ gedankenlos – so selbst Eduard von Schnitzler, Chefkommentator der DDR, der ansonsten tatsächliche und vermeintliche Fehlentwicklungen im kapitalistischen Westen begierig aufgriff. Diese zurückhaltenden Beurteilungen werden verständlich, wenn wir die Bemühungen betrachten, nach dem Krieg eine Nationalfahne, eine Hymne und einen nationalen Feiertag zu bestimmen. ‚Normale‘ Staaten hatten alle drei Elemente aufzuweisen, doch die Bundesrepublik gehörte nicht zu diesen Staaten. Hier war noch zu bewusst, welchen Missbrauch die Nationalsozialisten mit den nationalen Symbolen betrieben hatten.

Am einfachsten war die Frage nach der Flagge zu lösen. Hieran bestand der größte Bedarf, da der neu gegründete Staat bei offiziellen Anlässen auf eine Nationalfahne angewiesen war. Bereits 1949 entschied sich der Parlamentarische Rat für die Farben Schwarz-Rot-Gold, die auf die deutsche Einheits-



Unzählige Menschen in Deutschland verfolgten das Endspiel am 4. Juli 1954 vor Elektrogeschäften, in denen Fernsehgeräte liefen – hier ein Foto aus Kaisers-

lautern, dessen Mannschaft fünf Spieler des DFB-Teams stellte. Denn kaum jemand hatte damals schon einen eigenen Fernseher.

bewegung des 19. Jahrhunderts verwiesen und nach heftigem Streit bereits in der Weimarer Republik zur Nationalflagge gewählt worden waren. Bedeutend schwieriger war die Frage nach einem Nationalfeiertag zu beantworten. Welches Ereignis in der deutschen Geschichte war so positiv verlaufen und so wenig umstritten, dass es die ganze Nation, jenseits von Klasse, Religion oder Geschlecht ansprechen konnte? Das war im Kaiserreich nicht gelungen. Hier hatten die Feiern zum Geburtstag des Kaisers oder zum Sieg im Krieg gegen Frankreich (Sedantag) nur einen Teil der Bevölkerung angesprochen. Auch die Weimarer Republik hatte keine überzeugende Antwort gefunden. Es war deshalb ratsam, in dieser Frage vorsichtig vorzugehen, und Gustav Heinemann unterbreitete 1950 den Vorschlag, dafür jeweils den ersten Sonntag im September zu nehmen, um an die erste gemeinsame Sitzung der beiden Bonner Parlamente, des Bundestags und des Bundesrates, zu erinnern. Doch die Mehrheit der Bevölkerung betrachtete einen solchen – etwas konstruierten – nationalen Gedenktag mit einer gewissen Distanz, zumal er nicht in großer Öffentlichkeit gefeiert, sondern im Rahmen einer Staatskundgebung begangen wurde.

Genauso wichtig war die Suche nach einer Nationalhymne, denn zunehmend gab es Staatsbesuche oder andere internationale Kontakte, die eine Hymne erforderten. Diese Kontakte nahmen auch im Sport zu und führten zu kuriosen Lösungen, als etwa 1950 der Hamburger Sportverein in den USA ein Spiel bestritt. Die Gastgeber konnten nicht auf eine Nationalhymne zurückgreifen und spielten deshalb die ‚Nordseewellen‘. Bei anderen Gelegenheiten ertönten deutsche Volkslieder oder aktuelle Schlager, die aber spätestens dann keinen Ersatz mehr boten, als die Olympischen Spiele 1952 in Helsinki und Oslo anstanden, an denen erstmals nach dem Krieg wieder deutsche Sportler teilnehmen konnten.

Die zuständigen Vertreter des Nationalen Olympischen Komitees wandten sich deshalb im Mai 1951 an Adenauer und baten um seinen Rat, welches Lied bei einem deutschen Olympiasieg gespielt werden sollte. Adenauer riet zum Deutschlandlied, „da ein anderes Lied im Ausland nicht bekannt“ sei. Kurz zuvor hatte er bei einer Kundgebung in Berlin bereits dazu aufgefordert, dieses Lied zu singen, allerdings nur die dritte Strophe. Das war verständlich, denn das Deutschlandlied wies eine demokratische Tradition auf. Es besaß aber auch eine nationalistische Aussage, da die erste Strophe ‚Deutschland, Deutschland über alles‘ stellte und die Nation von der Maas bis an die Memel vereinen wollte. Adenauer forderte deshalb dazu auf, lediglich die dritte Strophe zu singen, die von derartigen Untertönen frei war und sich darauf beschränkte, ‚Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland‘ zu fordern. Doch derart feine Unterschiede konnte nicht jeder nachvollziehen. Entsprechend erhoben sich die drei anwesenden Stadtkommandanten nicht von ihren Sitzen, als die Hymne erklang, und im Ausland war eine heftige Reaktion zu verzeichnen.

Als Ausweg gab Theodor Heuss eine neue Nationalhymne in Auftrag, die jedoch nur wenig Zustimmung fand, denn Melodie und Inhalt galten als zu kühl und wenig ansprechend. Zugleich rückten die Olympischen Spiele näher, und Adenauer und Heuss einigten sich schließlich auf die dritte Strophe des Deutschlandlieds. Für die Olympischen Spiele wiederum war in der Zwischenzeit eine andere Lösung gefunden worden. Hier verständigten sich die Verant-



Siegerehrung im Berner Wank-Stadion: Mannschaftskapitän Fritz Walter und Horst Eckel auf den Schultern der Anhänger.

wortlichen auf ‚Freude, schöner Götterfunke‘ aus Beethovens 9. Sinfonie. Doch Außenstehenden, denen die Problematik nicht so vertraut war, fiel es schwer, den Verzicht auf eine Nationalhymne zu verstehen. Als in Oslo die erste Siegerehrung für einen Deutschen anstand, glaubten die verantwortlichen Norweger, durch ein Versehen die falschen Noten erhalten zu haben. Sie setzten die Zeremonie deshalb ab und holten die Siegerehrung vierundzwanzig Stunden später nach, als sie die Bestätigung erhalten hatten, dass Beethovens Melodie tatsächlich die Nationalhymne ersetzte.

III. Begegnungen mit dem Ausland

Eine vergleichbare Unsicherheit charakterisierte auch die zunehmenden Reisen von Deutschen ins Ausland. Im Frühjahr 1954, kurz vor der Weltmeisterschaft, bemühten sich niederländische Stellen darum, deutsche Touristen zu gewinnen, und erzielten einen unerwarteten Erfolg. Über die Osterfeiertage reisten mehr als 150.000 Deutsche in die Niederlande, wo sie jedoch nicht nur Begeisterung auslösten. Denn die Straßen waren voll mit deutschen Autos und Bussen, zwischen denen die wenigen holländischen Fahrzeuge wie verloren wirkten. Da auf denselben Straßen und mit derselben Fahrtrichtung im Jahre 1940 Hitlers Wehrmachtsskolonnen eingefallen waren, kamen schmerzhaft Erinnerungen auf, der Vergleich mit der wenige Jahre zurückliegenden Invasion lag nahe.

Das Verhalten einiger Deutscher stärkte die ungunstigen Gefühle, wenn diese gestikulierend auf frühere Wirkungsstätten verwiesen oder erklärten, bei der Sprengung von Hafenanlagen beteiligt gewesen zu sein. Doch die große Mehrheit der Besucher verhielt sich zurückhaltend, während auf holländischer Seite ein erstaunliches Entgegenkommen zu bemerken war. Da die Hotels ausgebucht waren, wurden Privatleute übers Radio gebeten, Zimmer und Betten zur Verfügung zu stellen. Dazu waren genügend

Holländer bereit, und deutsche Touristen fanden bei ihnen eine Bleibe.

Diese Zurückhaltung bei nationalen Gefühlen zeigte sich auch daran, dass die Berichterstattung über die Weltmeisterschaft und deren Auswirkungen rasch abklang. Nach wenigen Tagen hatten andere Ereignisse wieder den Vorrang gewonnen. So ging die *Süddeutsche Zeitung* lediglich am Tag nach dem Endspiel in ihrer Titelseite auf die Weltmeisterschaft und deren Auswirkungen ein, verbannte die Berichte ansonsten in den Sportteil und ging anschließend gar nicht mehr darauf ein – abgesehen von einem kurzen Hinweis auf den Empfang in München, zu dem sich immerhin, wie erwähnt, etwa 500.000 Personen eingefunden hatten. Selbst die *Bild-Zeitung* befasste sich nur kurz mit der WM und der allgemeinen Begeisterung. Auch in anderen Zeitungen waren keine Beiträge zu finden, welche die Frage der nationalen Identität erörterten oder gar von einem Gründungsdatum des neuen Staates sprachen.

Dazu trug auch bei, dass der Fußball bei weitem nicht die Anerkennung erfuhr, die wir heute kennen. Er war in weiten Teilen der Bevölkerung überaus populär, galt jedoch weiterhin als Arbeitssport, der im Bürgertum wenig Interesse, oft sogar Ablehnung fand. Entsprechend enthielten die ‚seriösen‘ Zeitungen zwar Spielberichte, befassten sich ansonsten aber nicht mit diesem Sport. Das galt erst recht für Akademiker, Intellektuelle oder andere Meinungsführer. Bei ihnen gab es Ausnahmen. Doch die Vorstellung, Fußballspieler könnten über den Kreis von Fans und Jugendlichen hinaus als Vorbilder dienen oder gar die Nation einen, waren damals geradezu absurd.

IV. Der Kontext

Am 3. Juli 1954, dem Tag vor dem Endspiel in Bern, schrieb die FAZ: „Was wir hier erleben, ist in des Wortes echter Bedeutung: Geschichte“. Doch von Fußball war in diesem Artikel nicht die Rede. Sie meinte andere Ereignissen,

die damals die Schlagzeilen der Zeitungen bestimmten, nicht nur in Deutschland, sondern weltweit. Dazu gehörten vor allem die Auseinandersetzungen über die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik und der Krieg in Indochina.

Der Wiederbewaffnung hatten die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs bereits 1952 zugestimmt und wollten dazu die Europäische Verteidigungsgemeinschaft gründen. Doch die Zustimmung des französischen Parlamentes stand aus und wurde immer unwahrscheinlicher. Das lag nicht zuletzt am Krieg in Vietnam, wo französische Truppen die Herrschaft über diese Kolonie zurückgewinnen wollten, im Mai 1954 jedoch in Dien Bien Phu eine verheerende Niederlage erlitten. Die Regierung in Paris stürzte, und der neue Ministerpräsident Pierre Mendès-France war am 17. Juni mit nur einem Versprechen angetreten: innerhalb von dreißig Tagen Frieden zu schließen. Dieser war aber weiterhin nicht in Sicht, vielmehr drohten ein Eingreifen Chinas und der USA und damit eine Ausweitung des Krieges.

Vor diesem Hintergrund war eine Zustimmung des französischen Parlamentes zur westdeutschen Wiederbewaffnung ausgeschlossen. Das bedeutete für Adenauer einen herben Rückschlag. Zusammen mit den Regierungen in Washington und London versuchte er deshalb, Druck auf Paris auszuüben und gab ein Interview, das am Vortag des Endspiels erschien und großes Aufsehen erregte. Zur europäischen Verteidigungsgemeinschaft, so Adenauer, gebe es nur eine Alternative: eine eigenständige Bundeswehr. Er fügte gleich hinzu, dass keiner diese Lösung wolle, auch seine Regierung nicht. Doch es war unsicher, was er wirklich beabsichtigte. Entsprechend groß war die Empörung in Frankreich darüber, dass so wenige Jahre nach dem Krieg die deutsche Regierung anscheinend eine eigene Armee forderte.

Zusätzlich zu Wiederbewaffnung und dem Krieg in Indochina gab es zahlreiche andere Themen, die damals die



Überwältigender Empfang der Mannschaft in Deutschland: Auf dem Münchner Marienplatz war kein Durchkommen mehr.

Öffentlichkeit beschäftigten. Dazu gehörten die mehr als 1,5 Millionen Vermissten des Zweiten Weltkrieges, von denen vermutlich die weitaus größte Zahl verstorben war. Doch jeder Einzelne konnte hoffen, dass sein Vater, seine Mutter, seine Geschwister oder Freunde zu den Überlebenden gehörten und vielleicht bald gefunden würden. Ein anderes wichtiges Thema war die verbreitete Armut. Das Wirtschaftswunder hatte eingesetzt und erstaunliche Erfolge gezeigt, die jedoch nur teilweise unten ankamen. Vor allem Witwen, Waisen und Rentner mussten mit sehr geringen Beträgen auskommen. Mit dem Alter kam für viele die Armut.

Weniger Beachtung fanden Kriegsverbrecherprozesse oder das Verfahren um das Konzentrationslager in französischen Struthof im Elsass, das parallel zur Weltmeisterschaft stattfand und dessen Urteile am Freitag vor dem Endspiel ergingen. Diese Prozesse riefen die Schrecken des Krieges und die Verbrechen des Nationalsozialismus in Erinnerung, die nicht einfach vergessen oder verschwiegen werden konnten. Die Zeitungsberichte hierzu blieben allerdings begrenzt, jedenfalls in Deutschland. Die französischen Zeitungen hingegen berichteten ausführlich darüber, in einem auffallend sachlichen Ton. Mehrfach hieß es ausdrücklich, dass nicht Deutschland oder Deutsche insgesamt vor Gericht stünden, sondern einzelne Personen und deren Verhalten.

V. Ein Medienereignis

Umso schwieriger ist es, die Begeisterung nach dem Titelgewinn zu erklären. Dagegen sprachen die beschriebene Unsicherheit gegenüber nationalen Gefühlen, die Vielzahl anderer Themen und Probleme, die die öffentlichen Debatten bestimmten, und der geringe Stellenwert des Fußballs, der zwar viele anzog, zahlreiche andere aber abstieß und ungeeignet war, ein Gemeinschaftsgefühl zu stiften. Dieses entstand dennoch und

ist vor allem auf ein neuartiges und packendes Medienerlebnis zurückzuführen, das fast die ganze Nation am Radio oder Fernsehapparat einte.

Bei den Übertragungen herrschte eine geradezu unerträgliche Spannung. „Atemlose Stille wechselte mit stürmischem Geschrei, das die Räume zu sprengen drohte, als die entscheidenden Tore fielen. Die Menschen sprangen von ihren Sitzen hoch, warfen die Arme in die Luft, Biergläser fingen auf den Tischen an zu tanzen“ – so einer von vielen derartigen Zeitungsberichten. Diese Begeisterung herrschte in ganz Deutschland, auch in der DDR, setzte sich bei der Heimkehr der Mannschaft fort und beruhte auf mehreren Faktoren. Dazu gehörten der unerwartete Verlauf des Turniers, bei dem die deutsche Mannschaft in der ersten Runde gegen die Ungarn chancenlos war und dennoch das Endspiel erreichte; die ungeheure Anspannung während des Spiels, als sie früh mit zwei Toren zurücklag und ohne Chancen schien; der überraschende Sieg des krassen Außenseiters; ein intensives Gefühl der Gemeinschaft und nicht zuletzt die Möglichkeit, sich als Deutsche endlich wieder unbeschwert über ein Ereignis freuen zu können, das nicht politisch belastet war.

Selbst alte Mütterchen, so ein Leserbrief an die Süddeutsche Zeitung, „die kaum wissen, wie ein Fußball aussieht, [brechen] beim Anblick einer Fußballmannschaft in Freudentränen aus“. Das war in der Tat schwer zu erklären, denn nicht nur alte Mütterchen brachen in Tränen aus, sondern auch viele andere, die mit Fußball wenig zu tun hatten, über das Spiel kaum etwas wussten und oft nicht einmal wussten, wie die Spieler hießen oder aussahen.

In diesen Bekundungen entlud sich auch ein Gefühl von und ein Bedürfnis nach nationaler Gemeinsamkeit. Viele wollten dabei vernünftig bleiben und warnten vor falschen Zungenschlägen. Doch auch sie konnten der Versuchung nicht ganz widerstehen und bezeichneten

etwa das Absingen der Nationalhymne in Bern als nationales Erlebnis. Andere beschrieben „die seit langem in jedem einzelnen von uns schlummernde Sehnsucht, sich mit allen Deutschen aus einem unpolitischen Anlass heraus zu begeistern und zu freuen und endlich einmal wieder zu fühlen, dass wir alle, ohne Rücksicht auf Politik und Konfession, ein Volk sind“. Wieder Andere sahen in dieser Vorstellung eher Grund zur Sorge, wenn sie bei der Rückkehr der Mannschaft „auf die wogende Menschenmenge“ blickten und nachdachten über „Vergangenes und (vielleicht) Zukünftiges, jedoch ohne die Gedanken recht fassen zu können.“ Für einen Moment wussten sie nicht, ob sie sich mitfreuen oder ob ihnen nicht ein wenig bange werden sollte: „Aber dann siegt die Freude.“

Diese Freude war verbreitet, und es sprach wenig dafür, allzu bange zu sein. Denn in der Begeisterung entluden sich kein aufbrausender Nationalismus, sondern die gemeinsam erlebte Spannung und die Teilhabe an einem neuartigen Medienereignis. Wer heute die Reportage von Zimmermann liest oder Berichte in damaligen Zeitungen liest, kennt das Ergebnis des Endspiels und blickt mit großer Distanz darauf zurück. Doch auch er wird er sich der darin übermittelten Spannung kaum entziehen können. Damals war diese viel ausgeprägter, und entsprechend erwähnten Berichte immer wieder eine „unerträgliche Spannung“, die nicht nur im Stadion herrschte, sondern auch vor den Fernsehgeräten und Radioapparaten.

Die gemeinsam erlebte und durch Medien erzeugte Spannung war der wohl wichtigste Grund für die überschwänglichen Reaktionen. Ein vergleichbares und zudem politisch unbelastetes Erlebnis hatte es bis dahin nicht gegeben, zumindest nicht für derart viele Menschen. Erst 1954 gab es genügend Radio- und Fernsehapparate, und erst jetzt fand ein Ereignis statt, das sowohl eine äußerst intensive Spannung

erzeugte wie auch weitgehend folgenlos blieb. Auf der einen Seite ging es um alles – um den Gewinn der Weltmeisterschaft. Auf der anderen aber stand nichts auf dem Spiel. Die Mannschaft brachte einen Pokal mit nach Hause, doch mit ihrem Sieg erzielte sie keinen Exportrekord, trug nichts zur Debatte über die EVG oder andere Kontroversen bei und löste keines der drängenden politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Probleme. Wie heftig auch immer dieses Erlebnis die Beteiligten ergriff, es hat ihr Leben und die weitere Geschichte der Bundesrepublik nicht weiter verändert.

Hinzu kam eine weitere Neuigkeit: Das Spiel wurde direkt – heute würde man sagen: live – aus der Schweiz übertragen. Diese Form der Übertragung war für viele so ungewöhnlich, dass ein Journalist in Freiburg zu seinem Erstaunen eine Spannung bemerkte, „wie sie 300 km weiter in Bern nicht anders gewesen sein kann“. Genau wie im Berner Stadion würden die Anwesenden bei den entscheidenden Toren von den Sitzen springen – so als befänden sie sich am Ort des Geschehens. Direktübertragungen waren nicht neu und gerade im Sport beliebt. Neu jedoch waren die Kombination von Radio und Fernsehen, die flächendeckende Ausstrahlung, die größere Zahl der Empfangsgeräte und die Übertragung eines Ereignisses, das nicht nur die kleine Gruppe von Fußballbegeisterten, sondern weite Teile der Bevölkerung ansprach, die sich von dem neuartigen Medienerlebnis mitreißen ließen.

Dessen Bedeutung zeigt schon die Zahl der 171 Journalisten aus beiden Teilen Deutschlands und dem Saarland, die eigens zur Weltmeisterschaft in die Schweiz reisten. Darunter befanden sich 132 Vertreter von Nachrichtenagenturen, Zeitungen, Illustrierten und Magazinen, 22 Fotografen und siebzehn Radio- und Fernsehreporter. Die Übertragung der Fernsehsendungen war Aufgabe der Eurovision, deren erste europäische Sendung am 6. Juni 1954 stattgefunden hatte, und die in den Spielen in der Schweiz ihre Bewährungsprobe sah. Das bedeutete einen technischen Durchbruch, den allerdings in Deutschland wegen der geringen Zahl der Fernsehgeräte nur wenige genießen konnten. Die Sendungen im Radio waren deshalb viel wichtiger. Doch hier war das Interesse an den Spielen der Nationalmannschaft anfangs gering, zumindest nach Meinung der Verantwortlichen. Denn die Radioanstalten übertrugen vom ersten Spiel gegen die Türkei lediglich die zweite Halbzeit, sehr zum Unmut vieler Zuhörer, die sich heftig darüber beschwerten.

Trotz dieser zögerlichen Schritte in die moderne Medienwelt ist festzuhalten, dass die Fußballweltmeisterschaft 1954 das erste Sportereignis war, das weltweit ‚live‘ im Radio und in Europa auch an Fernsehapparaten miterlebt werden konnte. Das hatte es bis dahin nicht gegeben, auch nicht jenseits des Sportes. Doch da es in der Bundesrepublik nur die erwähnten wenigen Fernseher gab, konnte nur eine winzige Zahl die Ereignisse auf einem Fernseher verfolgen und sich – im engen Sinne des Wortes – ein Bild davon machen. Andere warteten deshalb am Bahnhof auf Schlachtenbummler, die von den Spielen in der Schweiz nach Hause kamen. Denn diese hatten „das Spielgeschehen mit eigenen Augen verfolgt, sie konnten von den Flanken Fitz Walters und von Toni Tureks Hechtsprüngen“ aus eigener Anschauung berichten. Aus Orten, wo der Fernsehempfang schlecht war, fuhren Busse in andere Städte, um dort die Übertragungen verfolgen zu können. Wo immer ein Empfang möglich war, wuchs der Andrang so sehr an, dass

Wirtschaften Berechtigungskarten verteilen und vor Kinos lange Schlangen entstanden, um Einlass zu erhalten.

VI. Eine virtuelle Gemeinschaft

So entstand eine Gemeinschaft, die wegen ihrer Größe und der Intensität ihrer Gefühle eine neue Qualität besaß und die am besten mit dem Begriff ‚virtuell‘ bezeichnet werden kann. Sie war virtuell, weil sie auf einem medial vermittelten Ereignis beruhte, bei dem fast keiner der so Begeisterten persönlich anwesend war und das sie meist nicht einmal auf einem Fernseher oder im Kino mit eigenen Augen verfolgen konnten. Ihnen stand lediglich die Stimme des Radioreporters zur Verfügung, verstärkt durch ihre Vorstellungen und Gefühle.

Wer an dieser Gemeinschaft Anteil nahm, wollte dieses Erlebnis offensichtlich mit anderen teilen – wie Friedrich C. Delius in seiner Erinnerung beschreibt. Als kleiner Junge musste er die Übertragung zuhause alleine hören, lief nach dem Abpfeiff sofort auf den Kirchplatz und hoffte, „dass meine Freunde nach dem Ende der Übertragung aus den Haustüren stürmten und andere Leute suchten, um sich und *uns* als Weltmeister zu feiern“. Anfangs kam keiner, er fühlte sich wie nackt in seinem „Siegesgefühl, allein unter den niedrigen Ästen der Linden, und wartete ungeduldig, entdeckt zu werden mit meiner blanken, springenden Freude“. Er schämte sich nicht seiner Gefühle, sondern genoss vielmehr den „berauschenden Moment“, aber das Dorf blieb ruhig. Enttäuschung machte sich breit, bis zuerst Erwachsene und dann seine Freunde auftauchten und „wir uns, wie blöde geworden, Wortbrocken wie ‚Weltmeister‘ und ‚Deutschland‘ und ‚Dreizuzwei‘ zuriefen“ und von der „ungewohnten Wucht der Worte“ mitgerissen wurden. Sie kippten, lachten, johlten, und er war „ohne es zu begreifen, der glücklichste von allen, glücklicher vielleicht als Werner Liebrich oder Fritz Walter“.

Der Sog dieser Gefühle und der Wunsch, dazu zu gehören, waren so groß, dass – so Dolf Sternberg – auch die „Unempfindlichsten“ erfasst wurden, die vom Spiel „wenig verstehen und sonst nur ihre eigenen, individuellen Gedanken und Empfindungen hegen“. Jetzt jedoch konnten sie nicht anders, als sich gehen zu lassen und „sogar glücklich darüber zu sein, dass sie nicht ungerührt geblieben sind“.

Doch diese Stimmung verflieg in kürzester Zeit. Im Nachhinein drängt sich der Eindruck auf, dass die Bewohner der Bundesrepublik beim Aufwachen verwundert ihre Augen rieben, sich fragen, was passiert war, und über sich selbst staunten. Sie wären noch erstaunter, wenn sie heutige Berichte lesen würden, denen zufolge sie damals eine neue Identität begründeten. Tatsächlich hatten sie eine neuartige Gemeinschaft erlebt, die auf einem spannenden Erlebnis beruhte, das sie vorübergehend faszinierte und zusammenband, aber auch rasch wieder verflieg – wie Jahre später bei der Weltmeisterschaft im Jahre 2006. Auch hier fehlte es nicht an Versuchen, der allgemeinen Begeisterung einen Sinn zu geben, und erneut war die Rede von Nationalbewusstsein und nationaler Identität. Diese Elemente mögen eine Rolle gespielt haben. Doch entscheidend war auch jetzt eine durch Medien erzeugte Gemeinschaft, die gekennzeichnet war durch Intensität und Spannung, keine politischen Botschaften verkündete und im Moment des gemeinsamen Erlebens zwar ein intensives Gefühl der Zusammengehörigkeit erzeugte, jedoch rasch verflieg und vor allem in Erinnerungen fortlebt. □

Westbindung 1955 – Die politische Koordinatenverschiebung

Michael Kißener

Erfolgreiche politische Projekte haben es in der Historiographie manchmal nicht leicht. In ihrer Zeit und in den ersten Jahren danach bestimmt die politische Kontroverse über das Projekt zumeist dessen Wahrnehmung so sehr, dass sich seine Reichweite und Bedeutung oft nicht genau definieren lässt. Aus der langen historischen Distanz wiederum erscheint vieles dann allzu leicht zwangsläufig, geradlinig: Was sich ex ante als unerhört und riskant darstellte und deshalb heftig umstritten war, wird ex post schnell zu einer Zwangsläufigkeit, ja zu einem Punkt unter vielen anderen im langen Strom der Geschichte. Damit verblasst die Zäsur, die Wegmarke leicht.

So scheint es auch mit den politischen Grundfestlegungen zu sein, die in den ersten rund zehn Nachkriegsjahren in Westdeutschland unter dem Stichwort „Westbindung“ getroffen wurden. Die mit dem Deutschlandvertrag und dem NATO-Beitritt der Bundesrepublik gekrönte feste Verankerung Deutschlands in der Gemeinschaft der demokratischen Staaten Westeuropas und im transatlantischen Sicherheitssystem hat Sebastian Haffner einmal ganz richtig, wie ich meine, als „einleuchtend bis zur Unvermeidlichkeit“ bezeichnet und dabei doch ihre Umstrittenheit und das Wagnis, das sie bedeutete, allzu sehr nivelliert.

Eben deshalb hat Hans-Peter Schwarz gemahnt, nicht zu verkennen, wie oft dieses politische Projekt gefährdet war, und Arnulf Baring hat beklagt, dass gerade die erste Phase der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zwar die „tüchtigsten und optimistischsten Jahre der Republik“ gewesen seien, dass das in dieser Zeit mühsam erarbeitete internationale Ansehen aber von den nachfolgenden Generationen bis heute als viel zu selbstverständlich betrachtet werde.

Im Folgenden sollen zunächst die politischen Rahmenbedingungen rekapituliert werden, von denen das erste Nachkriegsjahrzehnt bestimmt wurde. Sodann sind die politischen Optionen zu erwägen, die in diesem Rahmen denkbar waren. Zu vergessen sind natürlich nicht die wesentlichen Entwicklungsetappen, die die Westbindung konstituierten, ohne dass hier Vollständigkeit anzustreben wäre. Abschließend soll nach den Wurzeln und den Trägern dieses Konzeptes gefragt werden.

I.

Die Politiker, die nach 1945 daran gingen, eine neue deutsche Staatlichkeit aufzubauen und im internationalen Rahmen zu verankern, waren alles andere als zu beneiden: Die vorwaltenden Rahmenbedingungen dafür waren alles andere als günstig.

Deutschland glich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs bis weit in die 1950er Jahre hinein einer gespenstischen Trümmerwüste. Die Menschen hausten auf der Straße und hungerten. Deutschland war 1945 vollständig besiegt und geschlagen, ohne jede eigene staatliche Ordnung und mit einer erdrückenden moralischen Schuld beladen, die aus dem bis dahin unvorstellbaren Ausmaß von Menschheitsverbrechen der NS-Diktatur herrührten. Das Land



Prof. Dr. Michael Kißener, Professor für Zeitgeschichte an der Universität Mainz

stand unter der Herrschaft von vier Besatzungsarmeen, die es in z.T. hermetisch voneinander abgeschlossenen Zonen ihrer Verwaltung unterworfen hatten.

In der französischen Zone, der z.B. auch das heutige Bundesland Rheinland-Pfalz angehörte, bestimmte die Erinnerung an den dreimal von Deutschen nach Frankreich getragenen Krieg, 1870/71, 1914/18 und 1940/45 sowie eine harte Besatzung durch die deutsche Wehrmacht von 1940 bis 1944 nebst zahlreichen Verbrechen an französischen Staatsbürgern zunächst das Verhältnis zu den Besiegten. Nie wieder wollte man in Frankreich von Deutschen überfallen und beherrscht werden, büßen und zahlen sollten die Deutschen für das Frankreich angetane Unrecht.

Ganz ähnlich waren die Verhältnisse in der sowjetischen Besatzungszone, wo sich die Rotarmisten zunächst einmal für die von der Wehrmacht verübten Verbrechen im Russlandfeldzug an der deutschen Bevölkerung schadlos hielten und das besetzte Land sodann zum Nutzen der eigenen Wirtschaft ausbeuten wollten. Im Unterschied zu Frankreich allerdings versuchte der sowjetische Diktator Stalin weit darüber hinaus, die Situation für die Ausdehnung seines kommunistischen Herrschaftsbereichs zu nutzen, und schuf Zug um Zug in Richtung Westen einen Gürtel von kommunistischen Satellitenstaaten um die Sowjetunion: 1947 z. B. erhielt Bulgarien eine Verfassung nach sowjetischem Muster, Rumänien wurde eine Volksrepublik, in Polen setzten sich die Kommunisten, von Moskau gestützt, immer mehr durch, Anfang 1948 fand ein kommunistischer Staatsstreich in der Tschechoslowakei statt, 1949 wurde Ungarn eine kommunistische Volksrepublik und während in Griechenland ein blutiger Bürgerkrieg zwischen bürgerlichen und kommunistischen Kräften um die Macht im Lande tobte, wurde bekannt, dass auch die Russen die Atombombe nun besaßen.

Alles sprach dafür, dass als nächstes Opfer Deutschland dem kommunistischen Machtbereich drohte einverleibt zu werden, denn als im Juni 1948 eine Währungsreform in den Westsektoren eingeführt wurde, um der neuen deutschen Wirtschaft auf die Beine zu helfen, blockierte die UdSSR Berlin, das nun rund ein Jahr von den Westalliierten aus der Luft versorgt werden musste.

Alein dies macht deutlich, wie unmittelbar die sich bald nach Kriegsende entwickelnden Spannungen zwischen dem Westen und der Sowjetunion auf das deutsche Schicksal durchschlagen mussten, wie sehr der politische Handlungsspielraum eines nur allmählich und zögerlich zugelassenen neuen politischen Lebens in Deutschland eingengt war.

II.

Mit der ja auch außenpolitisch schwierigen Gründung der Bundesrepublik 1949, die die Vereinigung aller Besatzungszonen in Deutschland erst einmal hintanstellte, war schließlich eine neue Lage herbeigeführt – das Grunddilemma, wie man sich nun außenpolitisch verhalten sollte, blieb aber: Die alten nationalen, machtsstaatlichen Ziele des wilhelminischen Deutschlands – sie schienen nun völlig obsolet, der Machtwahn des Nationalsozialismus und seine Verbrechen hatten jeden Gedanken in diese Richtung endgültig diskreditiert.

Man sollte freilich nicht unterschätzen, dass es auch in der totalen Niederlage immer noch etliche gab, die die Tatsache eines 12-jährigen Weges in den Untergang nicht wahrhaben wollten und trotzig an eingebildeten Rechten einer deutschen Nation festhielten. Doch machte schon die historisch bemerkenswerte, gleichsam offizielle Auflösung des Landes Preußen durch die Alliierten deutlich, dass diesem Denken in traditionellen national- und machtsstaatlichen Bahnen der entschiedene Widerstand aller Siegermächte entgegenschlagen würde.

Sollte man es da nicht besser mit einer fein ziselierten Bündnispolitik nach Bismarckschem Strickmuster versuchen, die Deutschland in der Mitte Europas absicherte? Dafür fehlten aber alle Voraussetzungen: Ansprüche konnte Deutschland nun wirklich nicht mehr stellen und Angebote hatte es erst recht nicht zu machen. Sich selbst vielleicht wie Bismarck als „ehrllicher Makler“ zwischen Ost und West zu empfehlen, musste bei einem Land, das soeben unter der NS-Herrschaft einen skrupellosen Expansionismus betrieben und dabei Massenverbrechen zu verantworten hatte, ebenso wenig überzeugend wirken.

Dem widersprach im Übrigen auch das Sicherheitsbedürfnis Frankreichs, das Deutschland eine solche Rolle wohl kaum freiwillig zugestanden hätte, und vor allem das aggressive kommunistische Ausgreifen, das sich von dem eben erst geschlagenen Deutschland wohl kaum hätte zügeln lassen. Gleichwohl gab es politische Ansätze, die genau diese Politik empfahlen, vor allem um die Reichseinheit zu wahren. Der CDU-Mitbegründer Jakob Kaiser etwa formulierte: „Mir scheint für Deutschland die große Aufgabe gegeben, im Ringen der europäischen Nationen die Synthese zwischen östlichen und westlichen Ideen zu finden. Wir haben Brücke zu sein zwischen Ost und West.“

Der ehemalige Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus unterschätzte damit die Last der Geschichte, die Deutschland zu tragen hatte, und scheiterte schließlich auch geradezu notwendig als CDU-Vorsitzender in der SBZ am rigiden Durchsetzungswillen der Sowjetmacht, die ihn aus dem Land



Foto: akg-images/Tony Vaccaro

Die Berlin-Blockade durch die UdSSR und vor allem die konsequente Haltung der Westalliierten, besonders der USA, verstärkten die Westbindung der west-

deutschen Bevölkerung. Unser Foto zeigt US-amerikanische „Rosinenbomber“ beim Anflug auf Berlin-Tempelhof.

trieb. Wie wenig eine Abweichung von der kommunistischen Linie im Innern akzeptiert wurde, sollte dann ja auch die Niederschlagung des Volksaufstandes in der DDR am 17. Juni 1953 zeigen.

Nicht weit entfernt von dieser Position, aber mit einem zusätzlichen Element versehen, lagen Überlegungen, die die traditionelle Mittellage Deutschlands betonten und auf Lösung des Problemknäuels durch eine strikte Neutralität und womöglich fundamentalen Pazifismus hofften. Der spätere Bundespräsident Gustav Heinemann etwa dachte in diesen Bahnen und fand in dem Historiker Ulrich Noack einen Weggefährten, der 1948 propagierte: „Wenn die anderen unbedingt schießen wollen, dann machen wir uns klein und lassen sie über uns hinwegschießen“.

Auch dies war allenfalls ein frommer Wunsch und entbehrte allen politischen Realitätssinnes, wie wir heute wissen. Freilich wusste die Sowjetunion um solche Neigungen und nutzte sie für eigene taktische Vorstöße, wie die Stalin-Note von 1952 zeigt, die ein geeintes, aber blockfrei neutralisiertes Deutschland anzubieten schien.

Schließlich wäre auf dem Markt der traditionellen politischen Möglichkeiten deutscher Außenpolitik auch das in der Weimarer Republik erprobte Finassieren zwischen Ost und West zu finden gewesen, dessen Zielstellung die Erlangung von außenpolitischem Handlungsspielraum durch die stets virulente Möglichkeit einer immer auch noch denkbaren, alternativen außenpolitischen Option war. Aber diese Option hätte wohl in der Situation der Jahre 1945 folgende wohl nichts anderes als ein höchstgefährliches Spiel mit dem Feuer bedeutet, ließ der kommunistische Osten doch nicht an seiner expansiven Entschlossenheit zweifeln und andererseits beschwor jedes Einlassen mit den Russen

die Gefahr eines Rückzugs der Westmächte hinter den Rhein und damit die Preisgabe Deutschlands an den kommunistischen Machtbereich oder aber eine Einigung der Alliierten über Deutschland, ohne die Deutschen daran zu beteiligen.

Nur wenn man sich diese dramatisch verfahrenere, teils unkalkulierbare und unüberschaubare Situation klar macht, wird das Gewicht jener Entscheidung für die Westbindung deutlich, für die vorrangig der erste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Konrad Adenauer, verantwortlich zeichnete. Nicht zu Unrecht hat Klaus Hildebrand denn auch Adenauers außenpolitischen Entwurf als „revolutionär“ und eine ganz neue Tradition deutscher Außenpolitik begründend bezeichnet.

Ansatzpunkt der Adenauerschen Konzeption war eine sehr frühe Einsicht in die Entwicklung der Ost-West-Konfrontation nach dem Krieg und eine folgerichtige Ableitung der für Deutschland daraus zu bestimmenden außenpolitischen Strategie. Adenauer sah sich, wie Volker Depkat formuliert hat, an einer Zeitenwende: Alles hatten die NS-Zeit und der Zweite Weltkrieg verändert. Was gestern noch Gültigkeit in der Außenpolitik gehabt hatte, das war 1949 längst Vergangenheit. Alles musste neu gedacht werden und dabei waren für ihn verschiedene Punkte zu beachten.

Erstens

Dass die kommunistische Sowjetunion, deren Atheismus und Staatsvergottung Adenauer als höchst gefährlich empfand, einen expansiven Kurs steuerte und in ihrem Machtbereich diktatorische Regime errichtete, die bürgerliche Freiheit nicht zuließen, war für ihn ebenso eine Tatsache wie die Schlussfolgerung, dass dies nur machtsstaatlich begrenzt werden konnte. Da kein europäischer

Staat allein über diese notwendigen Machtmittel verfügte, war nur eine westeuropäische Einigung unter sowie eine feste Allianz mit den Vereinigten Staaten in der Lage, jenes Machtpotential aufzubauen, das zur Eindämmung der sowjetischen Expansion nötig war.

Der Nationalstaat hatte sich für Adenauer ja ohnehin überlebt, nicht nur wegen der Folgen des Krieges, sondern auch wegen des rasanten technischen Fortschritts, der die nationalen Grenzen einfach überschritt. Daraus aber konnten sich Chancen für die Westdeutschen ergeben, zumal mit dem Beginn des Koreakrieges 1950, der gerne als „Vater aller Dinge“ bezeichnet wird, eine zusätzliche Dynamik in die internationale Politik kam.

Ohne Deutschland war ein solcher Sicherheitsverbund und zudem auch Wohlfahrt in Europa nicht zu schmieden, freilich nur mit einem Deutschland, das sich ganz neu orientierte, das durch im Voraus geleistete Selbstbeschränkung das so wichtige neue Vertrauen erwarb und in den dazu entstehenden Strukturen die Rolle zu spielen bereit war, die die westlichen Siegermächte ihm zuteilten. Um dieses Endziel zu erreichen, war Adenauer auch bereit einen eigenen Wehrbeitrag zu leisten, der nicht nur im Ausland (Frankreich, der Sowjetunion), sondern vor allem im Innern höchst unpopulär war.

Zweitens

Damit Deutschland in diesen Prozess einbezogen werden konnte, waren klare, kalkulierbare außenpolitische Positionen vonnöten, eine Schaukelpolitik zwischen Ost und West, auch nur das Aufkommen eines Verdachtes, Deutschland könne nicht wie selbstverständlich nach Westen hin orientiert sein, ließ sofort die Gefahr einer dem deutschen Interesse entgegenstehenden Verständigung der Alliierten über Deutschland

hinweg, einer Annäherung Frankreichs an die UdSSR oder gar das Desinteresse der Amerikaner an den unkalkulierbaren europäischen Entwicklungen hervortreten. Das musste aus Adenauers Sicht unter allen Umständen vermieden werden. Eben deshalb formulierte er in seiner ersten Regierungserklärung als Bundeskanzler unmissverständlich: „Es besteht für uns kein Zweifel, dass wir nach unserer Herkunft und nach unserer Gesinnung zur westeuropäischen Welt gehören!“

Drittens

Den Preis, der für einen solchen Kurs zu zahlen war, glaubte Adenauer bezahlen zu müssen. Der Preis bestand vor allem in der Zurückstellung der deutschen Wiedervereinigung. Die Hoffnung allerdings war, dass ein deutscher Weststaat, einbezogen in westliche politische Strukturen, viel Anziehungskraft entfalten könnte und bei einer Änderung der politischen Gesamtlage eines Tages doch die Wiedervereinigung möglich sein würde. In diesem Sinne argumentierte damals auch der Berliner Bürgermeister Ernst Reuter. Dennoch war gerade dieser Punkt in der historischen Forschung lange Zeit intensiv umstritten und der Vorwurf virulent, Adenauer habe den Osten Deutschlands preisgegeben und ausgeliefert.

Viertens

Eine glaubhafte Westorientierung Deutschlands verlangte aber zuallererst unzweideutige Signale des Willens zur Aussöhnung mit Frankreich, wiederum als Voraussetzung einer europäischen Integration. Die Wiedererlangung deutscher Souveränität setzte gleichsam die Bereitschaft zum zumindest partiellen Souveränitätsverzicht zugunsten europäischer Strukturen voraus. Das war politisch damals wie heute nicht leicht zu vermitteln, zumal die Frage des Saargebiets, das Frankreich ja 1945 an seine eigene Wirtschaft angebunden hatte, oder die Frage der von Franzosen schlicht okkupierten Stadt Kehl ungelöste politische Probleme darstellten mit einem hohen politischen Sprengpotential.

Adenauer war hier konsequent bereit, den Franzosen weitestgehend entgegenzukommen, Strittiges im europäischen Rahmen möglichst aufzuheben, um Vertrauen zu schaffen, die Westintegration zu befördern und so etwas wie die *Vereinigten Staaten von Europa* zu schaffen, in deren Rahmen alleine nach Adenauers Ansicht auf einen deutschen Wiederaufstieg wie auf den Wiederaufstieg von ganz Europa zu hoffen war. Oft ist schon – vermutlich zu Recht – festgestellt worden, dass diese Politik nicht zuletzt von der Furcht vor einem Wiederaufleben des Nationalismus in der deutschen Bevölkerung getragen gewesen sei. Tatsächlich misstraute Adenauer den Deutschen und hatte auch keine hohe Meinung von ihrem Verhalten in der Zeit des Dritten Reiches.

Fünftens

Begleitet sein musste diese Politik, wenn sie denn glaubhaft sein sollte, schließlich auch von einer überzeugenden Abkehr vom nationalsozialistischen Ungeist und der Übernahme der daraus resultierenden Verantwortung. Hier setzte er mit dem Luxemburger Abkommen vom 10. September 1952 an, das Warenlieferungen im Umfang von 3 Milliarden DM an Israel und eine Globalzahlung von 450 Millionen DM an die *Conference on Jewish Material Claims against Germany* vereinbarte. Zudem anerkannte die Bundesrepublik im Londoner Schuldenabkommen vom 27. Februar 1953 Schuldansprüche von 65 Gläubigerstaaten in einer Höhe von 14 Milliarden DM.

III.

Vor dem Hintergrund dieser Prämissen entwickelte sich die deutsche Außenpolitik des ersten Nachkriegsjahrzehnts, freilich nicht im Sinne eines „Masterplanes“, den der Kanzler nun ausführte, sondern vielmehr im Sinne einer Grundorientierung, die auf die Bewältigung der vielfältigen unkalkulierbaren Krisen und außenpolitischen Entscheidungssituationen ziemlich unbirrbar angewandt wurde. Nur einige wichtige Stationen seien hier angesprochen.

Am 30. Oktober 1949 durfte die eben erst gegründete Bundesrepublik in die OEEC eintreten, eine Planungsbehörde, die die amerikanischen Marshallplanhilfen für die europäischen Wirtschaften organisierte. Am 9. Mai 1950 schlug der französische Außenminister Robert Schuman vor, die deutsche und französische Kohle- und Stahlproduktion gemeinsam zu organisieren und auch andere Europäer zu diesem Schritt zu ermuntern. Adenauer griff das Angebot umgehend und gerne auf, weil es seinen alten, in den 1920er Jahren schon entworfenen Plänen entsprach, weil es die Aussöhnung mit Frankreich voranbrachte und eben jenen Wirtschaftsaufschwung zu befördern versprach, dessen das darniederliegende Deutschland unabdingbar bedurfte, um dem Westintegrationskonzept überhaupt zum Erfolg zu verhelfen.

Der ursprünglich von Jean Monnet ausgearbeitete Plan bezweckte natürlich auch die fortwährende Kontrolle über die deutsche Montanindustrie, aber er diente doch eben auch dem Zweck der europäischen Integration und damit einer Sicherung gegen etwaige neue Kriege in Europa. Es dauerte kein Jahr bis zur Unterzeichnung des Vertrages (18. April 1951), in dem Deutschland nun bereits wieder als selbständiger Staat erscheint und ziemlich gleichberechtigter Partner in der inneren Organisation der *Montanunion* wurde.

Diese Politik lohnte sich ganz offensichtlich: am 6. März 1951 kam es zu einer kleinen Revision des Besatzungsstatuts, indem der Bundesrepublik ein eigenes Außenministerium zugestanden wurde. Am 9. Juni 1951 beendeten die Westmächte ganz offiziell den Kriegszustand mit Deutschland. Am 15. Juni 1950 wurde Deutschland in den Europarat aufgenommen. Am 10. August 1951 trat die BRD dem allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen GATT bei.

Die im Zeichen des Koreakrieges immer präsentere Gefahr der kommunistischen Expansion erhöhte den Druck auf die europäische Integration und ließ bereits kaum fünf Jahre nach Kriegsende die Diskussion um eine deutsche Wiederbewaffnung entstehen. Im Rahmen dieses deutschen Wehrbeitrages entstand ein Plan, der die Europäer vielleicht so nahe an den Wunschtraum einer politischen Europäischen Union heranführte wie seitdem nicht mehr. Als der französische Ministerpräsident René Pleven im Oktober 1950 vorschlug, eine gemeinsame Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) und eine Europäische Politische Gemeinschaft (EPG) zu schaffen, schien gleichsam alles im Sturmschritt möglich.

Auch hier griff Adenauer begeistert zu und unterzeichnete am 27. Mai 1952 die entsprechenden Verträge, nicht nur weil er einen deutschen Verteidigungsbeitrag zur Abwehr des Kommunismus für nötig erachtete, der sich für ihn ganz selbstverständlich nicht auf nationaler, sondern nur auf europäischer Ebene vollziehen konnte, sondern auch weil dies ein wirklich großer Schritt auf dem Weg zur Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa gewesen wäre.



Foto: akg-images

Der Deutschlandvertrag und damit die Aufhebung des Besatzungsstatuts waren einer der vertraglichen Bausteine der Westintegration. Bundeskanzler Konrad Adenauer (re.) und die westalliierten

Außenminister (v. l. n. r.) Anthony Eden (GB), Robert Schuman (F) und Dean Acheson (USA) bei der Unterzeichnung am 26. Mai 1952 in Bonn.

Überhaupt war das Jahr 1952, wie Manfred Funke einmal gemeint hat, eine Art „Revolutionsjahr“ auf dem Weg zur Westintegration, weil neben dem Genannten so viele andere einschlägig wichtige Entscheidungen getroffen wurden: In dieses Jahr fällt ja auch die Ablehnung der Stalinnote, der Luxemburger Vertrag mit Israel, auch der Beginn der Aushandlung des Deutschland-Vertrages mit den Alliierten, die Aufnahme in den Internationalen Währungsfonds und die Internationale Bank für Aufbau und Entwicklung etc. etc.

Letztlich allerdings überforderten diese Anläufe, insbesondere das EVG-Projekt, das durch den Krieg noch wunde französische Nationalbewusstsein. Die EVG scheiterte denn auch am 30. August 1954 an der französischen Nationalversammlung, die das Thema von der Tagesordnung nahm.

Das Scheitern von EVG und EPG jedoch sollte sich letztlich nicht negativ auf Adenauers Kurs auswirken. Die Sorge um die transatlantischen Beziehungen und das als unbedingt notwendig erachtete Engagement der USA in Europa zur Abwehr des Kommunismus bewegte die Westeuropäer zu den Pariser Verträgen vom 23. Oktober 1954, in denen der Bundesrepublik die volle Souveränität wieder übertragen und das Tor zur neugeschaffenen WEU wie zur NATO mit einem eigenständigen deutschen Wehrbeitrag geöffnet wurde.

Das hierfür notwendige weitgehende Entgegenkommen Adenauers, etwa in der Saarfrage, war sehr heftig umstritten und dennoch stimmte der Bundestag im Februar 1955 dem Vertrag zu, der mit seinem Inkrafttreten am 5. Mai 1955 die gleichberechtigte Rückkehr Westdeutschlands unter die Mächte der Welt möglich machte. Die Westbindung, so lässt dieser Verlauf erkennen, war also ein Projekt, das die wirtschaftliche, politische und militärische Ebene mit-

einander verzahnte und die BRD fest im Westen verankerte.

An Adenauers Konzeption änderte das Erreichen des zunächst wichtigsten Zieles, der Wiedererlangung der Souveränität, nichts, wie die fortwährende engagierte europäische Integrations- und Versöhnungsarbeit beweist: 1957 wurde die für alles Weitere so grundlegend wichtige EWG geschaffen und 1963 im Elysee-Vertrag die Aussöhnung mit Frankreich auch vertraglich besiegelt, um nur zwei Beispiele zu nennen.

IV.

Da Konrad Adenauer als erstem Bundeskanzler die Realisierung des Westbindungskurses zufiel und er unbeirrt an diesem Konzept festhielt, erscheint die Westbindung oft ausschließlich als seine genuine Idee, sein Werk und sein Erfolg.

Dies gilt es allerdings, ohne die Bedeutung des Kanzlers auf diesem Gebiet zu schmälern, zu relativieren. Denn zunächst und vor allem: Der Gedanke, das „unruhige Reich“ in der Mitte Europas aus seiner fatalen Rolle durch eine konsequente Einbindung in europäische Strukturen zu bändigen und damit einen dauerhaften europäischen Frieden zu schaffen, war nicht neu. Nicht nur Adenauer selbst hatte dieses Vision schon in den 1920er Jahren propagiert, viele andere dachten in die gleiche Richtung. Die Last der Verbrechen des Nationalsozialismus fügten der europäischen Perspektivierung dann weitere moralische Komponenten hinzu. So entstanden bereits im Widerstand gegen den Nationalsozialismus Konzepte, die Elemente des Westintegrationskurses der Nachkriegszeit enthielten.

Dass ohne eine fundamentale Neuorientierung und moralische Neuausrichtung der deutschen Außenpolitik keine Zukunft vorstellbar sei, erklärte

z. B. 1942 schon Helmuth James Graf von Moltke seinem englischen Freund Lionel Curtis: „Für uns ist Europa nach dem Kriege weniger eine Frage von Grenzen und Soldaten, von komplizierten Organisationen oder Plänen. Europa nach dem Kriege ist die Frage: Wie kann das Bild des Menschen in den Herzen unserer Mitbürger aufgerichtet werden.“

Bemerkenswert konkret analysierte auch die studentische Widerstandsgruppe „Weiße Rose“ in München neue Maximen außenpolitischen Handelns. Im vierten ihrer Flugblätter z. B. hieß es: „Trennt Euch rechtzeitig von allem, was mit dem Nationalsozialismus zusammenhängt. Nachher wird ein schreckliches, aber gerechtes Gericht kommen über die, so sich feig und unentschlossen verborgen hielten. Was lehrt uns der Ausgang dieses Krieges, der nie ein nationaler war? Der imperialistische Machtgedanke muss, von welcher Seite er auch kommen möge, für alle Zeit unschädlich gemacht werden. Ein einseitiger preußischer Militarismus darf nie mehr zur Macht gelangen. Nur in großzügiger Zusammenarbeit der europäischen Völker kann der Boden geschaffen werden, auf welchem ein neuer Aufbau möglich sein wird.“

Freilich mussten diese grundlegenden, richtungweisenden Ideen noch in ein pragmatisches, politisches Programm übersetzt werden. Doch auch auf diesem Feld fand Adenauer Mitstreiter, die verwandte Ideen entwickelten. Nicht zufällig wohl findet man bei genauem Hinsehen ähnliche Programme im rheinischen Katholizismus am häufigsten, eher selten in der SPD, die unter ihrem ersten Vorsitzenden Kurt Schumacher national orientiert die deutsche Wiedervereinigung für das vorrangige politische Ziel hielt und – so Schumacher – eher ein sozialistisches deutsches Reich in einem europäischen

sozialistischen Staatenverbund anstrebte.

Ganz ähnlich wie Adenauer dachte und handelte z. B. der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Peter Altmeier. Schon seine ersten Reden im Jahr 1946 zeigen die entscheidenden Elemente des radikalen Bruchs mit der Außenpolitik der Vergangenheit, die strikte Westorientierung, die Aussöhnung mit Frankreich und als wichtiges Mittel dazu wirtschaftliche Verflechtung mit dem Westen, in dessen Rahmen Sicherheit vor der kommunistischen Bedrohung gefunden werden sollte. So verdeutlichte es Altmeier in einer Rede vom Mai 1946: „Vom Westen gingen einstens in der Blütezeit abendländischer Kultur Impulse für das Reich aus, und so hat er auch jetzt, da wir an die Neuordnung herangehen, wieder seinen Platz in der abendländischen Geschichte und seine große Aufgabe, das schlagende Herz eines friedlich, gedeihlich zusammenwirkenden Europas zu erfüllen.“

Ende 1946 forderte er in der Beratenden Landesversammlung eine „neue konstruktive Ordnung der europäischen Wirtschaft“ und sprach den Wunsch aus, dass die deutsche Wirtschaft in eine „Verbindung [...] mit der unserer westeuropäischen Nachbarn“ gebracht werde, denn nur eine „solche Wirtschaftseinheit“ könne die anstehenden Probleme lösen. In der gleichen Rede erklärte er die deutsche Katastrophe recht einseitig, aber in unserem Zusammenhang doch erhellend als die Folge einer Verlagerung des politischen Schwerpunktes nach Preußen, die unbedingt rückgängig gemacht werden müsse. „Wir stehen nunmehr vor der Notwendigkeit [...] einer völligen Neuorientierung unserer deutschen Politik. [...] Als Menschen von Rhein und Pfalz, die niemals das abendländische Geisteserbe und die traditionelle Verbindung mit den Völkern Westeuropas verleugnet haben, bekennen wir uns auch heute wieder aus innerster Überzeugung zu unserer Verpflichtung, den geistigen und politischen Kern der deutschen Neuordnung zu bilden und damit zugleich die Eingliederung Deutschlands in die Gemeinschaft der europäischen Völkerfamilien zu vollziehen.“

Die besondere Aufgabe des Bundeslandes Rheinland-Pfalz sah er in diesem Konzept in der Herstellung „einer Vertrauensatmosphäre“, insbesondere zu

dem westlichen Nachbarn Frankreich wie er beim ersten CDU-Landesparteitag 1947 formulierte. Und in der Frage der deutschen Einheit legte er ein Bekenntnis ab, das Konrad Adenauer wohl nicht anders formuliert hätte: „Wir bewundern den heroischen Kampf, den insbesondere unsere Freunde der CDU der russischen Zone gegen den Terror eines doktrinären Marxismus mit vorbildlichem Mut und unter großen Wagnissen führen. Wir wünschen, daß dieser Kampf erfolgreich sein möge [...]. Aber wir lassen keinen Zweifel daran aufkommen, daß wir uns jeder politischen Lösung widersetzen, die in ihrer praktischen Konsequenz dazu führen würde, die Herrschaft des kollektivistischen Marxismus auf unser Land auszuweiten und so die christlichen Lebensgrundlagen unserer Kultur zu untergraben. Es gibt für uns auch in der Politik eine Rangordnung der Werte, und an der Spitze dieser Werteordnung steht für uns der Gedanke von der Freiheit des Christenmenschen.“

Vor diesem Hintergrund ist es schließlich nicht verwunderlich, dass Altmeier im Kreise der Ministerpräsidenten in der Zeit vor der Gründung der Bundesrepublik mitverantwortlich zeichnete für Entscheidungen, die praktisch Adenauers Westbindungspolitik bereits vorbereiteten und dabei wiederum abhängig waren von Festlegungen, die die Besatzungsmächte getroffen hatten.

Gleichwohl: Westbindung und Westintegration in der außerordentlich scharfen innenpolitischen Kontroverse durch- und umgesetzt zu haben, bleibt das Verdienst des ersten Bundeskanzlers.

Und nicht zu unterschätzen ist auch die Totalität der Westbindungsansätze, die Adenauers umsetzte – ganz gleich ob es die Sicherheits- oder Wirtschaftspolitik anbelangt, ob Kultur oder Rechtswesen: in jeder Hinsicht wurde das neue Westdeutschland mit wechselnden Partnern in immer neuen Konstellationen im Westen verankert. Am Ende galt den Deutschen sogar in ihrem Lebensstil, in Musik und Kunst bis hin in das Alltagsleben nur das modern, was aus dem Westen kam. So wurden aus den Westdeutschen Westeuropäer. Und damit bezeichnen gerade die 1950er Jahre eine entscheidende Zäsur in der politischen Geschichte Deutschlands. □

Die DDR – eine sozialistische Diktatur, die sich am 13. August 1961 einmauerte

Klaus Schroeder

Die DDR wurde gerade einmal 41 Jahre – wenn man ihre Vorgeschichte einbezieht – 45 Jahre alt. Sie starb unverhofft und schnell, nach menschlichen Maßstäben im besten Alter, aber gemessen an weltgeschichtlichen Abläufen im Kindesalter. Sollten sich die Verhältnisse in Deutschland in den nächsten Jahrzehnten nicht noch einmal radikal in Richtung Sozialismus/Kommunismus ändern, wird sie wahrscheinlich in der Geschichtsbetrachtung bald nur noch als Fußnote Erwähnung finden. Für die Zeitgenossen indes war und ist sie erstaunlicherweise auch knapp 30 Jahre nach dem Mauerfall äußerst lebendig – im positiven wie im negativen Sinn. Sie griff massiv in das Leben ihrer Bewohner ein, die nach der vollständigen Einbetonierung im Jahre 1961 ihr zudem weitgehend ausgeliefert waren. Aber auch für den Westen des geteilten Landes blieb die Existenz der DDR nicht ohne Auswirkungen; die bundesdeutsche Politik musste wichtige Entscheidungen immer auch in Hinblick auf die DDR als mögliche Alternative treffen.

I. Besatzungsherrschaft und sozialistische Umgestaltung

Nach der bedingungslosen Kapitulation des nationalsozialistischen Deutschlands begann die Sowjetunion in den von ihr besetzten Gebieten unverzüglich mit der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umgestaltung. Dieser Transformationsprozess stand nur scheinbar im Konflikt mit ihren, speziell Stalins deutschlandpolitischen Optionen, ganz Deutschland in den eigenen Macht- bzw. Einflussbereich einzubeziehen. Die grundlegende gesellschaftliche Transformation in der SBZ sollte unumstößliche oder zumindest schwer überwindbare Fundamente für ein unter welchen konkreten Bedingungen auch immer vereintes Gesamtdeutschland legen. Schnelle Sowjetisierung sowie Vereinigungsangebote, die bis zur endgültigen Westintegration der Bundesrepublik immer wieder von sowjetischer Seite vorgebracht wurden, waren insoweit nur zwei Seiten der gleichen Medaille.

Die oberste Befehlsgewalt in der SBZ lag in den Händen der „Sowjetischen Militäradministration in Deutschland“ (SMAD), die mit ihren Befehlen und Anordnungen die Entwicklung in der SBZ steuerte. Die SMAD nutzte dabei alle ihr zu Gebote stehenden Möglichkeiten zur Gestaltung der Gesellschaft. Sie besaß die Verfügungsgewalt über die materiellen Ressourcen, das Organisations- und Informationsmonopol; sie konnte direkt befehlen oder auch nur konsultativ Einfluss nehmen. Da die deutschen Verwaltungsdienststellen monatlich Bericht zu erstatten hatten, war sie in der Lage, die Umsetzung ihrer Anweisungen flächendeckend im Detail zu kontrollieren. Die sowjetische Besatzungsmacht konnte sich bei der sozialistischen Umgestaltung auf die im April 1946 gegründete Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) stützen, die ihr bedingungslos ergeben war.

II. Die SED und ihr Führungsanspruch

Die aus dem auch mit Zwang erfolgten Zusammenschluss von KPD und



Prof. Dr. Klaus Schroeder, Wissenschaftlicher Leiter des Forschungsverbundes SED-Staat und Professor am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin

SPD im April 1946 entstandene SED war keine, wie ihr Name suggeriert, sozialistische, sondern eine genuin kommunistische Partei. Sie besaß von der Gründung bis zum Untergang der DDR unter dem Schutz und nach Maßgabe der sowjetischen Besatzungsmacht unbeschränkte Macht, die sich auf alle Bereiche von Staat und Gesellschaft erstreckte. Die Partei legitimierte ihre „Führungsrolle“ durch die „historische Mission“, die der Marxismus-Leninismus der Arbeiterklasse und ihrer (vermeintlichen) Avantgarde, der kommunistischen Partei, zuschreibt. Demokratische Wahlen gab es nicht. Die DDR war eine Diktatur der Partei – der SED – über das Volk. Alle anderen politischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen hatten sich ihrem Führungsanspruch zu beugen. In ihrem Selbstverständnis verkörperte die SED Wahrheit, Recht und Zukunft. Unter diesen selbst definierten Voraussetzungen betrachtete sie die DDR geradezu selbstverständlich als *ihren* Staat.

An Stelle der im politischen System moderner westlicher Gesellschaften vorhandenen Gewaltenteilung stand die Gewaltenkonzentration, d. h. die legislative, judikative und exekutive Macht lag in den Händen der SED-Führung. In ihrem Aufbau folgte die SED dem Vorbild der sowjetischen KPdSU. Im Zentrum der Macht agierte der Generalsekretär des Zentralkomitees (ZK) (von 1950–1971 Walter Ulbricht; von 1971–1989 Erich Honecker; im Herbst/Winter 1989 kurzzeitig Egon Krenz), der die wichtigsten Funktionen in Partei und Staat auf sich vereinte. Er leitete die Sitzungen des Politbüros (PB) und des ZK-Sekretariats und war Chef des zentralen Parteiapparates, der für die Umsetzung der Beschlüsse der obersten Parteigremien verantwortlich war. Seit 1960 fungierte der jeweilige Generalsekretär meist auch als Vorsitzender des Staatsrates und damit als formales Staatsoberhaupt der DDR.



Prof. Dr. Hans-Michael Körner (re.), Professor em. am Historischen Seminar der LMU München, leitete wieder die Historischen Tage. Hier moderiert er ein Podiumsgespräch u. a. mit Professor Manfred Görtemaker.

derungen der Partei in den Bezirken

hende Kollektivierung sozialer Bezie-

SED übertrug ihr hierarchisches Orga

schon Persönlichkeit“ ai

die Beschlüsse der Zentrale und der je

siehe nebenstehende Graphik

SED-Führung konnte jederzeit das „so

ten und geschulten Kadern bestehend

setzte die SED alle wichtigen Leitungs-

lag. Sie konnte sich auf eine ihr loyal

zuständige SED-Gliederung immer die

Machtzentrum, dem Politbürc

apparates aufrechterhalten. Das 1950

Arbeit im Partei- bzw. Staatsapparat v

tatbestän und Nachrichtendienst in

sowie der Vorsitzende des Freien Deu

Ende 1989 beschäftigte die Stasi etwa 91 000 hauptamtliche und 190 000 inoffizielle Mitarbeiter, d.h. auf 57 Einwohner kam ein Stasi-Mitarbeiter.

noch akklamatorische Funktion und

nierte Propagandaveranstaltung war.

die Bundesrepublik. Das MfS hatte na-

Unverletzlichkeit der Wohnung, keine

die Netze des unter Honecker nahezu

folgte das MfS politisch Andersdenken

Identität von privater und öffentlicher

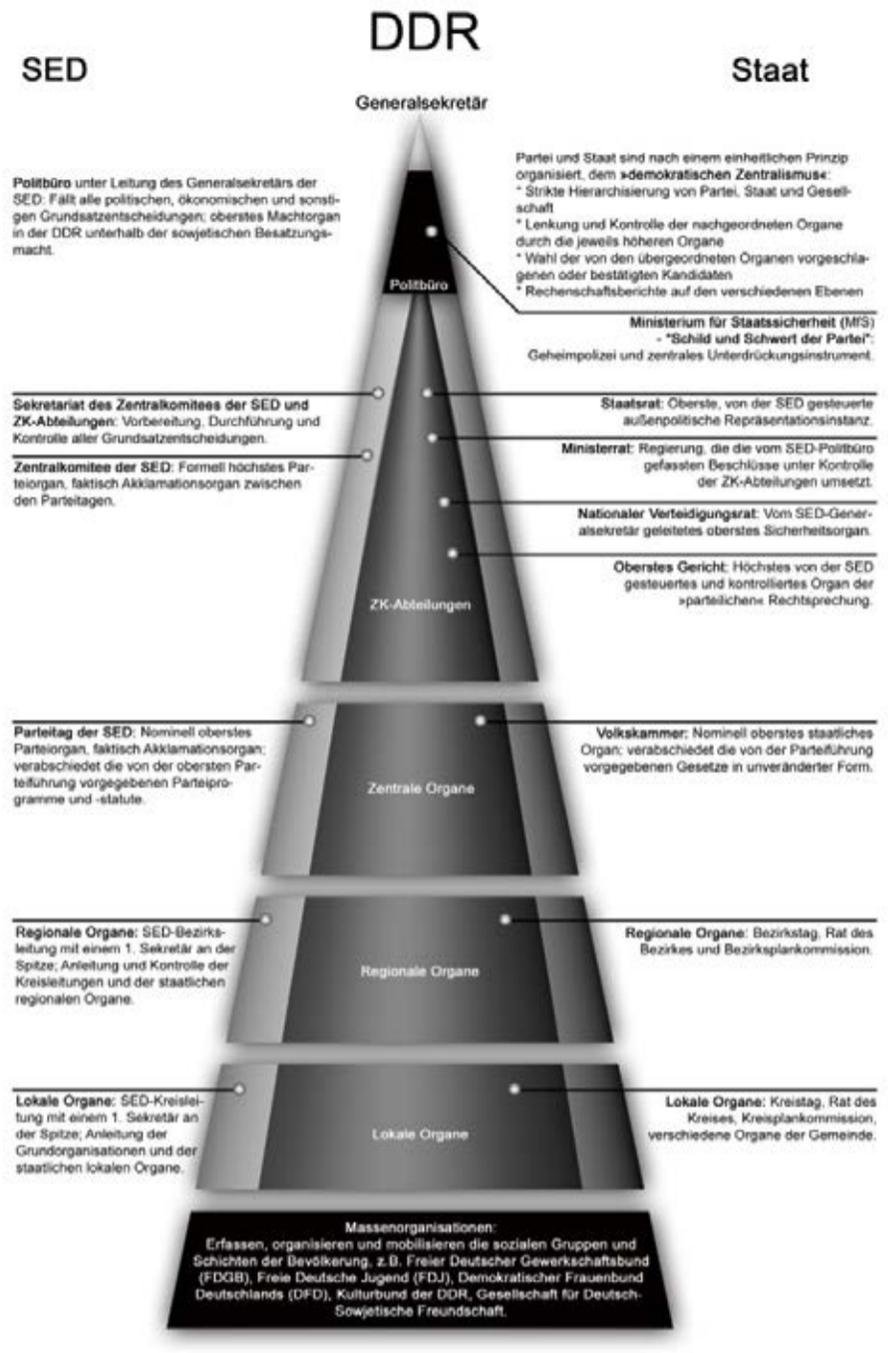
ler potenziellen Gegner sollte oppositic

weichende Verhalten in den politische

„Zersplitterung, Lähmung, Desorgani-

sellschaft vertraten, versuchte die Part

nen zusa



staatlichen Behörden in der DDR.

III. Der unterschätzte Aufstand am 17. Juni 1953

cherheitsorgane. Während die Nationa-

Helfer der Grenztruppen“, Arbeiter-

einen Aufstand gegen ihr Gewaltregime,

1 „Kampfgruppen der Arbei-

Diktatur und zu einem bis 1989 fortwir-

dische und im Krieg zur „Heimatvertei-

reich – zum Ausbruch kar

bunden.

musste die Führung ihre Beschlüsse auf



Foto: akg-images

Das wohl berühmteste Foto zum 17. Juni 1953. Steine werfend stellen sich Jugendliche in Ost-Berlin den sowjetischen Panzern in den Weg.

Weisung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion zurücknehmen. In einer Analyse übten sowjetische Funktionäre eine schonungslose Kritik an den Zuständen in der DDR. Das zwang das SED-Politbüro am 9. Juni, einen „neuen Kurs“ zu verkünden. Neben ökonomischen Zugeständnissen an die Bevölkerung sollten u.a. eine Überprüfung aller Strafurteile erfolgen und die Kollektivierungen auf dem Land vorerst gestoppt werden. Nur die angeblich herrschende Arbeiterklasse bedachte die Partei nicht. Die Erhöhung der Arbeitsnormen blieb. Die Verkündung des „neuen Kurses“ am 11. Juni verfehlte nicht zuletzt deshalb die beabsichtigte Wirkung.

Vor allem Arbeiter in den Großbetrieben reagierten empört. Wie die von der Partei ermittelten Stimmungsberichte verdeutlichen, spitzte sich der Unmut in der Arbeiterschaft zumeist auf eine grundsätzliche Kritik an der SED zu. Schon am 11. und 12. Juni registrierte die Parteiführung Protestkundgebungen, vereinzelte Streiks und überall Forderungen an Partei und Regierung, die Arbeits- und Lebensbedingungen zu verbessern. Den Stimmungsberichten zufolge wertete die Bevölkerung den „Neuen Kurs“ als „Bankrotterklärung der SED“. Die Parteiführung reagierte jedoch nicht bzw. zu spät mit weiteren Zugeständnissen. Die Rücknahme der Normerhöhung am 16. Juni 1953 änderte an der Stimmung nichts mehr.

Streiks und Demonstrationen registrierten Partei und MfS in 700 Orten, darunter in 14 der 15 Bezirksmetropolen (einschließlich Ost-Berlin) und in 113 der 182 Kreisstädte. Die sowjetischen Kommandanturen verkündeten in 13 Bezirks- und 51 Kreisstädten den Ausnahmezustand. Am 17. Juni beteiligten sich knapp eine Million Menschen an Streiks und Demonstrationen. Allein in

Ost-Berlin gingen etwa hunderttausend Menschen auf die Straße, in Halle ca. 60.000 und in Leipzig an die 40.000. SED-Funktionäre wurden beschimpft oder auch angegriffen, Betriebe bestreikt, Stasizentralen und Parteihäuser gestürmt. Vereinzelt gab es auch Plünderungen und Brandstiftungen sowie Gefangenenbefreiungen. Polizei- oder Sowjettruppen besetzten zur Niederschlagung der Proteste und zur Wiederherstellung von „Ruhe und Ordnung“ häufig sogar Großbetriebe. Am 18. Juni bestreikten Werkstätige aber immer noch 126 Betriebe voll und 60 zum Teil.

Zur Abschreckung ließ die Rote Armee mehrere zumeist willkürlich festgenommene Aufständische standrechtlich erschießen.

Die Teilnehmer der Proteste kamen aus allen sozialen Schichten; zwar dürften Arbeiter in der Mehrheit gewesen sein, aber das Volk insgesamt war in Aufruhr. Die Forderungen waren überall allgemein-politischer Natur und galten als prinzipielle Ablehnung des SED-Regimes. Der Minister für Staatssicherheit, Wilhelm Zaisser, kommentierte die Situation mit den Worten: „Die Lage ist außerordentlich ernst. Es geht jetzt darum, wir oder sie.“

Der SED gelang es nicht, mit Hilfe ihrer „Sicherheitsorgane“ den Aufstand niederzuschlagen oder auch nur einzugrenzen. Nur die Ausrufung des Ausnahmezustandes durch die sowjetische Besatzungsmacht und der Einsatz ihrer Panzer und Truppen retteten die Partei

vor dem Sturz ihres Regimes. Die Demonstranten, das vielbeschworene „Volk“, führten ihr vor Augen, dass sie weder Rückhalt in der Bevölkerung hatte noch in der Lage war, einen breiten Volksaufstand mit eigenen Mitteln niederzuhalten. In der Verkündung des Ausnahmezustandes und der Androhung von Bestrafung mittels Kriegsgesetzen durch die sowjetische Besatzungsmacht fand die DDR-Regierung keine Erwähnung. Damit demonstrierten die Sowjets, dass sie in der DDR das Sagen hatte.

Durch die Zerschlagung von Demonstrationen und einer Verhaftungswelle gelang es den sowjetischen Truppen, eine Ausweitung der Unruhen zu verhindern. Am Ende des Aufstands stand eine blutige Bilanz von mindestens 55 Toten und mehreren hundert zum Teil schwerverletzten Personen. Zur Abschreckung ließ die Rote Armee mehrere zumeist willkürlich festgenommene Aufständische standrechtlich erschießen.

Die offenen Proteste setzten sich dennoch bis zum 21. Juni und vereinzelte Aktionen bis in den Juli hinein fort. Den 3.000 Festnahmen durch sowjetische Truppen folgten einige Zeit später über 10.000 Verhaftungen durch DDR-Dienststellen. Etwa 1.600 Personen wurden anschließend verurteilt. Zwei Angeklagte erhielten die Todesstrafe, drei eine lebenslängliche Zuchthausstrafe; weitere 13 Angeklagte verurteilten DDR-Gerichte zu 10 bis 15 Jahren. Die Mehrzahl kam mit Gefängnisstrafen bis zu fünf Jahren davon. Unter den Verurteilten befanden sich nur 59 SED-Mitglieder, woraus sich schließen lässt, dass sich die SED-Basis aus dem Geschehen weitgehend herausgehalten hatte.

Die von der Dramatik der Ereignisse überraschte Parteiführung reagierte

nach dem ersten Schock am Abend des 17. Juni mit Polemik gegen den Westen, der Provokateure und faschistische Agenten entsandt habe, um die Bevölkerung aufzuhetzen. Die Interpretation der Volkserhebung als „faschistischer“ oder „konterrevolutionärer Putsch“ hielt sich als Tenor offizieller DDR-Geschichtsschreibung bis in die späten 1980er Jahre hinein nahezu unverändert. Schuldig waren hiernach die „faschisierten Adenauer- und Eisenhower-Staaten“ sowie der West-Berliner Rundfunksender RIAS.

Die Wucht der Volkserhebung und das Zurückweichen von SED-Kadern zeigten der Parteiführung, dass die Arbeiter sie keineswegs als ihre Avantgarde ansahen. Hieraus zog die SED-Führung entsprechende Konsequenzen: Sie baute die Partei institutionell um und installierte ein Frühwarnsystem. Noch einmal wollte sie nicht von Protesten überrascht werden. Die parteiinterne Kontrolle verschärfte sie durch ein von unten nach oben reichendes Informationssystem. Die Parteimitglieder hatten alles Außergewöhnliche in ihrem beruflichen und privaten Umfeld zu melden.

Auch gegenüber den Blockparteien und den Massenorganisationen demonstrierte die Führung Härte und verhängte Sanktionen, die bereits im Herbst/Winter 1952 mit der Entlassung eines LDPD- und eines CDU-Ministers begonnen hatten. Aber die wichtigste Reaktion auf den 17. Juni bestand in der Straffung und dem Ausbau des Macht- und Disziplinierungsapparates. Zur Koordination möglicher Aktivitäten von Staats- und Parteiorganen im inneren und äußeren Spannungsfeld ordnete die Parteiführung im Juli 1953 die sofortige Bildung von regelmäßig tagenden Einsatzleitungen in den Bezirken, Kreisen und Stadtteilen an. Diese setzten sich auf der Bezirksebene aus dem Vorsitzenden des Rates des Bezirkes, dem 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung, einem beauftragten Offizier der Kasernierten Volkspolizei, dem Leiter der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei und dem Leiter der Bezirksverwaltung des MfS zusammen. Den Vorsitz der neu zu schaffenden Gremien übernahmen ab Ende Januar 1954 die 1. Sekretäre der SED-Bezirks- und Kreisleitungen.

Im September 1953 beschloss das Politbüro auf Veranlassung von Ulbricht, auf zentraler Ebene eine „Kommission für Sicherheitsfragen“ zu bilden. Die weitgehend konspirativ arbeitende Sicherheitskommission sollte sich mit generellen Fragen der „Sicherheit und Verteidigung des Landes“ beschäftigen; ihre Gründung zielte jedoch vorrangig gegen die „innere Opposition“ in der DDR und sogar in der Partei selbst. Mitglieder dieser wichtigen Kommission waren etwa zehn führende SED-Funktionäre. Die Sicherheitskommission stellte gleichsam die oberste Ebene des neu geschaffenen Repressionsapparates dar. Ihr unterstanden die Bezirks-, Kreis- und Stadteinsatzleitungen. Im Jahr 1960 benannte die Parteiführung die Kommission in „Nationalen Verteidigungsrat“ um.

IV. Die Einbetonierung des SED-Staates

Als sich die Lage ab Mitte der 1950er Jahre wieder normalisierte, verkündete Walter Ulbricht auf dem V. Parteitag im Juli 1958 in völliger Verkennung der wirtschaftlichen Realitäten die neue ökonomische Hauptaufgabe: „Die Volkswirtschaft der DDR ist innerhalb weniger Jahre so zu entwickeln, dass die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung [...] gegenüber der Herrschaft der imperialistischen Kräfte im Bonner Staat eindeutig bewiesen wird und infolge dessen der Pro-Kopf-Verbrauch

unserer werktätigen Bevölkerung mit allen wichtigen Lebensmitteln und Konsumgütern den Pro-Kopf-Verbrauch der Gesamtbevölkerung in Westdeutschland erreicht und übertrifft.“

Mit diesem propagandistischen Paukenschlag folgte er der Devise Chruschtschows, der im Zeichen des Systemwettbewerbs die USA wirtschaftlich zu überholen trachtete. Aber Ulbricht erntete mit dieser kühnen Forderung selbst posthum nur Hohn und Spott, da sich der Abstand zur Bundesrepublik bis zum Ende der DDR unter Schwankungen kontinuierlich vergrößerte. Entscheidend für das erneute Anschwellen der Fluchtwelle Anfang der sechziger Jahre dürfte jedoch der von der SED-Führung mit härteren Bandagen aufgenommene Kampf um den „Übergang zur genossenschaftlichen Produktionsweise“ in der Landwirtschaft, wie die Kollektivierung in der SED beschönigend hieß, gewesen sein. Die unter Einsatz aller Mittel durchgeführte sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft führte zwar zu einem fast 90 prozentigen Anteil des sozialistischen Sektors an der gesamten landwirtschaftlichen Brutto-Produktion, aber als Folge verließen viele Bauern die DDR und es kam zu erheblichen Produktionsproblemen, die erst Jahre später überwunden werden konnten.

Die Hoffnungen der SED-Führung, den Wettlauf mit der Bundesrepublik gewinnen zu können, fanden schon einige Jahre später ein jähes Ende. Zu Beginn der sechziger Jahre deutete sich eine in mancher Beziehung dem Jahre 1953 vergleichbare Entwicklung an. Parallel zur Fluchtwelle wuchs die Unzufriedenheit der im Land Verbliebenen an, so dass Partei und Sicherheitsapparat erneut Unruhen und immer weiter steigende Flüchtlingszahlen befürchteten, die letztlich den wirtschaftlichen Kollaps bewirken würden.

Walter Ulbricht schrieb im Januar und August 1961 zwei alarmierende Briefe an den sowjetischen Parteichef, verwies auf den „Wettbewerb zwischen den beiden Systemen“ und erklärte, die offenen Grenzen, insbesondere in Berlin, seien nicht mehr zu akzeptieren, da

Die Hoffnungen der SED-Führung, den Wettlauf mit der Bundesrepublik gewinnen zu können, fanden schon einige Jahre später ein jähes Ende.

sie die DDR zwingen würden, den Lebensstandard schneller zu erhöhen, als es den volkswirtschaftlichen Kräften entspreche. Die Wirtschaft litt zudem unter den hohen Kosten für die Macht-sicherung, die Apparate von Parteien und Massenorganisationen sowie die Subventionierung der Wirtschaft. Der Anteil dieser „unproduktiven Ausgaben“ lag 1959/60 zwischen 25 und 30 Prozent des Nationaleinkommens (entspricht in etwa dem BIP im Westen). Von einem Ein- oder gar Überholen der Bundesrepublik war nun keine Rede mehr, im Gegenteil: Die SED-Führung musste eine zunehmende Wohlstandsdifferenz zur Bundesrepublik zur Kenntnis nehmen.

Nachdem der Westen auf das erneute Berlin-Ultimatum der Sowjetunion nicht einging und die Zahl der Flüchtlinge stark zunahm (1960: etwa 200.000; Januar-August 1961: knapp 160.000) gab die Sowjetunion dem Drängen der DDR nach und grünes Licht für die vollständige Abriegelung der DDR und den Bau



Foto: akg-images/ap

Die SED zog die Notbremse. Am 13. August 1961 begann die DDR – autorisiert von Moskau – mit dem Mauerbau durch Berlin. Unser Foto zeigt Ausbes-

serungsarbeiten knapp ein Jahr später am Mauerabschnitt Bernauer Straße, bei denen die Bauarbeiter von Grenzsoldaten bewacht wurden.

der Berliner Mauer. Hierdurch war das Fortbestehen der DDR vorerst gesichert; eine Garantie für den wirtschaftlichen und sozialen Aufschwung war damit freilich nicht verbunden. Mit der Existenz der Mauer blieb die Bevölkerung der Staatspartei allerdings weitgehend ausgeliefert; dies ermöglichte der Parteiführung zunächst eine Lockerung der Einschränkungen des geistigen und kulturellen Lebens. Der weitere Aufbau des Sozialismus sollte von nun an den Individuen und Kollektiven einen freilich begrenzten Raum für Eigeninitiativen belassen.

Für die Sowjetunion hatte die DDR als westlicher Vorposten des sozialistischen Lagers eine besondere Bedeutung, wie der stellvertretende sowjetische Ministerpräsident Mikojan im Juni 1961 äußerte: „Die DDR, Deutschland, ist das Land, in dem sich entscheiden muss, dass der Marxismus-Leninismus richtig ist, dass der Kommunismus auch für die Industriestaaten die höhere, bessere Gesellschaftsordnung ist [...] Wenn der Sozialismus in der DDR nicht siegt, wenn der Kommunismus sich nicht hier als überlegen und lebensfähig erweist, dann haben wir nicht gesiegt.“ Zu diesem Zeitpunkt ging es indes nicht um den Sieg des Sozialismus, sondern um sein (vorläufiges) Überleben.

Erst einige Tage nach dem 13. August begann der eigentliche Bau der Mauer. Der von der DDR errichtete Ring um West-Berlin hatte eine Gesamtlänge von 155 Kilometern, davon 43,1 Kilometer zwischen den beiden Teilen der Stadt. Die Mauersegmente aus Stahlbeton mit hoher Dichte waren in der „vierten Generation“ 2,4 bis 3,6 Meter hoch und 1,2 Meter breit. Der zwischen 15 und mehr als 150 Meter breite Todesstreifen bestand zudem aus KFZ-Sperren, Kolonnenwegen, Beobachtungstürmen, Grenzsignalzäunen und

Hinterlandmauern. Im innerstädtischen Bereich wurden anders als bei der sonstigen innerdeutschen Grenze keine Erdminen verlegt und keine Selbstschussanlagen montiert. Nach Schätzungen kostete der Aufbau der Grenzanlagen allein von 1961 bis 1964 knapp 2 Mrd. DDR-Mark. Die laufenden Kosten für den Unterhalt stiegen von etwa 0,5 Mrd. Mark auf über 1 Mrd. Mark jährlich.

Für den „Schutz“ der Grenze zu West-Berlin war in der DDR das Grenzkommando Mitte der Grenztruppen zuständig, dem im Frühjahr 1989 rd. 11.500 Soldaten und 500 Zivilbeschäftigte angehörten. Das Grenzkommando Mitte verfügte darüber hinaus über 567 Schützenpanzerwagen, 48 Granatwerfer, 48 Panzerabwehrkanonen und 114 Flammenwerfer sowie 156 gepanzerte Fahrzeuge bzw. schwere Pioniertechnik und knapp 2.300 Kraftfahrzeuge. Etwa 2.300 Soldaten der Grenztruppen und mehrere hundert Hunde waren täglich zum „Schutz“ des SED-Staates im Einsatz.

Mehrere Tage nach der Grenzschließung war Ida Siekmann, die aus einem Fenster in der Bernauer Straße in die Freiheit springen wollte, das erste Todesopfer nach der Schließung der Grenze in Berlin. Zwei Tage später erschossen DDR-Grenzer im Humboldthafen hinterrücks den 24-jährigen Günter Litfin bei seinem Versuch, schwimmend West-Berlin zu erreichen. Der Berliner Regierende Bürgermeister Willy Brandt appellierte in einer Rede vor dem Rathaus Schöneberg an die Grenzpolizisten, sich nicht zu Lumpen machen zu lassen und auf eigene Landsleute zu schießen. Brandt wertete das Verhalten der SED-Führung als Eingeständnis des Versagens: „Eine Clique, die sich Regierung nennt, muss versuchen, ihre eigene Bevölkerung einzusperren. Die Betonpfeiler, der Stacheldraht, die Todesstrei-

fen, die Wachtürme und die Maschinenpistolen, das sind die Kennzeichen eines Konzentrationslagers [...]“

Die Reaktionen des Westens blieben im von der DDR und der Sowjetunion erwarteten Rahmen. Stellungnahmen und militärische Maßnahmen der Westmächte richteten sich ausschließlich auf die Sicherung der drei „essentials“ von Kennedy (Anwesenheit der Westmächte in West-Berlin, ihr freier Zugang nach Berlin und Schutz der West-Berliner Bevölkerung). Erst am 16. August (!) überreichten die Westalliierten in Moskau Noten, in denen sie die Sperrung der Sektorengrenze als „flagrante und besonders ernste Verletzung des Viermächte-Status Berlins“ brandmarkten und die Aufhebung der „illegalen Maßnahmen“ forderten.

Diese Beschwerden blieben jedoch ohne weitere Konsequenzen. Willy Brandts Forderung nach energischen Gegenmaßnahmen fand kein Gehör, da insbesondere die USA das östliche Vorgehen als weitgehend defensiv einschätzten. Kennedy setzte lediglich eine Kampftruppe von ca. 1.500 Soldaten nach Berlin in Marsch. Die Frage, ob er vorab über die Planungen zum Mauerbau informiert war, kann bis heute nicht eindeutig beantwortet werden, ist aber wahrscheinlich. Jedenfalls fanden Entflechtung und Abgrenzung der Einfluss-sphären der Großmächte in Europa im Spätsommer 1961 einen menschlich brutalen, aber politisch in der Logik der weltpolitischen Konstellation liegenden Abschluss.

Unter dem Schutz der Mauer und der weiterhin im Land stationierten Roten Armee überlebte die DDR noch 29 Jahre. Mit dem Fall der Mauer am 9. November 1989 und der nachfolgenden Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 verabschiedete sie sich in den Orkus der Geschichte. □

1963 bis 1965: Fritz Bauer und der Auschwitz-Prozess

Sybille Steinbacher

Der Auschwitz-Prozess war der größte und bis dahin längste Mordprozess in der deutschen Rechtsgeschichte. Verhandelt wurde zwischen Dezember 1963 und August 1965 über die Massenverbrechen an Juden und anderen Verfolgten im nationalsozialistischen Staat. In allen Details trat im Gerichtssaal das Grauen im Lagerkomplex zu Tage. Die Aufmerksamkeit für den Prozess war groß, Zeitungen in aller Welt berichteten darüber. Im Folgenden geht es um einige Wesensmerkmale des Verfahrens, um den zeitgeschichtlichen Kontext, in dem es stattfand, und um seine historisch-politische Bedeutung für den Umgang mit den nationalsozialistischen Verbrechen in der Bundesrepublik Deutschland.

I. Prozessinitiativen

Dass der Auschwitz-Prozess in Gang kam, war in hohem Maße auf Fritz Bauer zurückzuführen. Er setzte sich dafür ein, nicht nur um für die strafrechtliche Ahndung der Untaten zu sorgen, sondern auch weil er die kritische Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen für eine Grundvoraussetzung der Demokratiefähigkeit der Bundesbürger hielt. Als junger Amtsrichter in Stuttgart wurde Bauer im Dritten Reich verfolgt, weil er Sozialdemokrat und Jude war. Er kam gleich im Frühjahr 1933 für acht Monate ins Konzentrationslager Heuberg auf der Schwäbischen Alb, verließ das Deutsche Reich 1936, floh nach Dänemark und von dort 1943 nach Schweden. Im Jahr der Gründung der Bundesrepublik kehrte er aus dem Exil zurück, mit dem festen Willen, seinen Beitrag leisten zu wollen, damit ein auf Demokratie und Freiheit gründender Staat entstehen würde.

Bereits der erste große Prozess, den Bauer als Generalstaatsanwalt in Braunschweig initiierte (er trat das Amt 1950 an), erregte öffentliche Aufmerksamkeit: der Prozess gegen Otto Ernst Remer, einen ehemaligen Wehrmachtsoffizier, der daran beteiligt gewesen war, den Umsturzversuch vom 20. Juli 1944 niederzuschlagen. Remer rief nach dem Krieg die neonazistische Sozialistische Reichspartei ins Leben und scheute sich nicht, die Männer und Frauen des Widerstands vom 20. Juli öffentlich zu verunglimpfen. Fritz Bauer brachte Otto Ernst Remer wegen Beleidigung vor Gericht, und es gelang ihm, die Widerstandskämpfer gegen den NS-Staat postum zu rehabilitieren; Remer wurde 1952 zu einer dreimonatigen Haftstrafe verurteilt (der er sich allerdings durch Flucht ins Ausland entzog). Das Gericht schloss sich Fritz Bauers Auffassung an, dass das nationalsozialistische Regime ein „Unrechtsstaat“ gewesen sei.

Auf Wunsch des hessischen Ministerpräsidenten Georg August Zinn (SPD) ging Fritz Bauer 1956 als Generalstaatsanwalt nach Hessen und nahm seinen Dienstsitz in Frankfurt am Main. In Bezug auf die Täter von Auschwitz wurde er sofort aktiv, als er 1959 von Thomas Gnielka, einem Journalisten der *Frankfurter Rundschau*, Dokumente bekam, die dieser wiederum von dem Auschwitz-Überlebenden Emil Wulkan erhalten hatte: Listen mit den Namen von Häftlingen, die vorgeblich „auf der Flucht“ erschossen worden waren; auch



Prof. Dr. Sybille Steinbacher, Direktorin des Fritz-Bauer-Instituts, Frankfurt am Main

die Namen der SS-Schützen standen darauf. Diese Listen, von Wulkan am Ende des Krieges aus dem SS- und Polizeigericht in Breslau geborgen (daher *Breslauer Dokumente* genannt), waren von Lagerkommandant Rudolf Höß unterschrieben und von dessen Adjutanten Robert Mulka abgezeichnet. Für Fritz Bauer waren die Dokumente von größter Bedeutung; denn auf ihrer Basis leitete er Ermittlungen gegen das SS-Personal von Auschwitz ein.

Etwa zur selben Zeit kamen in Stuttgart (nach einigem Zögern) ebenfalls Ermittlungen in Gang. Auch hier gab ein ehemaliger Häftling von Auschwitz entscheidende Anstöße: Adolf Rögner wandte sich im März 1958 aus der Haft (er war straffällig geworden) in einem Brief an die Stuttgarter Staatsanwaltschaft und teilte mit, er wisse, wo sich Wilhelm Boger aufhalte, ein einstiger SS-Funktionär in der Politischen Abteilung des KZ Auschwitz. Rögner schickte seine Informationen gleichzeitig an das Internationale Auschwitz-Komitee, die Vereinigung der Überlebenden des Lagers. Dessen Generalsekretär Hermann Langbein, ein gebürtiger Wiener und ebenfalls Häftling in Auschwitz, besaß als ehemaliger Lagerschreiber und als Mitglied des Lagerwiderstands Kenntnisse über das Geschehen in Auschwitz wie kaum ein anderer.

Die Staatsanwaltschaft Stuttgart reagierte allerdings zunächst nicht auf Rögners Informationen, denn der galt als notorischer Lügner. Das Auschwitz-Komitee war außerdem als kommunistisch verschrien, weshalb die Justizbehörden sich nicht auf die Zusammenarbeit mit Hermann Langbein einlassen wollten. Es dauerte ein halbes Jahr, bis die Justizbehörden schließlich doch aktiv wurden. Dies nicht zuletzt deshalb, weil Langbein handfeste Beweise gegen Boger, den Erfinder der *Boger-Schaukel* vorlegte, einer grausamen Foltermethode im KZ Auschwitz. Noch eine dritte Institution entwickelte zur selben Zeit Aktivitäten: die Zentrale Stelle in Ludwigsburg begann mit Vorermittlungen gegen Angehörige der Lager-Gestapo

und einige der Ärzte in Auschwitz.

Fritz Bauer holte im Juni 1959 sämtliche Ermittlungen in Sachen Auschwitz mit dem Einverständnis des Bundesgerichtshofs an das Landgericht Frankfurt am Main. Er hielt nichts davon, viele kleine Einzelprozesse anzustoßen, vielmehr ging es ihm darum, einen einzigen großen Prozess gegen möglichst viele Angeklagte in die Wege zu leiten. Rasch gelang nun Festnahme um Festnahme: Noch 1959 kam Oswald Kaduk in Haft, einer der brutalsten SS-Männer von Auschwitz. Auch Victor Capesius wurde festgenommen, der Leiter der Lagerapotheke. Im Jahr darauf konnten Richard Baer, der letzte Kommandant von Auschwitz, außerdem Höß' Adjutant Robert Mulka und Josef Klehr, der leitende Sanitäter im Häftlingskrankenbau von Auschwitz, verhaftet werden.

Die Frankfurter Staatsanwälte machten mehrere Hundert Überlebende von Auschwitz ausfindig und befragten sie als Zeugen, was aufwendig war, zumal im Kalten Krieg keine offizielle Zusammenarbeit mit den Justizbehörden in den Ländern hinter dem Eisernen Vorhang möglich war; aber immerhin bestanden informelle Kontakte. Mit Bedacht betraute Fritz Bauer zwei junge Staatsanwälte mit den Ermittlungen, Joachim Kügler und Georg Friedrich Vogel. Bauer wollte zeigen, dass in der west-deutschen Justiz, deren Reihen ja in hohem Maße mit einstigen Nationalsozialisten durchsetzt waren, eine junge, unbelastete Generation die kritische Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit vorantreiben würde.

Der Aufwand für die ermittelnden Staatsanwälte und ihre Unterstützer war hoch, zumal die zeithistorische Forschung sich Anfang der sechziger Jahre noch kaum mit dem Massenmord an den europäischen Juden und dem System der Konzentrations- und Vernichtungslager befasst hatte. An Studien, auf die sie sich hätten stützen können, mangelte es daher. Die Staatsanwaltschaft legte schließlich dennoch ihre Anklage vor – auf über 700 Seiten. 24 Personen wurden wegen Mordes und Beihilfe zum Mord vor Gericht gestellt. Da Richard Baer während der Untersuchungshaft verstorben war, war Robert Mulka nun derjenige mit dem einstmaligen höchsten SS-Rang und daher der Hauptangeklagte.

Hans Hofmeyer, im NS-Staat Richter an einem Erbgesundheitsgericht, eröffnete das Verfahren „gegen Mulka und andere“ am 20. Dezember 1963. Es begann im Plenarsaal der Frankfurter Römer, dem Sitzungssaal der Stadtverordneten im historischen Rathaus; Anfang April 1964 zog das Gericht in das neu erbaute Haus Gallus um, was so geplant war, denn dort befand sich der größere Saal. Die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit begleitete den Prozess von Beginn an.

II. Auschwitz und die Alliierten

Zwischen der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz im Januar 1945 und dem Beginn des Prozesses lagen fast 20 Jahre. Wie wurde in dieser Zeit mit den Verbrechen umgegangen? Insgesamt taten etwa 7 000 Männer und Frauen im Stammlager Auschwitz und seinen etwa 40 Nebenlagern Dienst für die SS. Schätzungen zufolge waren zu Kriegsende noch mindestens 6 300 von ihnen am Leben. Etwa 1 000 wurden zwischen 1946 und 1949 aufgespürt, die meisten in der amerikanischen Zone des besetzten Deutschland. Die alliierten Militärgerichte führten kein spezielles Verfahren wegen Auschwitz durch, aber SS-Wachleute des Lagers standen in gleich mehreren KZ-Prozessen der Alliierten unter Anklage. Denn viele waren gegen

Ende des Krieges im Zuge der Auflösung der Lager in den Grenzregionen des Deutschen Reiches in die Konzentrationslager im Reichsinneren versetzt und dort von den Befreibern später gefangen genommen worden.

So wurden im Bergen-Belsen-Prozess, dem ersten alliierten KZ-Prozess, der zwischen September und November 1945 im britisch besetzten Lüneburg stattfand, Josef Kramer, Lagerkommandant in Auschwitz-Birkenau und später in Bergen-Belsen, außerdem Franz Hößler, Schutzhaftlagerführer im Stammlager Auschwitz und im Frauenlager Birkenau, und die beiden Auschwitz-Aufseherinnen Elisabeth Volkenrath und Irma Grese zum Tod durch den Strang verurteilt. In den Dachauer Prozessen, die im November 1945 begannen, verhängte ein amerikanisches Militärgericht die Todesstrafe über mehrere SS-Leute von Auschwitz, darunter Vinzenz Schöttl, den Schutzhaftlagerführer in Monowitz, Otto Moll, den Leiter der Krematorien in Birkenau, und SS-Lagerarzt Friedrich Entress.

Ein französisches Militärgericht bestrafte im Natzweiler-Prozess Friedrich Hartjenstein, Kommandant von Auschwitz-Birkenau, mit dem Tod, ebenso Heinrich Schwarz, den Kommandanten des Lagers Monowitz. Auch im Mauthausen-, Buchenwald- und Ravensbrück-Prozess standen SS-Leute von Auschwitz vor Gericht.

Knapp 700 ehemalige Wachleute des Lagers wurden von den Alliierten gleich nach Kriegsende an Polen ausgeliefert. Hier mussten sich die ranghöchsten SS-Funktionäre verantworten: Kommandant Rudolf Höß und sein Nachfolger Arthur Liebehenschel.

Höß wurde im April 1947 nach einem Urteil des Obersten Nationalen Tribunals in Warschau auf dem Gelände des Stammlagers Auschwitz unweit seiner einstigen Kommandanten-Villa hingerichtet. Liebehenschel stand gemeinsam mit 39 weiteren Mitgliedern der Lager-SS in Krakau vor dem Obersten Nationalen Tribunal. Er und 22 weitere Angeklagte wurden zum Tod verurteilt, das Urteil wurde im Dezember 1947 vollstreckt.

Vor einem britischen Militärgericht musste sich im März 1946 die Führung der Hamburger Firma Tesch und Stabenow verantworten, die das KZ Auschwitz mit Zyklon B beliefert hatte, jenem Blausäuregift, mit dem dort insgesamt zwischen 1,1 und 1,5 Millionen Menschen ermordet wurden, die meisten von ihnen Juden. Firmeneigentümer Bruno Tesch und sein Geschäftsführer wurden zum Tod verurteilt und hingerichtet. Auch die Techniker der Firma Topf und Söhne in Erfurt, die die Vernichtungsanlagen in Birkenau gebaut hatten, erregten die Aufmerksamkeit der Alliierten. Der Verfolgungsdruck gegen die Verbrecher von Auschwitz und ihre Helfer ließ jedoch erheblich nach, als die bundesdeutschen Justizbehörden dafür zuständig wurden, sie zur Rechenschaft zu ziehen.

III. Vergangenheitspolitik in West-Deutschland

Mit der Gründung der Bundesrepublik hielt die Exkulpation schwerbelasteter NS-Täter Einzug in das Rechtssystem. Die Politik ihrer Amnestierung, Rehabilitation und gesellschaftlichen Integration begann. Bereits Mitte der Fünfziger fanden so gut wie keine Ermittlungen wegen nationalsozialistischer Verbrechen mehr statt. Gesuche der polnischen Justizbehörden um Auslieferung von NS-Verbrechern wurden schon seit 1950 nicht mehr beantwortet. Viele in Auschwitz tätig gewesene Mediziner kamen im vergangenheitspolitischen Klima der fünfziger Jahre in

den Genuss politischer Rücksichtnahmen.

Nutznieser der neuen Lage waren auch die Manager des IG Farben-Konzerns, die im Lager Monowitz, dem größten Nebenlager von Auschwitz, Tausende von Häftlingen zur Zwangsarbeit rekrutiert hatten. Zwar mussten sie sich im Rahmen der Nürnberger Nachfolgeprozesse noch verantworten, jedoch wurden viele entweder freigesprochen oder nur zu kurzen Haftstrafen verurteilt. Nicht wenige stiegen in der euphorischen Atmosphäre des *Wirtschaftswunders* rasch in hohe Positionen der west-deutschen Industrie auf.

Jedoch zeichnete sich Ende der fünfziger Jahre auch eine andere Entwicklung ab. Eine zunehmende Sensibilisierung für die Verbrechen setzte ein, was an dem Umstand lag, dass unter dem Spätheimkehrern aus der Sowjetunion mehrere Hundert nachweislich schwerbelastete NS-Verbrecher waren. Nachrichten darüber lösten öffentliche Empörung aus. So stand das Thema in der politischen Diskussion bald unter neuen Vorzeichen, und justizielle Ermittlungen kamen in Gang, wenn auch zunächst noch eher zufällig.

Unter großem Medieninteresse begann Ende April 1958 in Ulm der Prozess gegen die Mitglieder eines SS-Einsatzkommandos, denen zur Last gelegt wurde, im Sommer 1941 im deutsch-litauischen Grenzgebiet 5 000 Juden erschossen zu haben, darunter Frauen, Kinder und alte Leute. Am Ende wurden die Angeklagten zwar nicht wegen Mordes, sondern nur wegen gemeinschaftlicher Beihilfe zum Mord verurteilt. Aber mit dem Prozess waren Ausmaß und Brutalität der Verbrechen offensichtlich geworden. Dass die Taten bislang weder bekannt noch geahndet waren, löste allenthalben Bestürzung aus. Der Ulmer Prozess zeugte von dem Umstand, schrieb Ernst Müller-Meinungen in der *Süddeutschen Zeitung*, dass Gerichtsverfahren gegen NS-Täter „Zufallsprodukte einer Zufallsjustiz“ seien.

Mehrere Zeitungen forderten nun, die Bundesrepublik habe die juristischen Ermittlungen endlich auf eine systematische Grundlage zu stellen. Eine kleine, kritische Minderheit setzte sich vehement gegen den eingetretenen Ahnungsstillstand ein. In hohem Maße trug auch der propagandistische Druck aus Ost-Berlin zu einem Umdenken im Westen bei. Die DDR leitete 1957/58 ihre Kampagne gegen „Hitlers Blutrichter in Adenauers Diensten“ ein. Angeprangert wurde die hohe Elitenkontinuität, die insbesondere in der west-deutschen Justiz auszumachen war.

Fast alle Richter und Staatsanwälte, die vor 1945 aktiv gewesen waren, hieß es, befanden sich hier seit Anfang der fünfziger Jahre wieder in Amt und Würden. Die Enthüllungen und die mitgelieferten handfesten Beweise riefen in der Bundesrepublik eine kritische Öffentlichkeit auf den Plan. Politisch aktive Studenten und Studentinnen prangerten die bestehenden Verhältnisse an und riefen nach der personellen Säuberung der Justiz. Medienvertreter forderten, die NS-Belastungen der Richterschaft und anderer Berufsgruppen nicht länger zu bagatellisieren.

Die Justizminister der Länder gerieten so unter Druck, dass sie 1958 den Beschluss fassten, eine zentrale Ermittlungsbehörde in Sachen NS-Verbrechen einzurichten. Noch im selben Jahr entstand in Ludwigsburg die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen. Sie war dafür zuständig, den Massenmord an den europäischen Juden und die Verbrechen in den Konzentrations- und Vernichtungslagern sowie den Ghettos im deutsch besetzten Europa aufzuklären und Vorermittlungen zu

führen. Kam ein Verfahren zustande, so gab Ludwigsburg die Ermittlungen an die zuständige Staatsanwaltschaft ab. Die Juristen in der Zentralen Stelle nahmen ihre Arbeit umgehend auf. Sie hatten viel zu tun, zumal ihre Behörde stetig unterbesetzt war. Was ihre Tätigkeit zusätzlich erschwerte, war die Feindseligkeit aus dem eigenen Berufsstand. Nicht selten mussten sich die Ludwigsburger Juristen als „Nestbeschmutzer“ beschimpfen lassen.

IV. Der Prozess und die Öffentlichkeit

Anders als im Nürnberger Prozess gegen die „Hauptkriegsverbrecher“ standen beim Auschwitz-Prozess keine namhaften Repräsentanten des NS-Staates vor Gericht. Angeklagt waren in Frankfurt vielmehr die Handlanger und Exekutoren der Massenvernichtung, darunter SS-Offiziere, Mitglieder der Lager-Gestapo, KZ-Aufseher, Sanitäter, einige Ärzte, der Lagerapotheker, der Verwalter der Kleiderkammer und ein ehemaliger Kapo, also ein Funktionshäftling, der der SS zugearbeitet hatte. Die Angeklagten waren unauffällige Leute, hatten nach dem Krieg in bürgerlichen Berufen wieder Fuß gefasst, beispielsweise als Kaufleute, Angestellte und Unternehmer, viele genossen soziales Ansehen.

Zeitungen brachten ausführliche Porträts über sie, beispielsweise *Die Welt*, die *Frankfurter Rundschau*, die *Süddeutsche* und die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Der Prozess erreichte die Öffentlichkeit von Beginn an und wurde weithin wahrgenommen. Rundfunk und Fernsehen veröffentlichten Begleitdokumentationen. Rasch erschienen auch Bücher: Hermann Langbein, der nach internen Querelen seit Mitte 1960 nicht mehr Generalsekretär des Auschwitz-Komitees war, protokollierte den Prozess akribisch und veröffentlichte seine zweibändige, eindringliche Prozessdokumentation gleich 1965. Bernd Naumann, Gerichtsreporter der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, publizierte seine Reportagen als Buch unter dem Titel *Bericht über die Strafsache gegen Mulka und andere*.

Viele namhafte Journalisten schrieben ebenfalls über das Verfahren, darunter Axel Eggebrecht, Ralph Giordano, Dietrich Strothmann, Inge Deutschkron und Martin Warnke. Schriftsteller, Philosophen und Publizisten kamen hinzu, darunter Marie Luise Kaschnitz, Martin Walser und Günter Grass. Während des Prozesses fand Ende 1964 in der Frankfurter Paulskirche eine medial vielbeachtete und gut besuchte Ausstellung zum Thema *Auschwitz – Bilder und Dokumente* statt. Auch in der Kunst schlug sich der Prozess nieder: Peter Weiss schrieb sein bekanntes Stück *Die Ermittlung. Ein Oratorium in 11 Gesängen*, in das er Aussagen integrierte, die im Gerichtssaal gefallen waren. Damit kam das Auschwitz-Verfahren auch auf die Theaterbühnen, zudem als gesamtdeutsches Projekt: Im Oktober 1965 wurde *Die Ermittlung* parallel an 15 Häusern in West- und in Ost-Deutschland aufgeführt.

Mit Schrecken konstatierten Prozessberichterstatter, dass die Auschwitz-Täter ihre Schuld nicht eingestanden. Die Angeklagten bestritten vor Gericht zwar nicht, dass im Lager täglich gemordet wurde, dass Selektionen stattfanden, also die „nicht arbeitsfähigen“ Häftlinge ausgesondert und in den Gaskammern ermordet wurden. Aber sie lehnten es ab, persönliche Verantwortung dafür zu tragen und beteuerten ihre Unschuld.

Fritz Bauer erwartete sich vom Prozess breite gesellschaftliche Wirkung und, wie er sagte, die „Bewältigung der Vergangenheit“. Er wollte, dass der Prozess nicht nur dazu diene, die Schuldigen



Foto: akg-images/dpa

Der hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer in einer Aufnahme aus dem Jahr 1961.

zu bestrafen, sondern dass die Vergewärtigung des Grauens auch außerhalb des Frankfurter Gerichtssaals möglichst viele Menschen erreichte.

Die „Selbstaufklärung“ der deutschen Gesellschaft, von der er oft sprach, war ganz im Sinne seines demokratischen Rechtsbewusstseins sein erhofftes Ziel. Er setzte sich damit auch dafür ein, es zu erreichen, indem er Historiker vom Institut für Zeitgeschichte München als Sachverständige bestellte, die vor Gericht den historisch-politischen Kontext der Verbrechen von Auschwitz ausleuchteten. Die vier Wissenschaftler Hans Buchheim, Helmut Krausnick, Hans-Adolf Jacobsen und Martin Broszat legten dem Frankfurter Gericht ihre Expertise dar. Sie führten unter anderem aus, wie die nationalsozialistische Machtapparat funktionierte, befassten sich mit der Organisation und der Mentalität der SS, dem System der Konzentrationslager und der Gewaltpolitik in Polen. Ihre Gutachten lieferten die wissenschaftliche Grundlage für den Prozess. Unter dem Titel *Anatomie des SS-Staates* wurden sie noch 1965 in zwei Bänden publiziert – ein zeithistorischer Bestseller.

Im Zentrum des Auschwitz-Prozesses stand die Zeugenbefragung. Mehr als 200 Überlebende des Lagers aus 19 verschiedenen Ländern sagten vor Gericht aus. Dass sie dazu bereit waren, war vor allem Hermann Langbein zu verdanken, der die meisten von ihnen ausfindig gemacht hatte und sie davon überzeugen konnte, ihren Beitrag zur Verurteilung der Angeklagten zu leisten. Für viele Überlebende war es seit Kriegsende die erste Wiederbegegnung mit Deutschen. Den Angeklagten gegenüberzutreten

und sich den peinigen Verhören ihrer Verteidiger auszusetzen war für sie eine hohe nervliche Belastung.

Dass sich im eisigen Klima des Kalten Krieges im Dezember 1964 schließlich eine Gerichtsdelegation auf die Reise nach Polen machte, ist erstaunlich, vor allem angesichts der außenpolitischen Umstände, unter denen der Auschwitz-Prozess stattfand. Denn diplomatische Beziehungen zur Volksrepublik Polen bestanden in der Bundesrepublik zu dieser Zeit nicht. Die Ortsbesichtigung im ehemaligen Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz bildete den juristischen und politischen Höhepunkt des Prozesses. Bei Kapitalverbrechen war es im deutschen Rechtswesen üblich, dass ein Gericht den Tatort in Augenschein nahm, vor allem, wenn keine Geständnisse vorlagen.

Dass die Fahrt tatsächlich zustande kam, war auf das Engagement von Henry Ormond, einem Vertreter der Nebenklage, und dasjenige seines polnischen Kollegen Jan Sehn zurückzuführen, dem Direktor des Kriminologischen Instituts der Universität Krakau. Die Bundesregierung in Bonn unterstützte das Vorhaben, geleitet von der Hoffnung, der Auschwitz-Prozess werde das deutsche Ansehen im Ausland verbessern. Bis zu 300 Journalisten aus ganz Europa, aus den USA und Israel machten die Ortsbesichtigung zum publizistischen Großereignis.

Die Fahrt nach Oświęcim/Auschwitz hatte für den Prozess zentrale Funktion, denn sie ermöglichte es, Fakten zu überprüfen und zu konkretisieren. Evident war nun beispielsweise, dass das Stammeslager, anders als von Angeklagten im Gericht vorgebracht, keineswegs zu groß



Foto: alkg-images/dpa

Das Interesse am Frankfurter Auschwitz-Prozess war bei Medien und beim Publikum riesig. Am 19. August 1965

warteten diese Menschen vor dem Eingang zum großen Gerichtssaal, um die Urteilsverkündungen mitzubekommen.

war, als dass man nicht hätte wissen können, was dort vor sich ging. Vielmehr war das Lagergelände von jedem Wachturm aus zu überblicken. Aus Dachluken, Gucklöchern und durch die Ritzen der Holzbalken vor den Fenstern konnten Häftlinge beobachten, was geschah – ganz so, wie es Zeugen geschildert hatten.

Am Ende des Prozesses standen von den ursprünglich 24 Angeklagten noch 20 vor Gericht. Zwei waren verstorben, einer aus gesundheitlichen Gründen für verhandlungsunfähig erklärt worden, und ein Verfahren wurde abgetrennt. Im August 1965 verkündete Hans Hofmeyer nach 183 Prozesstagen das Urteil. Sechs Angeklagte wurden zu einer lebenslangen Zuchthausstrafe verurteilt, elf erhielten Zeitstrafen und drei wurden freigesprochen.

Die Freigesprochenen waren Johann Schobert von der Politischen Abteilung des KZ Auschwitz, außerdem Sanitätsdienstgrad Arthur Breitwieser und Zahnarzt Willy Schatz. Lebenslanglich erhielten Stefan Baretzki, Blockführer der Strafkompagnie, der Funktionshäftling Emil Bednarek, Wilhelm Boger von der Politischen Abteilung, Franz Hofmann, Schutzhaftlagerführer und Lagerführer des Zigeunerlagers, außerdem Rapportführer Oswald Kaduk und Sanitätsdienstgrad Josef Klehr. Auf 14 Jahre lautete das Urteil für Robert Mulka, den ranghöchsten Angeklagten; 1968 wurde er wegen Haftunfähigkeit entlassen, im Jahr darauf starb er. Zehn Jahre erhielt Ludwig Stark von der Politischen Abteilung, neun Jahre der Lagerapotheker Viktor Capesius, mit sieben Jahren wurden Karl Höcker, Adjutant unter Kommandant Baer, und Willi Frank, der Leiter der Zahnstation bestraft, sechs Jahre erhielt Kommandoführer Bruno Schläge, fünf Jahre Klaus Dylewski von der Politischen Abteilung, vier Jahre und sechs Monate Sanitätsdienstgrad Herbert Scherpe, vier Jahre Pery Broad von der Politischen Abteilung, drei Jahre

und sechs Monate Sanitätsdienstgrad Emil Hantl und drei Jahre und drei Monate der Lagerarzt Franz Lucas.

V. Folgen des Prozesses

Hofmeyer betonte in seiner Urteilsbegründung, das Frankfurter Schwurgericht sei nicht berufen, „die Vergangenheit zu bewältigen“. Anders als Fritz Bauer richtete er den Fokus nicht auf die historische Bedeutung des Verfahrens und auch nicht auf die gesellschaftliche „Selbstaufklärung“ in der Bundesrepublik. Dem Gericht war es ihm zufolge vielmehr darum gegangen, die Schuld der Angeklagten zu bewerten.

Hier schloss sich das Urteil insofern dem Gutachten von Hans Buchheim an, als erklärt wurde, die Angeklagten könnten sich nicht auf einen Befehlsnotstand berufen. Nach Buchheim handelten die Täter, anders als sie darstellten, nicht aus einer Notlage heraus, sondern aus Überzeugung, Ehrgeiz, Bequemlichkeit und ähnlichen Motiven. Das Gericht schloss sich aber auch den Ansichten der Verteidigung an, denn es befand, das Schicksal der ins Lager Deportierten sei ohnehin schon besiegelt und ihr Tod nicht abzuwenden gewesen, weshalb den Angeklagten kein eigener Tatwille zu attestieren sei.

Die juristische Bedeutung des Auschwitz-Prozesses lag am Ende in dem Umstand, dass erstmals von einem deutschen Gericht festgestellt wurde, wie der Massenmord in Auschwitz vonstatten gegangen war. Durch die wissenschaftlichen Gutachten, die Zeugenaussagen, die historischen Dokumente und die Ortsbesichtigung wurde das Gesamtgeschehen erfasst, so dass ein klares Bild von der arbeitsteilig organisierten Massenvernichtung entstehen konnte. Die Systematik des Mordens trat im Prozess ebenso zu Tage wie die Funktionsweise des bürokratischen Apparats der SS, und auch die Lebensbedingungen der Häftlinge kamen ans Licht.

Der Frankfurter Prozess lenkte den Blick zudem auf die Deutschen und die west-deutsche Gesellschaft. Fritz Bauer, der sich viel von der öffentlichen Wirkung des Verfahrens versprach, war die Begleitung durch die Medien, die Kunst und die historische Wissenschaft besonders wichtig. Tatsächlich war das Interesse der Öffentlichkeit groß. Mehrere Tausend Zuhörer besuchten den Prozess, Lehrer und Lehrerinnen kamen mit ihren Schulklassen. Es besteht kein Zweifel: Nach dem Prozess war es in der Bundesrepublik so gut wie unmöglich für einen Schlussstrich unter die Ermittlungen gegen NS-Täter. Aber viele Befragte, etwa 40 Prozent, verlangten eben doch, die juristische Verfolgung fortzuführen.

Wie vor allem die jüngere Generation auf den Prozess reagierte, ist schwer zu sagen. Folgt man den Meinungsumfragen vom Dezember 1963 und August 1964, so zeigt sich, dass sich trotz des großen öffentlichen Interesses auch eine gewisse Müdigkeit einstellte. In Umfragen votierten die Befragten mehrheitlich für einen Schlussstrich unter die Ermittlungen gegen NS-Täter. Aber viele Befragte, etwa 40 Prozent, verlangten eben doch, die juristische Verfolgung fortzuführen.

Fritz Bauer war der Ansicht, dass alle, die im Lager Auschwitz tätig gewesen waren, sich am systematischen Massenmord verantwortlich beteiligt hatten und daher wegen Mordes zu verurteilen seien. Die Verbrechen von Auschwitz waren für ihn keine Summe von Einzelereignissen, und der Massenmord ließ sich nach seiner Auffassung eben nicht in einzelne Episoden auflösen. Vom Urteil war er daher enttäuscht. Indem das Gericht das Geschehen in Einzeltaten zerlegte, entschärfte es seiner Ansicht nach die Bedeutung von Auschwitz.

Besonders kritisierte er die Problematik „Täterschaft“ und „Beihilfe“. Dass den Angeklagten vom Gericht ein „irrendes Gewissen“ zugebilligt wurde und sie als „Gehilfen“ galten, hielt er für unhaltbar. Bauer war insgesamt unzufrieden

darüber, dass es im Prozess nicht gelungen war, die Hürden des deutschen Strafrechts zugunsten einer konsequenten Ahndung und Aufklärung der Verbrechen zu überwinden.

Als er kurz vor seinem 65. Geburtstag im Juli 1968 starb, ließ sich die langfristige gesellschaftliche und politische Bedeutung des Auschwitz-Prozesses noch nicht absehen. Was er mit dem Prozess tatsächlich erreicht hatte, war ihm nicht bewusst. Der Auschwitz-Prozess, das lässt sich heute klar sagen, war der historisch-politisch wichtigste Versuch, die Taten strafrechtlich zu ahnden, darüber hinaus gab er den entscheidenden Anstoß zur breiten politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit den NS-Massenverbrechen.

Im April 2013 überraschte die Zentrale Stelle Ludwigsburg mit der Nachricht, dass sie 50 Angehörige des Wachpersonals von Auschwitz-Birkenau ausfindig gemacht und Vorermittlungen gegen sie wegen Beihilfe zum Mord eingeleitet habe. Noch immer also ließen und lassen sich Personen finden, deren in Auschwitz begangene Taten nie gesühnt wurden. Dass nun gegen sie ermittelt werden kann, ist auf den Prozess gegen John Demjanjuk zurückzuführen, der 2011 vom Landgericht München verurteilt wurde, weil er Teil der Vernichtungsmaschinerie im Lager Sobibor war. Zwar starb Demjanjuk, bevor das Urteil rechtskräftig wurde, dennoch bedeutet es eine wichtige Korrektur in der Geschichte der Rechtsprechung mit Blick auf die NS-Verbrechen: Die individuelle Tatbeteiligung muss nun nicht länger nachgewiesen, der Tatwille nicht mehr belegt werden, denn es gilt: Wer in welcher Funktion auch immer in einem Vernichtungslager tätig war, hat sich am systematischen Massenmord beteiligt. Fritz Bauer vertrat diese Anschauung schon in den sechziger Jahren. □

Das letzte Treffen der Gruppe 47 im Jahr 1967. Eine literarische Institution und ihr Einfluss auf die Bonner Republik

Günther Rütter

I.

Die Gruppe 47 hat es nie gegeben. Die Gruppe 47 übte eine kulturelle Hegemonie in der Bonner Republik aus.

Was stimmt? Kann beides zutreffen? Oder ist vielleicht beides falsch?

Einige Fakten stehen fest. Die Gruppe 47 tagte am 6. und 7. September 1947 am Bannwaldsee ganz in der Nähe von Füssen zum ersten Mal. Sechzehn Personen trafen sich dort im Haus der Lyrikerin und Essayistin Ilse Schneider Lengyel. Eingeladen zu diesem ersten Treffen hatte Hans Werner Richter. Niemand nahm damals an, dass es der Auftakt zu einer regelmäßigen Zusammenkunft sein würde. Sie hielt ziemlich genau zwanzig Jahre an. Das offiziell letzte Treffen fand 1967 in der Pulvermühle bei Erlangen statt.

Hans Werner Richter gab bis zum Frühjahr 1947 gemeinsam mit Alfred Andersch die Zeitschrift *Der Ruf* heraus. Sie richtete sich insbesondere an die junge Generation. In einem neuen, frischen, unkonventionellen Ton ohne politische Scheuklappen und Erfüllungängste gegenüber den Siegermächten fand sie von der ersten Ausgabe an, einen breiten Widerhall. Ihre Auflage verdoppelte sich binnen kurzem. Doch Andersch und Richter scheiterten mit ihrem politischen Kurs an der amerikanischen Besatzungsmacht, die ihre politischen Interessen durch die forschenden Thesen des Blattes in Frage gestellt sahen.

Richter suchte deshalb nach Möglichkeiten, seine Vorstellungen für einen geistigen Wiederaufbau Deutschlands auf andere Weise zu realisieren und den Kontakt zu seinen Mitstreitern aufrecht zu erhalten. Insbesondere ging es ihm dabei um die damals weitgehend noch namenlosen Schriftsteller Walter Kolbenhoff, Günter Eich, Wolfdieter Schnurre, Alfred Andersch und eben die Lyrikerin Ilse Schneider-Lengyel. Sein Ziel war es, Gleichgesonnene zusammenzubringen und sie aus bisher unveröffentlichten Arbeiten lesen und gemeinsam diskutieren zu lassen.

Walter Kolbenhoff berichtete später über das erste Treffen: „Im Bannwaldsee angekommen, sahen wir das Haus, in dem wir alle schlafen sollten: ein einsam am See gelegenes kleines Haus. Wie wir die Nacht verbracht haben, weiß ich nicht, die meisten schliefen auf dem Boden, Richter als Häuptling natürlich kriegte ein Bett, aber wir schliefen auf m Boden. Dann kam das zweite Problem: Schlecht ausgeschlafen, hungrig, immer noch müde, wollten wir frühstücken. Was? Da hatte Frau Schneider-Lengyel für gesorgt, die war schon um vier Uhr aufgestanden, auf'n See rausgerudert und hatte Hechte und Barsche, und ich weiß nicht, wie die Fische heißen, gefangen. Die wurden gebraten, dann aßen wir jeder einen Fisch, das war das erste Frühstück der Gruppe 47.“

Eine hübsche Geschichte – wollen wir sie glauben?

Danach folgten viele weitere Treffen. Zunächst zweimal im Jahr. Ab 1957 nur noch einmal. Die Gruppe wuchs. Ein kleiner Kreis blieb ihr bis zum Schluss treu. Neue Gesichter kamen hinzu. Nicht nur Schriftsteller, sondern zunehmend



Prof. Dr. Günther Rütter, Honorarprofessor an der Universität Bonn am Seminar für politische Wissenschaft und Soziologie

auch Literaturkritiker wie Joachim Kaiser, Marcel Reich-Ranicki oder Fritz J. Raddatz. Manches Mal waren auch Verleger, das Fernsehen oder der Rundfunk zugegen. Einige Autoren wie Günter Grass oder Heinrich Böll, Martin Walser oder Hans Magnus Enzensberger starteten als Nobodys und machten in den fünfziger und sechziger Jahren eine Literaturkarriere. Anderen widerfuhr dieses Glück nicht. So war den Mitgliedern der Gruppe Missgunst und Neid nicht fremd.

Hans Werner Richter sprach von einer verlogenen Gesellschaft, die sich trotzdem immer wieder freundschaftlich zusammenfand. Schmeicheleien seien stets willkommen gewesen und halfen über Misserfolge und die immer deutlicher hervortretenden Spannungen hinweg. Sie entzündeten sich vor allem an zwei Konfliktfeldern: an der Entwicklung des einstigen literarischen Begegnungsforums zu einer kommerziellen Massenveranstaltung, sowie an dem Einzug des Politischen mit dem sich abzeichnenden Ende der Nachkriegsgesellschaft. Zu einem Bruch kam es schließlich 1966 in Princeton über den Vietnamkrieg der USA.

Aber schon zuvor hatten sich mit dem wachsenden Ruhm einzelner Autoren bedenkliche Risse im „Etablisment der Schmetterlinge“ aufgetan, wie der *Spiritus rector* der Gruppe, Hans Werner Richter, ebenso vieldeutig wie eindeutig seine einundzwanzig Portraits ausgewählter Gruppenmitglieder betitelte. Mit dem Ruhm einzelner wuchs der moralische Anspruch aus der Gruppe herauszutreten und laut „Ich“ zu sagen. Mit der Dauer ihres Bestehens ließ sich die Gruppe 47 immer weniger auf einen Begriff bringen. Bis heute sind alle Versuche dieser Art zum Scheitern verurteilt. Dennoch hatte sie einen Markenkern. Ich sehe ihn in seinem literarischen und kulturpolitischen Selbstverständnis, in seinem Deutschlandbild und der elitären Rolle der Intellektuellen in der Bonner Republik.

Die letzte offizielle Tagung der Gruppe 47 fand vom 5. bis zum 8. Oktober 1967 in der Nähe von Erlangen im Gasthof Pulvermühle statt. An ihr nahmen nicht sechzehn Personen, sondern weit über hundert teil. Unter ihnen befanden sich nicht mehr wie zu Beginn am Bannwaldsee nur Schriftsteller, sondern auch Literaturkritiker und Verleger, Leute vom Fernsehen und von den Rundfunk-Anstalten. Auch gab es zum Frühstück keine frischen Fische. Die Gruppe 47 war längst zu einem kulturellen Markenartikel der Bonner Republik mit einer erheblichen Ausstrahlung auf die Politik geworden. Ihr kam kein literarischer Alleinvertretungsanspruch der westdeutschen Literatur zu, aber eine Hegemonie ging von ihr aus. Wer nicht dazu gehörte, hatte es schwer. Wer dazu gehörte, dem wurden Brücken gebaut.

Das Zufällige der ersten Begegnung war einer strategischen Planung gewichen, bei der es nicht mehr um das leibliche Wohl, sondern um den Erfolg im Literaturbetrieb ging. Die Gruppe 47 genoss das Wirtschaftswunder und die Vorzüge der Sozialen Marktwirtschaft auch wenn viele unter ihren Mitgliedern diese Erfolge kleinredeten und nicht als Leistungen des von ihnen so genannten *CDU/CSU Staates* anerkennen wollten. Dennoch hatte längst das Denken in Profit und Erfolg die Gruppe ebenso erfasst wie einen Großteil der Republik.

Kommerzialisierung und Marktgetöse standen dem ursprünglichen Gedanken eines intimen Zusammentreffens literarischer Freunde, die ein gemeinsamer kritischer Blick auf die Nachkriegszeit einte, bereits seit längerem entgegen. 1967 kam hinzu, dass sich die außerparlamentarische Opposition seit Bildung der Großen Koalition formierte und einige ihrer Vertreter lautstark an die Türen der Pulvermühle klopfen und Einlass begehrten, der ihnen aber verwehrt wurde. Diejenigen, die so sehr die Bedeutung der Kommunikation für das Gelingen der Nachkriegsdemokratie in den Mittelpunkt ihres Selbstverständnisses gestellt hatten, verweigerten das Gespräch.

Der außergewöhnliche literarische Erfolg einzelner Mitglieder der Gruppe 47, ihre Selbstinitiation und in und außerhalb der Gruppe, die Jagd um das goldene Kalb und massive interne Konflikte um den Vietnam Krieg, die Apo und die Große Koalition zersetzten den Geist der Gruppe, der sie bis tief in die fünfziger Jahre hinein innerlich zusammengehalten hatte. Die Tagung in der Pulvermühle sollte die letzte sein, obwohl Hans Werner Richter sie in dem Bewusstsein beendete, dass es ihm einmal mehr gelungen sei, seine „Schmetterlinge“ zusammenzuführen. Er plante eine Fortsetzung 1968 in Prag, zu der es aber nicht mehr kommen sollte, weil Truppen aus dem Warschauer Pakt das Land besetzten und den Reformkurs von Alexander Dubcek erstickten.

Aber auch unabhängig davon lag das Ende der Gruppe 47 in der Luft. Und dieses Finale wurde von einflussreichen Mitgliedern selbst wie Heinrich Böll, Martin Walser, Peter Handke, dem neuen Star des deutschen Theaters, Walter Jens und dem vieldeutigen Literaturkritiker Joachim Kaiser, der von einer „Götter- oder Götzendämmerung“ sprach, mehr oder weniger unverhohlen eingefordert. Doch blieb die Gruppe 47 nach ihrer letzten Tagung in der Pulvermühle ohne Einfluss?

Nein, sowie ihre Geschichte schon vor dem ersten Zusammentreffen begann, so wenig endete sie mit dem letzten.

II.

Blicken wir kurz auf die Frühgeschichte der Gruppe 47 zurück. Wofür traten Hans Werner Richter und Alfred

Andersch ein? Welche politischen Vorstellungen vertraten sie? Welche Visionen bestimmte ihr Denken und welche Relevanz hatten sie für die Bonner Republik?

Hans Werner Richter und Alfred Andersch äußerten ihr politisches Credo in zahlreichen Beiträgen im *Ruf*. Daran hielten sie auch in den folgenden Jahren im Wesentlichen fest. Wie die Mehrzahl der Linksintellektuellen forderten sie einen radikalen Neuanfang. Sie sprachen von einer *Stunde Null* und träumten von einer Synthese von Geist und Macht. Den Intellektuellen, insbesondere den Schriftstellern, wiesen sie die Aufgabe zu, das neue Deutschland moralisch, geistig und politisch mitzugestalten.

Sie gründeten ihre Hoffnungen auf ein sozialistisches Europa und ein Deutschland, das in der Mitte Europas eine Brückenfunktion zwischen Ost und West, folglich zwischen Kapitalismus und Sozialismus, einnehmen sollte. Dieses Deutschland sollte demokratische Republik sein. Wie diese Republik im inneren gestaltet werden sollte, ließen sie offen. Auf Grund der Weimarer Erfahrungen lehnten sie einen neuen Parteienstaat ab. Hans Werner Richter schrieb im *Ruf* 1947: „Das alte Europa muss sterben, damit ein neues gebaut werden kann. Dieses Europa aber wird sozialistisch sein oder es wird nicht sein.“

Sehen wir einmal über die Anmutung dieser Aussage eines deutschen Publizisten in den ersten Nachkriegsjahren hinweg, der Europa meint darüber aufklären zu müssen, wo es in Zukunft langgeht, so bleibt festzuhalten, dass er jedwede politische Entwicklung, die diesem Anspruch nicht gerecht werden würde, zwangsläufig in eine geschichtliche Unheilsperspektive einmünden sah. Richter erblickte in der politischen Entwicklung des Nachkriegsdeutschlands eine Bestätigung für das Scheitern vergangener Revolutionen. Stets seien begonnene Revolutionen in der Konterrevolution erstickt worden: 1517, 1848 und 1918. Dies solle nun um jeden Preis verhindert werden, damit nicht abermals die alten Verhältnisse mit „geringfügigen Änderungen erhalten und wiederhergestellt“ würden.

Richter war in der Weimarer Republik Mitglied der KPD, bis er 1932 ausgeschlossen wurde. Doch der Revolutionsbegriff blieb in seinem Wortschatz stets positiv besetzt. Noch 1968 sprach er von den Tugenden der beiden großen Revolutionen, der französischen wie der russischen und er fügte an: „Ohne sie gibt es keine neue Gesellschaft. Ich meine die wirklichen Tugenden, nicht die verkrusteten, die falschen, die vermeintlichen, die verfälschten.“

Doch 1968 stand er nicht auf der Seite der APO, er träumte von einer sozialistischen Revolution gegen den Bolschewismus in den von der Sowjetunion beherrschten Staaten. Er hoffte auf eine demokratische Reform des Kommunismus. Richter verfolgte wie sein Mitherausgeber des *Ruf* einen antitotalitären Kurs. Doch dieser führte ihn bis zu Beginn der sechziger Jahre zu einer nonkonformistischen Grundhaltung gegenüber der noch jungen Bonner Republik. In der Ära Adenauer erblickte er wie viele andere Linksintellektuelle das Übel der Restauration.

Er beschwor die Gefahr von 1933 und hörte die Nazis erneut an die Tür der Macht klopfen. Diese geistig-politische Grundhaltung prägte die Mitglieder der Gruppe 47. Richter wählte sie nicht primär nach ihren literarischen und poetischen Leistungen aus, sondern danach, ob sie dem Chorgeist gerecht würden. In seinem Tagebuch sprach er etwas verschwommen von einer „weitgespannten Gleichgestimmtheit der politischen Mentalitäten“. „Diese Mentalität hat sich ergeben, weil ich bei meinen



Foto: akg-images/dpa

Hans Werner Richter, Gründer und *spiritus rector* der Gruppe 47 im Jahre 1967 vor der Wirtschaft Pulvermühle im oberfränkischen Waischenfeld. Dort

diskutierten die Schriftsteller, Kritiker und andere Intellektuelle, die sich der Gruppe zugehörig fühlten, in geschlossener Gesellschaft.

Einladungen nicht nur von dem literarischen Können des Einzuladenden ausging, sondern auch von der politischen Haltung.“

Da Richter mit der Gruppe 47 einen radikalen Neuanfang politisch und literarisch anstrebte, suchte er die Mitglieder danach aus, ob sie sein sozialistisches Weltbild teilten. Das Scheitern ihres politischen Ansatzes im Zuge der wachsenden Antagonismen zwischen den Siegermächten insbesondere zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion veranlasste die Gründer der Gruppe nicht, ihre politischen Visionen zu überdenken. Sie propagierten weiterhin den Sieg des Sozialismus in Europa unabhängig davon, wie realistisch ihre politischen Träume waren. Die Erfahrung ihrer Niederlage mit dem Rauschmiss als Herausgeber des *Ruf* veränderte ihre Grundeinstellungen nicht. Allerdings verlagerten sie ihre Schwerpunkte von der Politik zur Literatur.

Sie setzten auf das Prinzip des verzögerten verdeckten Einflusses. Richter schilderte dies 1966 in seinem Tagebuch unverblümt: Die Einflussnahmen der Gruppe „sind so weit verzweigt, dass sie in ihrem ganzen Umfang erst sehr viel später erkennbar sein werden. Das Prinzip des indirekten Einflusses: man lässt Texte lesen, man lässt sie kritisieren. Es ist unwichtig, ob Texte etwas besser oder schlechter sind, ob die Kritik brillant oder nicht brillant ist, es entsteht, so oder so, Kommunikation, es entsteht, setzt man dies Jahr für Jahr fort, ein literarisches Zentrum, ein literarischer Mittelpunkt, es entsteht das, was ich den indirekten Einfluss nenne. Er muss sich – in einer demokratischen Gesellschaft auch politisch auswirken. Dieser Einfluss ist unmerklich, kaum wahrnehmbar. Dennoch bewirkt er mehr als alle Programme, alle Manifeste, mehr als jeder Versuch, unmittelbar Einfluss zu nehmen.“ Doch bei diesem Verzicht unmittelbar Einfluss zu nehmen, blieb es nicht, wie noch zu zeigen sein wird.

Richters Strategie ging in vollem Umfang auf.

III.

Zu den Merkwürdigkeiten der Mitglieder der Gruppe 47 zählte von der ersten Stunde an, dass ihre Biographien im „Dritten Reich“ keine nennenswerte Rolle spielten. Es steht außer Zweifel, dass sie alle für einen demokratischen Neuanfang eintraten. Wer tat das in den ersten Nachkriegsjahren und später in der Bonner Republik nicht, wenn er ernst genommen werden wollte. Doch verwundert es bis heute, wie geflissentlich die Frage: wie hieltst du es mit dem Nationalsozialismus, welche Rolle spieltest du im „Dritten Reich“? ausgeblendet wurde. Die Gruppe 47 verhielt sich diesbezüglich ebenso wie die breite Mehrheit der Nachkriegsgesellschaft.

Dabei waren nicht nur ihre Gründungsmitglieder, wie wir heute wissen, durchaus in das „Dritte Reich“ verstrickt. Dies gilt insbesondere für Günter Eich, der ca. 150 Hörspiele schrieb und mit dem Propaganda-Stück *Die Rebellion in der Großstadt* zum billigen Werkzeug Göbbels wurde. Es gilt aber auch für andere. Auf die erst durch seine Biografie *Beim Häuten der Zwiebel* 2006 bekannt gewordenen Enthüllungen von Günter Grass soll hier nicht näher eingegangen werden.

Mit Ausnahme von Eich kann nicht von gravierenden Grenzüberschreitungen gesprochen werden. Gemessen an anderen der Bonner Republik hatten die Gründungsmitglieder nicht schwer auf ihren Schultern zu tragen. Dennoch stellt sich die Frage, ob es berechtigt war, dass diese Männer der ersten Stunde sich zu Recht als Opfer des „Dritten Reiches“ verstanden. Natürlich ist es nachvollziehbar, dass sie sich von der nationalsozialistischen Diktatur um entscheidende Jahre ihres Lebens betrogen sahen und von dem Wunsch nach einem Neuanfang beseelt waren. Sie

kämpften für eine bessere Zukunft, für eine Zukunft in Freiheit. Aber diese wollten sie nicht durch eine offensive Aufarbeitung der nationalsozialistischen Diktatur sicherstellen.

Dies führte dazu, dass in den Werken der Autoren der Gruppe 47 die Verbrechen der deutschen Wehrmacht, die Vernichtung der Juden und anderer Opfer des Holocaust, selbst die kritische Hinterfragung eigenen Verhaltens ausgeblendet wurde. Erst 1959 mit dem Erscheinen von Günter Grass' *Blechtrommel* setzte eine dezidierte Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus ein. Heinz Ludwig Arnold hob noch im Almanach der Gruppe 47 aus dem Jahr 1962 hervor, dass die Worte Hitler, KZ, Atombombe, SS, Nazi, Sibirien und die ihnen anverwandten Themen nicht vorkämen. Fritz Raddatz, selbst Mitglied der Gruppe, bezeichnete dies in seinem Vorwort als ein erschreckendes Phänomen.

Dessen ungeachtet zögerte die Gruppe 47 nicht, die Ära Adenauer als restaurativ zu bezichtigen und ihr damit einen negativen Stempel aufzudrücken, der bis heute fortwirkt. Noch in seiner Büchner-Preis-Rede 1959 stieß der erste Preisträger der Gruppe, Günter Eich, in dieses Horn. Er rief zum Widerstand gegen die Bonner Republik auf und bezichtigte diejenigen, die dies nicht täten, „das Schlachthaus mit Geranien“ zu schmücken.

Nun ist nicht zu leugnen, dass in der Ära Adenauer brauner Sumpf fortlebte. Er ist bis heute, wenn wir an die Parlamente, Ministerien in Bund und Länder denken, nicht vollständig trockengelegt. Adenauer hat viel zu lange an seinem Staatssekretär Hans Globke festgehalten und sich damit anfechtbar gemacht.

Aber richtig ist auch, dass die Gruppe 47 in den fünfziger Jahren keine Aufgabe darin sah, sich mit der Vergangenheit ihrer Mitglieder im Nationalsozialismus auseinanderzusetzen. Während sie in vielerlei Hinsicht durch ihren grund-

legenden Nonkonformismus, ihre zähe Widerständigkeit, ihre Kritik am Parteienstaat und am aufkommenden Kapitalismus zu einer wichtigen Stimme demokratischer Kultur wurde, ging von ihr als Gruppe keine nennenswerten Impulse der Aufarbeitung nationalsozialistischer Verbrechen aus. Mit der Fixierung auf den die *Stunde Null* und der Forderung eines radikalen Neuanfangs, der in der *Kahlschlag-Literatur* seine poetische Ausdrucksform fand, offenbarte sich bewusst oder unbewusst so etwas, was Frank Trommler eine nachgeholte Résistance bezeichnete.

IV.

Bemerkenswert für die Bonner Republik erscheint auch das Verhältnis der Gruppe 47 zum Exil, hier insbesondere ihres *Spiritus rector*, zu den Exilautoren. Die breite Mehrzahl dieser Schriftsteller und Intellektuellen waren oft unter dramatischen Umständen aus dem „Dritten Reich“ geflohen. Sie setzten damit ein Zeichen gegen die Nazi-Diktatur. Für den Wiederaufbau eines demokratischen Deutschlands schienen sie deshalb in besonderer Weise berufen, da sie das anständige Deutschland verkörpert und weitgehend als unbelastet galten. Als Thomas Mann an Bord der *Queen Mary* im Februar 1938 New York erreichte, zitierte ihn die *New York Times* mit den Worten: „Where I am, there is Germany. I carry my Culture in me.“ Er distanzierte sich damit unverhohlen von Hitler Deutschland, dass sich kurz zuvor Österreich bemächtigt hatte.

Trotz dieses moralischen Anspruchs der Exilschriftsteller regte sich unter den Mitgliedern der Gruppe 47 keine Stimme, die darauf drängte, deren Renommee zu nutzen und sie in die Gruppe 47 einzubeziehen. Richter kanzelte sie ab und warf ihnen vor, dass ihre „konservierte Literatur der zwanziger Jahre“ und ihr überkommener Stil einer anderen Zeit angehörten. Sie sei also

Nun ist nicht zu leugnen, dass in der Ära Adenauer brauner Sumpf fortlebte.

für den notwendigen radikalen Neuanfang nicht förderlich. Offenkundig bewertete Richter den „Chorgeist der Gruppe“ höher als das literarische Potential und die Haltung zur Diktatur.

Zwar wurde der eine oder andere Emigrant zu einer Lesung eingeladen, doch die Begegnung scheiterte meistens kläglich wie im Fall von Paul Celan. Richter fühlte sich bei seinem Vortrag an die Stimme Joseph Goebbels erinnert. Häufig scheiterte eine Einladung aber schon im Vorfeld. Hilde Domin bescheinigte er eine begabte Lyrikerin zu sein, fand aber ihr Wesen unerträglich. Die breite Mehrzahl der Exilautoren passte offenkundig nicht in das „Etablissement der Schmetterlinge“, manches Mal wohl auch, weil sie selbst bereits welche waren.

Wen wunderte es da, dass sich die Exilautoren überaus abfällig über die Gruppe 47 äußerten. Thomas Mann nannte sie eine Rasselbande und befürchtete, dass Millionen dieses Schlagess sich alsbald „mit hochstehender Währung reich versehen, reisend über die Welt ergießen und überall ihre dreiste Schnauze hören lassen“ werden.

Fassen wir zusammen, bevor wir zum Paradigmenwechsel der Gruppe kommen. Die Gruppe 47 übte sich im Widerstand zur Bonner Republik und verstand sich als Fundamentalopposition in der Ära Adenauer. Ihr war jedoch auch eine affirmative Grundhaltung eigen.

In der Frage der Auseinandersetzung mit den Verbrechen der Nazi-Diktatur und dem Mangel an Wertschätzung der aus dem Exil nach Deutschland zurückkehrenden Intellektuellen erwies sie sich genauso zurückhaltend und Resentiment gestört wie die breite Mehrheit der Gesellschaft und der Staat selbst. Als Sprachrohr der Kritik an dem bald allzu selbstgefälligen Sonnenplatz im Wirtschaftswunderland und der Zementierung der Macht des *Unionsstaates* in Bund und Ländern wirkte sie aufklärerisch und erhob eine die Öffentlichkeit durchdringende oppositionelle Stimme, die für die demokratische Entwicklung und die politische Kultur bedeutsam war.

Die Gruppe 47 und die Regierung Adenauer schrieben in den fünfziger Jahren eine Geschichte der vertanen Chancen: des Dialogs, der offenen politischen Kontroverse, aber auch der Übereinstimmung. Ein Dialog zwischen der Politik und den Autoren der Gruppe 47 fand nicht statt. Die Vorwürfe, die von Repräsentanten der Literatur erhoben wurden, verhallten im „Bonner Treibhaus“ (Wolfgang Koeppen) ohne nennenswertes Echo. So kam es dazu, dass der Restaurationsvorwurf die Ära Adenauer begleitete, wie „mißtönendes Möwenkrächzen die Fahrt eines großen Schiffes“. (H. P. Schwarz) Er hat die Politik nicht beeinflusst, aber er versetzte der sich entwickelnden demokratischen Kultur im Nachkriegsdeutschland einen schalen Beigeschmack. Die Mehrheit der Intellektuellen fand in der Ära Adenauer keine politische Heimat. Mangels Alternativen suchte sie sich in den sechziger und siebziger Jahren in der SPD und links davon.

V.

Zu Beginn der sechziger Jahre trat die Gruppe 47 aus ihrem selbstaufgelegten politischen Schattendasein heraus. Zuerst zögerlich, dann aber immer stärker bekannte sie sich zur Bonner Republik. Nicht zu den Mächtigen der Ära Adenauer und dem *Unionsstaat*, der in ihren Augen die Macht zementierte, einen demokratischen Wandel verhinderte, sich der Moderne verweigerte und eine bleierne Zeit heraufbeschworen hatte, die die Republik wie Mehltau überzog. Dieser lähme die demokratische Kultur und ersticke ihre Potentiale. Nach zwölf Jahren der Regierung Adenauer und einer weitgehenden Durchdringung der Gesellschaft in Bund und Ländern mit moralischen, gesellschafts-, sicherheits-, außen- und deutschlandpolitischen Vorstellungen der Unionsparteien erschien eine Suche nach Alternativen verständlich.

Diese eröffneten sich nach Lage der Dinge nicht außerhalb des politischen Systems. Denn schon damals wurde die erreichte politische Stabilität, der wirtschaftliche Aufschwung, die Integration der Vertriebenen, die Rückkehr in die internationale Staatengemeinschaft als Markenkern der jungen Bonner Republik empfunden. Adenauer hatte darüber hinaus bei der Bundestagswahl 1957 die absolute Mehrheit errungen. Deshalb suchte die Gruppe 47 nunmehr nach Alternativen innerhalb des ungeliebten Parteienstaates. Das Godesberger Programm der SPD von 1959 erleichterte es den Linksintellektuellen nicht, den Paradigmenwechsel einzuleiten, da es an zentralen Punkten ideologisch abrüstete und sich Positionen der Union annäherte. Andererseits unterbreitete es ein Angebot an die Wähler, das der SPD langfristig die Chance eröffnen sollte, selbst regierungsfähig zu werden, was ja auch, wie wir heute wissen, gelang.

Den Aufschlag machte Wolfgang Weyrauch mit der Anthologie *Ich lebe*



Foto: akg-images/Renate von Mangoldt

Öffentliche Literarische Tagung der Gruppe 47 im Jahr 1965 in Berlin.

in der Bundesrepublik im Jahr 1960. Darin nahmen 16 Autoren zur politischen und geistigen Lage der Republik Stellung. Natürlich fanden sich darunter zahlreiche Autoren der Gruppe 47. Mit Wolfgang Koeppen zählte eine prominente Stimme dazu, der sich zwar in den zurückliegenden Jahren in seinen bedeutenden Romanen ganz im Geiste der Gruppe geäußert, aber sich stets geweigert hatte, ihr beizutreten. Die Autoren verband ein kritischer Blick auf die Nachkriegsjahre, wenngleich sie sich in der Form ihrer Stellungnahme und inhaltlichen Schärfe unterschieden.

Die Ablehnung der Adenauer'schen Politik verband sie jedoch. Eine politische Alternative wurde noch nicht aufgezeigt. Jedoch ging von dieser Schrift das Signal aus, dass die Gruppe 47 fortan nicht nur mehr aus der literarischen Deckung heraus auf die Tagespolitik einwirken wollte, sondern aktiv in den politischen Entscheidungsprozess eingreifen beabsichtigte. Die nur wenige Monate später erscheinende Schrift *Die Alternative oder brauchen wir eine neue Regierung* gab bisherige parteipolitische Zurückhaltungen auf. Sie versuchte aktiv auf den Bundestagswahlkampf einzuwirken. Den Sammelband gab Martin Walser heraus. Angeregt wurde er von Hans Werner Richter, der die Fäden im Hintergrund zog aber als *Spiritus rector* der Gruppe nicht in den Vordergrund treten wollte.

Willy Brandt, der aufkommende Star der sechziger Jahre, freute sich darüber, dass Intellektuelle öffentlich für einen Regierungswechsel warben. Aber richtig glücklich machte ihn die Schrift nicht, weil die Sympathiebekundungen für die SPD doch recht flau ausfielen. Godesberg wirkte nach. Die Wahl ging für die SPD verloren. Adenauer blieb Kanzler, jedenfalls vorerst. Doch mit der *Spiegel-Affäre* kündigte sich alsbald eine neue Gelegenheit der Gruppe 47 an, die Rolle als „Lorbeerbäume neben den Rednerpulten“ (Walser) zu verlassen und entschieden und machtvoll in die Politik einzugreifen.

VI.

Im Oktober 1962 erschütterte die *Spiegel-Affäre* die Republik. Noch bevor der erhobene Vorwurf des Landesverrats und das rigorose Vorgehen der Staatsorgane geklärt waren, bekundeten namhafte Schriftsteller der Gruppe 47 ihre Solidarität mit der Spiegel-Redaktion und mit Rudolf Augstein. Sie taten es in dem Bewusstsein, die Republik verteidigen zu müssen. Sie sahen sie am Abgrund und fürchteten den Rückfall in einen patriarchalischen, wenn nicht postfaschistischen Staat. Als Wurzel aller Übel machten sie Verteidigungsminister Franz Joseph Strauß aus, dessen Rücktritt sie forderten.

Sie legitimierten die Vorgehensweise des *Spiegel* damit, dass in einer Zeit, wo der Krieg als Mittel der Politik unbrauchbar geworden sei, die Preisgabe militärischer Geheimnisse zu einer sittlichen Pflicht zähle. Mit dieser Formulierung vermittelten sie den Eindruck, als handele es sich bei Landesverrat um einen Kavaliärsdelikt. Aber bei den jüngeren Mitgliedern, die in den vorangegangenen Jahren in Scharen Aufnahme in die Gruppe gefunden hatten, regte sich Widerspruch. Dieter Wellershoff kritisierte, dass die Vorgehensweise der Gruppe dazu führe, ihr öffentliches Ansehen zu verspielen. Die Vorwürfe von prominenter konservativer Seite gipfelten darin, dass sich die Gruppe der Anstiftung des Staatsgeheimnisverrats schuldig gemacht habe.

Selbst Siegfried Unseld, der die Resolution mitunterzeichnet hatte, räumte ein, dass das Ganze nicht durchdacht gewesen sei und man sich selbst ausmanövriert habe. Damit ging ein Riss durch die Gruppe 47, deren Autoren zum Kernbereich der Suhrkamp-Kultur gehörten. Das politische Engagement für einen Regierungswechsel erlahmte aber damit nicht. Es setzte sich mit der Schrift *Plädoyer für eine neue Regierung* im Jahr 1965 fort, die dieses Mal Richter selbst herausgab.

Die Gruppe 47 hatte ihre politische

Unschuld damit endgültig verloren. Sie geriet immer stärker in die tagespolitische Auseinandersetzung. Mit der Neuaufnahme vieler junger Schriftsteller zu Beginn der sechziger Jahre veränderte sich der Gründungsgeist der Gruppe. Der alte Chorgeist ging mehr und mehr verloren, die parteipolitische Positionierung strapazierte alte Freundschaften, die Generationsgegensätze drückten sich in der Literatur ebenso aus, wie in den politischen Grundüberzeugungen der Gruppenmitglieder. Zu einem offenen Konflikt kam es während der Tagung in Princeton. Peter Handke gerade einmal 24 Jahre alt und damit nicht einmal halb so alt wie Richter, übte in seinem Vortrag radikale Sprachkritik, die als Publikumsbeschimpfung verstanden wurde. So hieß denn auch sein Theaterstück, dass wenig später Claus Peymann inszenierte.

Die politischen Konflikte verschärften sich in der Auseinandersetzung mit der APO. 1967, als die letzte offizielle Tagung in der Pulvermühle stattfand, erklärte Hanns Magnus Enzensberger: „Das politische System in der Bundesrepublik läßt sich nicht mehr reparieren. Wir können ihm zustimmen, oder wir müssen es durch ein neues System ersetzen. Tertium non dabitur.“ Seinen Kollegen warf er politische Versagen vor. Sie hätten es versäumt, politische Alternativen zu formulieren; nun täten es die Studenten. Die Gruppe 47 und Hans Werner Richter mussten sich fortan nicht nur der Kritik von rechts, sondern vermehrt auch von links stellen. Von dort wurde ihr vorgeworfen, mafiose Strukturen zu fördern und zum Appendix der SPD degeneriert zu sein.

Selbst der rückblickend abwägende Biograph der Gruppe 47 Helmut Böttiger kam zu dem Schluss: „Die Gruppe 47 war zur herrschenden literarischen Klasse geworden.“ Die Angriffe auf die Gruppe 47 aus ihrer Mitte und von außen sprengten ihr Selbstverständnis und machten ihr Fortbestehen unmöglich. Die Zeit war über sie hinweggegangen. Aber ihre Wirkungsmacht war damit noch nicht gebrochen. □

Das Attentat auf Rudi Dutschke. Die 68er-Bewegung und ihre Folgen

Wolfgang Kraushaar

Wer im Zusammenhang von Protesten an die Ostertage der sechziger Jahre denkt, dem drängen sich natürlich – *no men est omen* – zunächst einmal die Ostermärsche auf. Sie waren ein Teil der Friedensbewegung, stammten ursprünglich aus Großbritannien und wurden hierzulande erstmals 1960 durchgeführt. Ganz allgemein richteten sie sich gegen die Aufrüstung im Kalten Krieg und insbesondere gegen die zunehmende Gefahr eines Atomkrieges, die ja bis zum Ende der Ost-West-Konfrontation 1990 als brandaktuell galt.

Die Ostertage des Jahres 1968 jedoch standen hierzulande nicht im Zeichen der Ostermärsche, obwohl sie auch in diesem Jahr mit Marschblöcken im Norden, Westen, der Mitte und dem Süden der Republik durchgeführt wurden. Diesmal wurden sie von den Reaktionen auf ein Attentat bei weitem in den Schatten gestellt. Es geht um den damaligen Gründonnerstag, den 11. April 1968, im damaligen West-Berlin. Was war an diesem Tag geschehen und was machte die darauf folgenden Ostertage in bestimmten Teilen der Bundesrepublik zu einem regelrechten Fanal?

I. Das Dutschke-Attentat

Am Morgen des Gründonnerstags trifft der 24-jährige Hilfsarbeiter Josef Bachmann, ein überzeugter Neonazi, mit dem Interzonenzug von München aus kommend um 9.10 Uhr am Bahnhof Zoologischer Garten in West-Berlin ein. Er ist mit einem, in seinem Schulterhalter steckenden Trommelrevolver bewaffnet und führt in einer Tasche Munition und eine weitere Waffe mit sich. In einer von ihm mitgeführten Mappe steckt außerdem eine Ausgabe der *Deutschen Nationalzeitung und Soldatenzeitung* vom 22. März 1968. Sie scheint eine besondere Bedeutung für ihn zu haben, denn er hat Teile von ihr sorgfältig ausgeschnitten und in einem Pappumschlag aufbewahrt. Es ist die Titelseite der Ausgabe mit der Aufforderung: „Stopp Dutschke jetzt! / Sonst gibt es Bürgerkrieg“.

Unmittelbar darunter sind fünf Fotos abgebildet, die wie eine Serie aus einer Verbrecherkartei der Polizei wirken. Für Bachmann haben diese Aufnahmen aber wohl einen ganz praktischen Zweck: sie sollen dazu dienen, Dutschke zu identifizieren. Die Schlagzeile, die sich wie eine direkte Aufforderung zu einem Anschlag liest, ist in dem chauvinistisch-rechtsradikalen Blatt alles andere als eine Ausnahme. Seit Wochen hat sich dessen Redaktion auf Dutschke eingeschossen. Der SDS-Sprecher ist dort wiederholt zur größten Gefahr für Volk und Vaterland erklärt worden. Bachmann begibt sich zum Einwohnermeldeamt und erkundigt sich nach dem Wohnsitz des von ihm Gesuchten. Es wird ihm gesagt, dass Dutschke sich wohl unter der Adresse Berlin 31, Kurfürstendamm 140, aufhalte, wo der Landesverband des *Sozialistischen Deutschen Studentenbundes* (SDS) residiere.

Etwa zur selben Zeit macht sich der 28-jährige Rudi Dutschke, der für viele längst zur Personifizierung der Studentenrebellion geworden ist, von dem im Bezirk Dahlem gelegenen Wohnhaus des mit ihm befreundeten Theologen Professor Helmut Gollwitzer, in dem er



Dr. Wolfgang Kraushaar, Politikwissenschaftler an der Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur

zusammen mit seiner Frau und ihrem erst wenige Monate alten Sohn Hosea Che vorübergehend wohnt, auf. Mit seinem Fahrrad fährt er in Richtung der etwa zehn Kilometer entfernten, in einer Ruine befindlichen SDS-Zentrale. Er will dort noch Material für einen Artikel sowie seine über mehrere Wochen hinweg aufgelaufene Post abholen und in einer Apotheke Nasentropfen für seinen erkälteten Sohn besorgen. Dutschke wartet nun, an der Ecke Kurfürstendamm / Johann-Georg-Straße auf seinem Fahrrad sitzend, darauf, dass die Apotheke nach der Mittagspause wieder öffnet. Die Stelle ist nur 50 Meter vom SDS-Zentrum entfernt. Es ist 16.35 Uhr.

Als Bachmann dort eintrifft, erkennt er sein mutmaßliches Opfer, wie es mit seinem Fahrrad noch immer am Fahrbahnrand steht. Kurzenschlossen fragt er: „Sind Sie Rudi Dutschke?“ Und als dieser bejaht, zieht er seinen Revolver und schießt ihm in den Oberkörper. Während der Angeschossene sich daraufhin auf ihn zubewegt, feuert der Attentäter ein zweites Mal auf ihn ab. Und als dieser nun zu Boden geht, tritt er direkt auf ihn zu und schießt ihm gezielt in den Kopf. Sofort eilen Passanten herbei und versuchen, dem stark blutend am Boden Liegenden zu helfen. Zwei von ihnen packen ihn unter den Armen und bringen ihn zu einer direkt vor dem SDS-Zentrum gelegenen Bank. An der Gabel von Dutschkes Rad hängt eine braune Lederaktentasche, die er häufig mit sich führt, und auf der Fahrbahn liegen seine Schuhe sowie seine Armbanduhr, deren Glas zersplittert ist.

Es ist 16.40 Uhr als der erste Funkstreifenwagen am Tatort eintrifft. Die Polizeibeamten brauchen nicht lange, um zu erkennen, dass sie dem Schwerverletzten nicht helfen können und es besser ist, das Eintreffen eines Notarztes abzuwarten. Sie machen sich stattdessen daran, den geflüchteten Attentäter zu verfolgen, der sich auf einem in der Nähe befindlichen Baugrundstück versteckt hat. Nur mit Mühe gelingt es den Beamten, den durch einen Schuss selbst schwerverletzten Bachmann zu

überwältigen und abzutransportieren. Eine halbe Stunde später verbreitet der *Sender Freies Berlin* die Meldung, dass Dutschke zwar noch am Leben sei, seine Chancen aber nur 50 zu 50 stehen würden.

Zu dieser Zeit haben die Ärzte im Westend-Krankenhaus damit begonnen, Dutschke ein erstes Mal zu operieren. Erst nach Stunden gelingt es ihnen, das besonders gefährliche dritte Projektil zu entfernen, das den Schädel oberhalb der Schläfe durchschlagen hatte und ins Gehirn vorgedrungen war. Kurz nachdem die Chirurgen das gegen 22 Uhr erreicht haben, beginnt ein anderes Ärzteteam damit, ein zweites, in Dutschkes rechte Wangenseite eingedrungene Projektil zu entfernen. Dieser Eingriff dauert anderthalb Stunden und kann erst kurz vor Mitternacht erfolgreich abgeschlossen werden.

Von vielem, was sich in den ersten Stunden nach dem Attentat abgespielt hat, haben Dutschkes politische Gefährten erst einmal keine Kenntnis. Einige von ihnen haben sich nach Bekanntwerden des versuchten Mordanschlags zusammengesetzt und im Namen des Berliner SDS ein Flugblatt geschrieben, das noch in den frühen Abendstunden an verschiedenen Brennpunkten der Stadt verteilt wird. Zwischen 18 und 19 Uhr sind durch eine Telefonkette alarmierte Beiratsmitglieder des SDS, daneben auch die *konkret*-Journalistin Ulrike Meinhof sowie ihr Jungredakteur Stefan Aust zu einer ersten Beratung im SDS-Zentrum zusammengekommen. Manche sind regelrecht geschockt und verdrücken Tränen. Viele rechnen mit dem Schlimmsten. Man beschließt, zunächst das Auditorium Maximum der in der Innenstadt gelegenen Technischen Universität aufzusuchen. Dort versammeln sich am Abend rund 2.500 APO-Angehörige.

Derjenige, von dem man sich in der aufgewühlten Situation am ehesten eine Einschätzung erwartet, ist mit Bernd Rabehl Dutschkes langjährigster Weggefährte. Er stammt ebenfalls aus der DDR, studiert gleichfalls Soziologie und ist wie er Mitglied in der *Subversiven Aktion* gewesen und im Januar 1965 mit ihm gemeinsam in den Berliner SDS eingetreten. Was ihn in diesen Momenten bewegt und ihm dazu durch den Kopf geht, beschreibt er später mit den Worten: „Ich wusste, dass ich reden musste. Ich wusste nicht, ob Dutschke noch lebte. [...] Wir hatten ihn nicht schützen können. Er war zum Opfer einer Lynchstimmung geworden. Wir mussten Mut zeigen. Wir mussten Ziele finden, um unseren Widerstandswillen zu demonstrieren. Mir war plötzlich egal, ob ich alles riskierte, ob ich verhaftet wurde und wie meine berufliche Zukunft aussehen würde. Wir mussten kämpfen und für unsere Ideen eintreten.“

Mehrfach von Applaus unterbrochen ruft er, sich auf den Innensenator und den Regierenden Berliner Bürgermeister beziehend, fast beschwörend in den Raum: „Ich erinnere daran, dass ein Neubauer und ein Schütz anlässlich der Vietnam-Konferenz diese Außerparlamentarische Opposition zusammenschlagen wollten. Ich erinnere daran, dass auch Neubauer und Schütz zusammen mit der Springer-Presse die Verantwortung für einen Mörder tragen, der sich an Rudi herangemacht hat, um ihn niederzuschießen. Und ich spreche ganz deutlich aus, die wirklichen Schuldigen heißen Springer, und die Mörder heißen Neubauer und Schütz.“

Damit hat er sich, ohne dass irgendjemand unter den Anwesenden sagen könnte, wer eigentlich der Attentäter ist, welches seine Motive sind, ob er Hintermänner, gar Auftraggeber hatte und welchen möglicherweise politischen

Hintergrund das alles vielleicht hat, weit hervorgewagt und gleich drei Namen von vermeintlich Schuldigen genannt. Einen angeblich Verantwortlichen und zwei angebliche „Mörder“. Rabehl hat nun die Linie vorgegeben. Doch die Versammelten ziehen nicht etwa zum Senat, sondern zu dem in der Kochstraße, direkt an der Mauer gelegenen Springer-Hochhaus.

Gegen 21.30 Uhr trifft dort eine Vorhut der Demonstranten mit ihren Pkws ein. Die anderen Demonstranten ziehen derweil mit Fackeln und roten Fahnen über den Ernst-Reuter-Platz, die Hardenbergstraße und den Steinplatz durch die Innenstadt nach Kreuzberg ebenfalls zur Kochstraße. In der ersten Reihe ist der von der Presse als „APO-Anwalt“ apostrophierte Horst Mahler zu sehen, der ein Megaphon mit sich führt. Der Rechtsanwalt fällt schon wegen seines auch an diesem Abend wie immer bürgerlichen Outfits auf.

Als die Demonstranten kurz vor 23 Uhr am Springer-Hochhaus eintreffen, ist der Zug auf etwa 2.500 Personen angewachsen. Einige von ihnen bewerkstelligen die Glasfront des Eingangsportals mit Steinen. Unter Sprechchören wie „Rudi – Dutschke“ und „Springer – Mörder“ durchbrechen sie die sich ihnen entgegenstellende Polizeikette und dringen durch die zerbrochenen Glasscheiben ins Foyer des Gebäudes ein. Da sich ihnen dort aber Drucker und Setzer des Springer Verlags entgegenstellen, kommt es zu Handgreiflichkeiten. Den Arbeitern des unter den Angreifern so verhassten Presseverlags gelingt es, die Eindringlinge nach nur kurzer Zeit wieder hinauszudrängen. Damit verlagert sich das Zentrum der Auseinandersetzungen aber nur nach draußen. Denn während sich auf dem Vorplatz eine Straßenschlacht entwickelt, beginnt eine Reihe anderer Demonstranten auf dem gegenüberliegenden Parkplatz damit, Auslieferungsfahrzeuge in Brand zu setzen.

Besonders hervortritt sich dabei mit Peter Urbach ein Vertrauter der *Kommune 1*, der – wie sich später herausstellt – als Undercoveragent für den Verfassungsschutz arbeitet. In seinen Armen trägt er ein Spankörbchen, in dem sich Brandflaschen – Molotow-Cocktails – befinden, die er freigiebig unter den Demonstranten verteilt. Da die Aktivisten anfangs Probleme haben, die Fahrzeuge überhaupt in Brand zu bekommen, zeigt er ihnen, wie man das praktisch am besten macht. Sie sollten erst einmal umgestürzt werden, empfiehlt er ihnen, damit die unten liegenden Tanks besser zu erreichen sind, um sie auf diese Weise besser anzuzünden zu können. Der Fahrzeugpark verwandelt sich nun in ein regelrechtes Flammenmeer. Die Umgebung des Springer-Hochhauses wirkt mitten in der Nacht wie ein gespenstisches Fanal. Erst der eilends herbeigerufenen und auf dem Weg dorthin mit Steinen beworfenen Feuerwehr gelingt es, die Brände zu löschen. Die gewalttätigen Auseinandersetzungen halten bis in die frühen Morgenstunden hinein an.

Da mit Rudi Dutschke die Galionsfigur der Studentenrevolte lebensgefährlich verletzt worden ist, scheint der Adressat für die Proteste gegen den versuchten Mordanschlag in den Reihen von SDS und APO auch anderswo klar zu sein. Die Parole lautet nicht nur unter den Aktivisten in West-Berlin, sondern in der gesamten Bundesrepublik: „Bild schoss mit.“ Weil die Tat als Folge einer systematischen Hetzkampagne der Springer-Presse angesehen wird, kommt es im Verlauf der Ostertage auch in verschiedenen westdeutschen Städten zu massenhaften Versuchen, die Auslieferung der *Bild*-Zeitung und anderer Springer-Blätter zu verhindern.

Das Attentat vom Gründonnerstag löst die größten innenpolitischen Unruhen aus, die die Nachkriegsdemokratie bis dahin erlebt hat. In West-Berlin, Hamburg, Frankfurt, München, Essen, Hannover, Esslingen und anderen Städten sind Zehntausende auf die Straßen gegangen und haben sich ganz überwiegend an Blockadeaktionen beteiligt. Für die Demonstranten scheint klar zu sein, dass der neonazistisch eingestellte Bachmann nur das ausgeführt hat, was Redakteure und Zeichner der Springer-Presse in zahllosen Pamphleten und Karikaturen zuvor propagiert haben: Die Hetze auf linke Studenten im Allgemeinen und Dutschke im Besonderen. Die Schüsse auf ihren Wortführer, so glaubt man, sollen zugleich die gesamte Bewegung, die APO, treffen. An den vier Tage andauernden Blockaden der Druckerei-Ausfahrten beteiligten sich über 60.000 junge Leute. Mehr als 20.000 Polizisten werden gegen sie eingesetzt. Im Laufe der Auseinandersetzungen nehmen sie über 1.000 Demonstranten fest, 400 werden verletzt und zwei, ein Fotoreporter und ein Student, kommen in München unter nie restlos geklärten Umständen zu Tode.

II. Dutschkes Führungsrolle

Kaum jemand wird bestreiten können, dass der 1940 geborene Soziologie-Student Rudi Dutschke die Zentralfigur der 68er-Bewegung war, einer außerparlamentarischen Opposition, die in ihrem aktivistischen ebenso wie in ihrem theoretischen Kern zweifelsohne eine Studentenbewegung gewesen ist. Er war dies jedoch nicht allein deshalb, weil auf ihn das Attentat verübt worden war, an dessen Spätfolgen er am Heiligabend 1979 schließlich sterben sollte – und er insofern auf tragische Weise die damalige Revolte wie kein anderer verkörperte –, sondern weil er die damalige Bewegung, die rasch über die Universitäten hinausging und sich in eine Herausforderung des bundesdeutschen Parteienstaats transformierte, gleich in mehrfacher Hinsicht entscheidend geprägt hat.

Dutschke veränderte die Form der studentisch geprägten Protestbewegung in dreierlei Hinsicht nachhaltig: er dynamisierte ihre Demonstrationen, indem er die Durchführung direkter Aktionen propagierte, durch die sich staatliche Autoritäten, insbesondere die Polizei, zunehmend provoziert fühlten; er orientierte sich an den Befreiungsbewegungen der Dritten Welt wie etwa dem im Vietnamkrieg dem US-Militär trotzen Vietcong, vor allem aber den lateinamerikanischen, der kubanischen Revolution nahefernden Organisationen und er propagierte – als sei ihm das politische Scheitern der 68er-Bewegung schon frühzeitig klar gewesen – bereits im Herbst 1967 einen *Langen Marsch* durch die Institutionen.

Durch das Zusammenspiel dieser drei Faktoren gewann die Bewegung eine enorme Kraft, die sie zeitweilig zu einer ernst zu nehmenden innenpolitischen Herausforderung machte. Es entstand eine regelrechte Sogwirkung, die einerseits von einem radikalisierten SDS und andererseits von der Kommune-Bewegung ausging und für die sich insbesondere Jugendliche, Schüler wie Auszubildende, besonders empfänglich zeigten. Doch die Ausbreitung der APO und ihr rasanter Aufstieg zum politischen Faktor waren bereits im Frühjahr 1968 an seine Grenzen gestoßen. Zunächst hatte das auf Dutschke verübte Attentat Grundlegendes in Frage gestellt, als dann aber mit der Ende Mai erfolgten Verabschiedung der Notstandsgesetze auch noch klar wurde, dass die Kraft der außerparlamentarischen Opposition allein nicht ausreichen würde, um par-

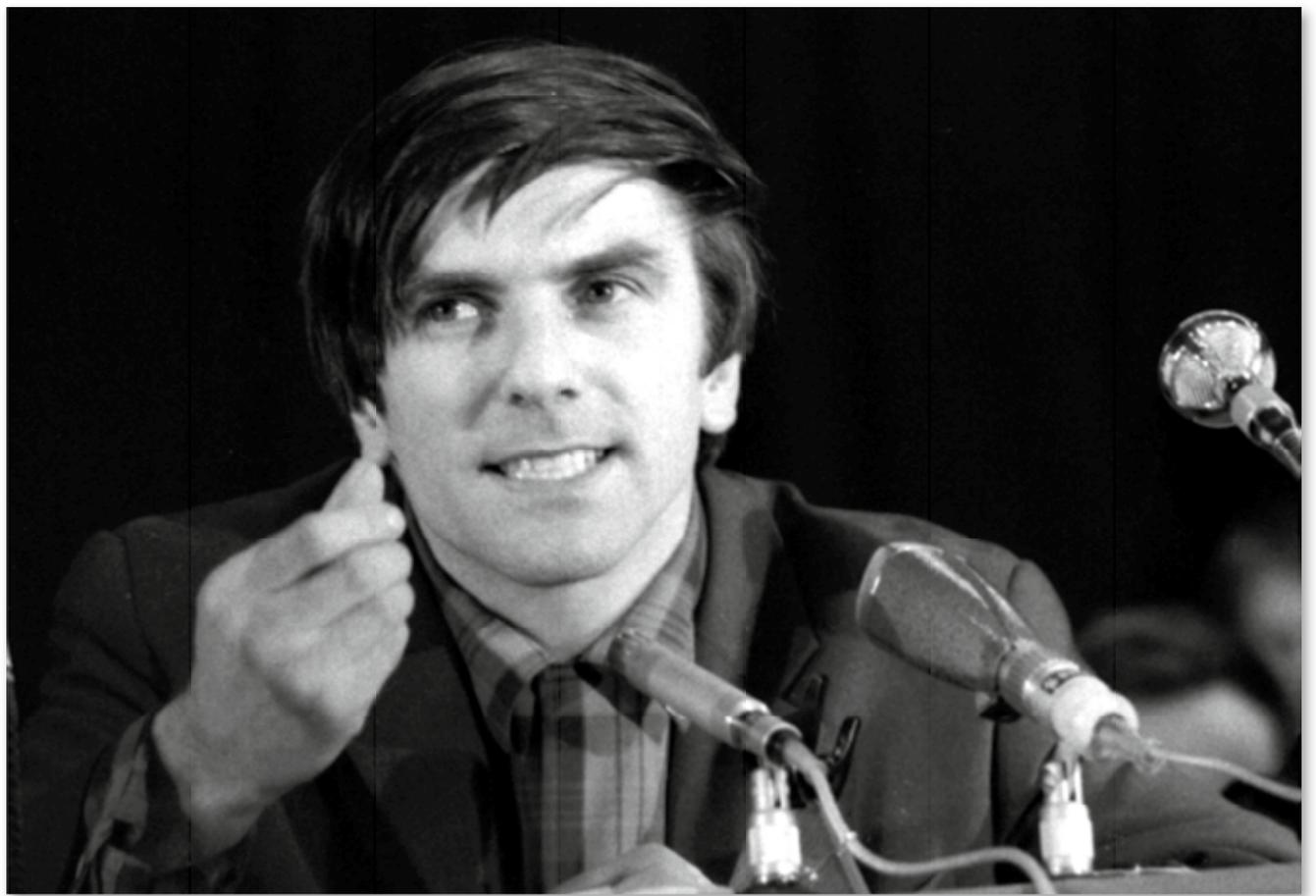


Foto: akg-images/Klaus Rose

Studentenführer Rudi Dutschke, der am 11. April 1968 bei einem rechtsextremistischen Mordanschlag schwer verletzt wurde, aber überlebt. Erst im Jahr 1979 verstarb er an den Spätfolgen des Attentats.

lamentarisch mehrheitsfähige Vorhaben aufzuhalten, war der Zenit der Protestbewegung schon überschritten.

Mit nachlassender Kohäsionskraft folgte, was folgen musste: eine zunehmende Fraktionierung und gleichzeitige Dogmatisierung des SDS als ihrer entscheidenden Organisation und die damit einhergehende Fehlorientierung der aus ihm hervorgehenden Kadergruppen an den während der Weimarer Republik schon einmal gescheiterten Klassenkampfmustern. Inmitten dieser Strömungen konnte es nicht ausbleiben, dass sich mit der RAF eine linksterroristische Herausforderung von Staat und Gesellschaft herauschälen konnte, die als die Achillesferse der 68er-Bewegung insgesamt betrachtet werden muss.

In diesem Zusammenhang sollte nicht unerwähnt bleiben, dass Dutschke nicht nur der erste war, der schon im Februar 1966 von einer „Stadtguerilla“ sprach und der im September 1967 auf einer Bundesdelegiertenkonferenz des SDS meinte, seine Organisation zur Umwandlung in eine „Sabotage- und Verweigerungs-Guerilla“ aufrufen zu sollen, wofür er unter seinen Genossen allerdings keine Mehrheit fand. Als zwei Jahre später Horst Mahler nach London flog, um den immer noch nicht vollständig wiederhergestellten Dutschke zur Beteiligung am Aufbau der RAF zu überreden, lehnte er allerdings ab und wurde später auch nicht müde, sich von der Untergrundorganisation zu distanzieren.

III. Die Entstehung der Studentenbewegung an der Nahtstelle des Kalten Krieges

In den sechziger Jahren radikalisierten sich in allen westlichen Industriegesellschaften Teile der Studentenschaft. In diesem Zusammenhang ist es alles andere als Zufall, dass sich diese

Radikalisierung in der Bundesrepublik Deutschland zuerst und am schärfsten in West-Berlin abgespielt hat. In der geopolitischen Abkapselung entstand eine eigene Studentenbewegung und aus ihr heraus etablierte sich wiederum ein ganz spezifisches Milieu, eine linksradikale Szene wie sie wohl nirgendwo sonst zu finden war. Von entscheidender Bedeutung ist dabei ganz gewiss das Koordinatensystem des Kalten Krieges gewesen: West-Berlin war eine Insel im Ostblock.

In dieser Stadthälfte drückte sich wie an keinem anderen Ort sonst sowohl die deutsche Teilung als auch der Systemkonflikt zwischen Kapitalismus und Kommunismus aus. Da hier beide Machtblöcke unmittelbar aufeinanderprallten, stand die westliche Stadthälfte politisch und kulturell wie unter Strom. Alle wichtigen Fragen, insbesondere solche weltanschaulicher Natur, waren hochgradig aufgeladen. Wer zu jener Zeit in West-Berlin lebte, der musste offenbar Position beziehen. Eine unentschiedene ausweichende Haltung zu den brennendsten Problemen konnte sich kaum jemand leisten. Für die große Mehrzahl der Bevölkerung hieß das allerdings Antikommunismus. Das galt für Christdemokraten ebenso wie für Sozialdemokraten. Gegen diese Haltung begann ein Teil der jüngeren, insbesondere der akademischen Generation zu rebellieren.

All dies schlug sich auch im besonderen Charakter der Freien Universität nieder. Sie ging 1948 aus einem Konflikt mit den östlichen Machthabern hervor und beanspruchte schon von ihrem Namen her, eine Antithese zur Erziehungsdiktatur des sozialistischen Staates zu sein. Insofern symbolisierte sie einen weltanschaulichen Anspruch, den es – wenn nicht einzulösen – so zumindest hin und wieder zu überprüfen galt. Die akademische Institution ver-

körpert wie keine zweite den Wertekodex des sogenannten freien Westens. Die in einer beschaulichen Umgebung im Stadtteil Dahlem angesiedelte Universität lag in Wirklichkeit an einer ideologischen Front.

Nicht zufällig wurden die nicht eingelösten Werteimplikationen ihrer Gründung im Moment virulent, als die USA 1965 dazu übergingen, in Vietnam einen offenen Krieg zu führen. Die anti-kommunistische Rechtfertigung dieses Einsatzes, der schließlich über ein Jahrzehnt anhalten sollte, ging mit einem erheblichen Glaubwürdigkeitsverlust einher. Der Garant westlicher Freiheit erschien plötzlich als imperiale Macht, die auch vor der Unterdrückung eines armen südostasiatischen Volkes nicht zurückschreckte. Diese Desillusionierung bildete zusammen mit der Unaufrichtigkeit der älteren Generation gegenüber der NS-Vergangenheit, dem Mangel einer parlamentarischen Opposition nach der Koalitionsbildung von Christ- und Sozialdemokraten in Bonn und der Furcht vor der Inauguration eines neuerlichen autoritären Staates mittels der Notstandsgesetze ein Gemisch grundsätzlicher Zweifel an der Verfasstheit des westlichen Demokratiemodells.

Der Funke eines einzelnen Ereignisses reichte nun aus, um die Revolte zu entfachen. Dieser Funke war die Erschießung des Studenten Benno Ohnesorgs am Rande der Anti-Schah-Demonstration vom 2. Juni 1967. Kein anderes Vorfälle hat so viel Misstrauen gestiftet wie die Tatsache, dass ein gewaltfreier Demonstrant durch einen von einem Zivilpolizisten, von dem inzwischen bekannt ist, dass er gleichzeitig als Spitzel für die Staatssicherheit der DDR tätig war, aus nächster Nähe abgegebenen Schuss zu Tode kommen konnte.

Während zuvor verschiedene andere Konflikte noch im Rahmen der Universität versandet waren, entzündete sich



Foto: akg-images/dpa

Die Demonstration gegen den Schah-Besuch im Juni 1967 – dabei wurde der Student Benno Ohnesorg von einem Polizisten erschossen, der nach Jahr-

zehnten als Stasi-Spitzel enttarnt wurde, – gilt als Beginn der Studentenunruhen in der Bundesrepublik Deutschland.

durch den Tod eines Kommilitonen nicht nur die Stimmung in der geteilten Stadt, sondern der Funke sprang zum einen auch auf nichtakademische Teile der Jugend über, zum anderen aber auch auf Westdeutschland. Solidarisierungsakte ergriffen innerhalb weniger Tage eine bundesdeutsche Universität nach der anderen, schufen eine Mobilisierung und erzeugten eine Bewegung, zunächst der Studierenden, dann der Jugendlichen und schließlich, die spezifischen Merkmale bestimmter Rollen abstreifend, einer sich jenseits der Parteien formierenden Opposition.

Die 68er-Bewegung war zumindest rein zeitlich betrachtet eine Parallelererscheinung zur ersten großen Koalition. Nicht ohne Grund wurde sie deshalb auch als APO, als Außerparlamentarische Opposition, bezeichnet. Politisch entstand sie als Gegenbewegung zur Elefantenhochzeit auf Bundesebene, wengleich ihr Horizont weit darüber hinausreichte. An ihrem Ursprung stand die Kurzschließung der Interessen zwischen den maßgeblichen Regierungs- und Oppositionsparteien, an ihrem Ende eine neu formierte innerparlamentarische Konfliktkonstellation. Obwohl die Motive, die in der APO zum Tragen kamen, zu vielfältig sind, als dass sie auf einen Nenner gebracht werden könnten, so ist die Große Koalition für sie doch weitaus mehr als ein bloßer Geburtshelfer gewesen.

Mit ihr aktualisierte sich eine in der Linken tief sitzende Furcht vor einer gleichgeschalteten Gesellschaft. Elternhaus und Schule, Universität und Wissenschaft, Justiz und Verwaltung, Staat und Industrie, Kirchen, Gesundheitsfürsorge, Vereinswesen – die gesellschaftlichen Institutionen insgesamt standen nun allzu spürbar unter den Folgewirkungen eines Latenzzusammenhangs, dessen absorbierte Gewaltförmigkeit wie eine stumme, selten aufbrechende Bedrohung erlebt wurde. Die Verheißungen des Wirtschaftswunderlandes schienen durch Tabuisierungen erkauft

zu sein, die die private wie die öffentliche, die politische wie die kommerzielle Sphäre gleichermaßen durchzog.

Die Republik stand im Schatten einer unbewältigten, nicht einmal hinreichend artikulierten Vergangenheit. Und die Legitimationskraft eines parlamentarischen Systems, das unter der Kanzlerschaft Adenauers nicht grundlos als „CDU-Staat“ bezeichnet worden war, erschien als überaus brüchig. Waren nicht Hans Globke, der die Nürnberger Gesetze mitverfasst hatte, als Staatssekretär, der ehemalige Obersturmbannführer Theodor Oberländer als Minister und Ex-General Reinhard Gehlen als Chef des Bundesnachrichtendienstes nur allzu deutliche Beispiele für die Präsenz einer Vergangenheit, die nicht wirklich von der historischen Bühne abtreten wollte? Das Misstrauen gegen einzelne staatliche Funktionsträger, das durch eine Affäre nach der anderen wachgehalten wurde, steigerte sich schließlich durch ein Gesetzesvorhaben zur Angst vor dem Staat als Ganzem.

Mit der von den Unionsparteien zielstrebig verfolgten Notstandsgesetzgebung schien sich die Gefahr einer umfassenden autoritativen Neuformierung zu konkretisieren. Das Gesetzesinstrumentarium wirkte wie geschaffen, um mit verfassungsrechtlichen Mitteln den Ausnahmezustand definieren und das Parlament ausschalten zu können. In der Aussicht, dass ein solches Vorhaben einmal Wirklichkeit werden könnte, wurde das alte Trauma wieder wach. Bestand das Verhängnis des deutschen Parlamentarismus doch gerade darin, dass die Nazis es vermocht hatten, ihre Herrschaft ohne formalen Verfassungsbruch, nämlich durch die Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes, anzutreten. Wesentlich dramatisiert wurde dieser Vorgang noch durch den Umstand, dass sich im Bundestag – mit Ausnahme der seinerzeit bereits sozialliberal orientierten FDP – keine Kritik an diesem Vorhaben artikuliert. Befürchtet wurde deshalb erneut das

Schreckgespenst einer Gesellschaft ohne Opposition.

IV. Der postmaterialistische Wertewandel

Offenkundig hat die Befriedigung materieller Bedürfnisse, die historisch betrachtet in der Arbeiterbewegung etwa an erster Stelle gestanden hatte, nur eine untergeordnete Rolle bei den Akteuren gespielt. Der 68er-Bewegung ging es weder darum, Hunger zu stillen, Wohnraumnot zu bekämpfen, Arbeitslosigkeit noch andere materielle Missstände zu beseitigen. An der Spitze ihrer Agenda rangierten Emanzipation, Selbstverwirklichung und Partizipation. Ihre Ziele waren im Gegensatz zu denen klassischer sozialer Bewegungen durch Transmaterialität bestimmt. Die Nachkriegszeit mit ihrem Wiederaufbau war vorüber, der Mangel hatte einem zunehmenden Wohlstand Platz gemacht. Zwar gab es auch weiterhin ökonomische Krisen, wie an der Rezession 1966/67 deutlich wurde, jedoch änderte dies nichts daran, dass die Steigerung des Bruttosozialprodukts im Durchschnitt weiter anhielt.

In diese langanhaltende Phase materiellen Aufschwungs platzte Mitte der sechziger Jahre allerdings ein Alarmsignal: Das Schlagwort vom „Bildungsnotstand“. Der an Staat und Öffentlichkeit gerichtete Vorwurf lautete, die Bildungsausgaben seien in der Bundesrepublik zu gering, um im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig bleiben zu können, und die Bildungschancen seien sozial so ungerecht verteilt, dass die Demokratie daran längerfristig Schaden nehmen müsse.

Die Studenten nahmen den Ball auf und protestierten 1965, von der Westdeutschen Rektorenkonferenz unterstützt, mit einer *Aktion 1. Juli* bundesweit „Gegen den Bildungsnotstand“. In dieser Inkubationsphase, in der der Konflikt zwischen Studenten und Professoren noch nicht offen aufgebrochen

war, ging es um Bildung, Wissen, Qualifikation, Chancengleichheit und nicht zuletzt um Steuerungskompetenz in Staat und Gesellschaft. Auch wenn diese Orientierung durch die 1967 in Gang gekommene Radikalisierungsdynamik und der mit ihr verknüpften Klassenkampfrhetorik überblendet wurde, so ist sie dennoch keineswegs verlorengegangen und heute noch aktuell.

Die Bewegung ging nicht nur von den Hochschulen aus, sondern wurde auch von Hochschulgruppen angeführt und von Studierenden, ihren Ideen ebenso wie ihren habituellen Eigenheiten, geprägt. Wer diesem Sachverhalt nicht Rechnung trägt, dass die 68er-Bewegung ihren Ursprung an den Universitäten hatte und von Studierenden dominiert war, der verfehlt ihren spezifischen Charakter. Im studentischen Status sind zwei Faktoren miteinander kombiniert – die Zugehörigkeit zur Jugend, genauer zu ihrem Schlusskapitel, der Adoleszenzphase, und die Beteiligung am Prozess höherer Bildung, eine Qualifikation mit besonderen Berufserwartungen, zum Teil an die Hoffnung geknüpft, Aufnahme in Funktionseliten zu finden.

Diese Statuskombination prädestiniert Studierende dazu, in der Wahrnehmung ihrer Interessen wie keine andere gesellschaftliche Gruppierung flexibel, mobil, innovativ und zudem selbstreflexiv aufzutreten. Als junge Träger des Wissens, die sich zwar in einer Institution bewegen, an diese jedoch nicht unbedingt gebunden sind, repräsentieren sie in besonderer Weise das Informelle und damit sui generis das Transmaterielle. In gewisser Hinsicht stellten Studierende einen Vorgriff auf die Informationsgesellschaft dar.

Es war alles andere als Zufall, dass der französische Soziologe Alain Touraine aus der Erfahrung des *Pariser Mai* heraus eine Theorie der postindustriellen Gesellschaft entwickelt hat, in der die Studentenbewegung als eine anti-technokratisch ausgerichtete soziale Bewegung eine Schlüsselrolle spielt. Noch weitergehend in seinen transmateriel- len Implikationen war jedoch das Bild, das der amerikanische Sozialwissenschaftler Ronald Inglehart in seiner 1977 veröffentlichten empirischen Studie *The Silent Revolution* geboten hat. Er gelangte darin zu dem Schluss, dass sich die Wertvorstellungen in den westlichen Gesellschaften signifikant verschoben hätten. Während früher materielles Wohlergehen und physische Sicherheit ganz im Vordergrund gestanden hätten, würde heute weitaus mehr Gewicht auf die Lebensqualität gelegt. In den westlichen Gesellschaften seien mehr Menschen als je zuvor in außergewöhnlicher ökonomischer Sicherheit aufgewachsen. Wirtschaftliche und physische Sicherheit würden zwar auch weiterhin positiv bewertet, aber ihre Bedeutung im Verhältnis zu anderen Werten sei erheblich geringer als in der Vergangenheit.

In seiner Anschlussstudie widmete Inglehart den neuen sozialen Bewegungen ein eigenes Kapitel, weil sie den von ihm diagnostizierten postmaterialistischen Wertewandel am stärksten repräsentieren. Sie hätten den Impuls, der von den 68er-Bewegungen ausgegangen sei, aufgenommen und weitergetragen. Die „Wertprioritäten der Postmaterialisten“ unterschieden sich grundsätzlich von den über Jahrzehnte hinweg gültigen Wertprioritäten der Industriegesellschaften. Die etablierten Parteien, die in den meisten westlichen Gesellschaften das politische Leben kontrollierten, seien zu einer Zeit entstanden, als im politischen Alltag noch soziale Klassenkonflikte dominierten. In der Anfangsphase der industriellen Revolution sei wirtschaftliches Wachstum das zentrale

Problem gewesen. In den vergangenen zehn, zwanzig Jahren jedoch die Zahl der Postmaterialisten fortwährend angewachsen. Sie interessierten sich weniger für wirtschaftliches Wachstum als für die „nicht wirtschaftlichen Aspekte der Lebensqualität“.

Das Gewicht der von Inglehart präzentierten Ergebnisse liegt vor allem darin, dass sie auf einer empirischen Untersuchung basiert, die über zwanzig Jahre hinweg in zwölf Industrienationen westlichen Typs durchgeführt wurde.

Kulturelle Deutungen der 68er-Bewegung sind gegenüber politischen, ökologischen und sozialen immer mehr in den Vordergrund getreten.

Kaum irgendwo sind die soziokulturellen Folgewirkungen der 68er-Bewegung deutlicher zutage getreten als im Rahmen seiner Studie. Postindustrielle Gesellschaft, postmaterialistische Wertvorstellungen – ohne eine Kontextualisierung der aus einer Studentenbewegung hervorgegangenen 68er-Bewegung im Rahmen eines grundlegenden soziokulturellen Wandels, der die aus dem 19. Jahrhundert stammende produktivistische Formation der Industriegesellschaft zu überwinden trachtet, würde deren Logik sicherlich verfehlt.

Kulturelle Deutungen der 68er-Bewegung sind gegenüber politischen, ökonomischen und sozialen ganz allgemein immer mehr in den Vordergrund getreten. Über den divergenten Doppelcharakter von politischem Scheitern und soziokultureller Folgewirkung, deren Grad allerdings schwer zu fixieren ist, herrscht inzwischen weitgehend Einigkeit. Unter den Historikern, die sich an einer Weltgeschichte des vergangenen Jahrhunderts versucht haben, zählt der Brite Eric Hobsbawm gewiss zu jenen, die der kulturellen Umwälzung der Gesellschaften nach 1945 den höchsten Stellenwert eingeräumt haben. Was er in seinem Werk über *Das Zeitalter der Extreme* in einem eigenen Kapitel als „kulturelle Revolution“ beschrieben hat, ist nichts anderes als das Bündel jener Sozialbeziehungen, die im Laufe von drei Jahrzehnten dramatischen Veränderungen ausgesetzt waren und deren größte Dynamik ganz unzweifelhaft von der 68er-Bewegung in Gang gesetzt wurde.

Was einst mit politischen Parolen als „Revolutionierung des Alltagslebens“ propagiert wurde, die Neubestimmung des Verhältnisses zwischen Intimität und Öffentlichkeit, die Durchsetzung der Sexualität als Politikum, die Relativierung und Neujustierung der Geschlechterdifferenz, das zeitigte nun unter ganz anderen Vorzeichen langfristige Folgewirkungen. Hobsbawm diagnostizierte das Ausmaß der kulturellen Revolution vor allem an Strukturen, die sich bislang gegenüber Verschiebungen als besonders immun erwiesen hatten, den veränderten Beziehungsmustern zwischen den Geschlechtern und den Generationen.

In der starken Zunahme von Ehescheidungen, unehelichen Geburten, alleinerziehenden Elternteilen und dem enorm gestiegenen Anteil alleinstehender Menschen, die in vielen westlichen Großstädten die Hälfte aller Haushalte bilden, sah er Indizien für eine Krise der klassischen Kernfamilie, die mit gravierenden Veränderungen des Sexualverhaltens, der Partnerschaft und des Kinderwunsches einhergegangen sei. Demgegenüber stehe die Etablierung einer Jugendkultur als „einer unabhängigen sozialen Kraft“ für einen tiefgreifenden Wandel in den Beziehungen zwischen den Generationen. Jede neue Erwachsenengeneration werde inzwischen in der Form einer selbstbewussten Jugendkultur sozialisiert und habe diese Erfahrung verinnerlicht.

Die Jugendkultur, deren Bedeutung für den Konsumwarenmarkt gigantisch angewachsen ist, sei insgesamt zu einer „Matrix der kulturellen Revolution“ geworden. Die Umwälzung der Verhaltensweisen und Gewohnheiten, die Freizeitgestaltung, die Durchsetzung ästhetischer Trends, die Prägung der urbanen Atmosphäre gehe von ihr vor allem aus. „Die kulturelle Revolution des späten 20. Jahrhunderts“, hat Hobsbawm seine Ergebnisse einmal zusammengefasst, könnte man also am besten als den „Triumph des Individuums über die Gesellschaft“ betrachten.

Alle Fäden, die den Menschen in der Vergangenheit in das soziale Netz eingeflochten hätten, seien durchtrennt worden. Da die traditionellen Verhaltensmuster und Konventionen gebrochen worden seien, seien allerdings nur zu häufig traumatische Verunsicherung und gegenseitige Verständnislosigkeit die Folge gewesen. Die durchaus zu verzeichnende Zunahme von Autonomie der Individuen sei schließlich mit einer zum Teil dramatisch angestiegenen Anomie der Gesellschaft bezahlt worden. □



Die Teilnehmer*innen der Historischen Tage besuchten den Erinnerungsort des Olympia-Attentats im Münchner Olympiapark. Die „heiteren“ Olympischen

Spiele 1972, aber ganz besonders auch der Terrorakt, waren bedeutende Wegmarken der bundesrepublikanischen Geschichte.

Der Essener Katholikentag

Bernhard Vogel

I.

Der Katholischen Akademie in Bayern – vor mehr als 60 Jahren auf Initiative von Kardinal Wendel von dem unvergessenen Prälaten Karl Forster begründet – sei Dank gesagt. 100 Jahre nach dem Ende des Ersten, 80 Jahre nach Beginn des Zweiten Weltkrieges, 70 Jahre nach der Verkündung des Grundgesetzes, 30 Jahre nach der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes, unternehmen Sie mit dieser Tagung den Versuch, am Beispiel ausgewählter Themenfelder, Wegmarken und Trends in der Geschichte der Bundesrepublik von 1949 bis 1989 aufzuzeichnen. Zu Recht erinnert sie dabei auch an den 82. Deutschen Katholikentag in Essen, 1968. Seine Vorgeschichte, sein Verlauf und seine unmittelbare Folge – die Würzburger Synode –, haben eine dieser Wegmarken gesetzt, an die zu Recht erinnert werden sollte. Ich bedanke mich für die ehrenvolle Aufgabe, und ich hoffe, Sie nicht allzu sehr zu enttäuschen.

Im Dezember 1965 – drei Jahre vor dem Essener Katholikentag – war in Rom das von Johannes XXIII. zur allgemeinen Überraschung einberufene und von Paul VI. geschlossene Zweite Vatikanische Konzil zu Ende gegangen. Deutsche Kardinäle und deutsche Berater hatten an ihm entscheidend mitgewirkt.

Papst Johannes wollte ein Konzil, das die Kirche auf die Zukunft ausrichten sollte. Er wollte am Übergang in eine neue Zeit einen Schritt nach vorne machen. Er wollte die Fenster der Kirche zur Welt weit öffnen. „Aggiornamento“, „Heutig werden“ war sein Schlüsselwort. Aber vom Himmel gefallen ist das Konzil nicht. Ohne die vorausgehenden kirchlichen Erneuerungsbewegungen, ohne die nach dem Zweiten Weltkrieg vorsichtig einsetzende ökumenische Bewegung wäre das Konzil nicht denkbar gewesen. Sie waren für die Umsetzung des Konzils von großer Wichtigkeit.

Vor allem vier Dokumente des Konzils sollten entscheidende Bedeutung gewinnen.

- Das Dekret über die Laien, das ein neues Bild vom Weltauftrag der Christen, von der Teilhabe am allgemeinen Priestertum entwarf.
- Die Pastoralkonstitution *Lumen gentium* über die Kirche in der Welt von heute, die erstmals dem Dienst an der Welt Eigenständigkeit zusprach.
- Das Dekret zur Religionsfreiheit und zur Ökumene – *Dignitas Humanae* –, das neue Hoffnungen für ein Zusammenwirken der Kirchen und aller Religionsgemeinschaften weckte.
- Und insbesondere die Pastoralkonstitution *Gaudium et spes*, das wohl am meisten beachtete Dokument des Konzils, das ein neues Bild vom Volk Gottes zeichnet.

Die Neugestaltung der Liturgie, ein neues Verhältnis der katholischen Kirche zu anderen Religionen, das Bekenntnis zur Religionsfreiheit und ein neues Verhältnis der Kirche zum Staat mit einem klaren Bekenntnis zur Demokratie sollten ihre unmittelbarsten Folgen sein.

Das Ende des Konzils löste zunächst für einige Jahre auch in Deutschland eine Phase des Aufbruchs aus. Die deutschen Katholiken befanden sich in einer



Prof. Dr. Bernhard Vogel, Ministerpräsident a. D. und Präsident a. D. des Zentralkomitees der deutschen Katholiken

fast euphorischen Stimmung und setzten hohe Erwartungen in die baldige Verwirklichung der Beschlüsse vor Ort. Jedermann berief sich auf den Geist des Konzils, ein neues Kapitel der Kirchengeschichte schien aufgeschlagen.

Theologen wie Karl Lehmann, Walter Kasper und Joseph Ratzinger führten das Wort. Vor allem die Liturgiereform und der Auf- und Ausbau der Räte beschäftigten uns. Was wir – von Romano Guardini angeregt und von den Jesuiten gefördert – zum Beispiel im ND – dem Bund Neudeutschland – schon lange praktizierten, wurde im Gottesdienst zur Regel: Im Kanon der Messe die deutsche Sprache, die Handkommunion, der Hochaltar kam außer Mode, der Priester zelebrierte *versus populum*. Hier in München, in Sankt Laurentius, bei den Oratorianern und dem späteren Weihbischof Tewes als Pfarrer und Ingo Hermann als Kaplan, wo Romano Guardini zunächst seine letzte Ruhestätte fand, haben wir uns nach 1960 Sonntag für Sonntag versammelt. Aber bald wurde auch die Sorge geäußert, der konziliare Aufbruch könnte zu langsam erfolgen und gar wieder versanden. Enttäuschung machte sich breit. Ängstlichkeit und Zurückhaltung griffen um sich, die Polarisierung nahm zu. Man sprach von einer nachkonziliaren Krise.

II.

Schon zur Zeit des Konzils in den frühen 60er Jahren geriet die internationale Politik in heftige Bewegung. Auch in Deutschland kündigten sich seit der Mitte der 60er Jahre tiefgreifende Veränderungen der Großwetterlage an.

Adenauer war 1963 von Erhard abgelöst worden; populär aber führungslos. Eine Rezession schreckte die Wohlstandsbürger, die NPD erreichte beunruhigende Wahlerfolge, die große Koalition unter Kiesinger (1966 – 1969) brachte erste Veränderungen der deutschen Außenpolitik. Die Nachkriegszeit ging zu Ende. Die Kriegsgeneration trat ab. Die ab 1963 geführten und sich bis in die 70er Jahre hinziehenden Ausschwitz-Prozesse rückten die Auseinandersetzung mit den Verbrechen des



Foto: KNA

Der damalige rheinland-pfälzische Kultusminister Bernhard Vogel (li.) war Präsident des Katholikentags 1968. Hier in der ersten Reihe mit (v.l.n.r.) Kurienkardinal Gustavo Testa, Kardinal

Julius Döpfner, der Nuntius Kardinal Corrado Bafile und der Präsidentin der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) Marianne Dirks.

Nationalsozialismus in den Vordergrund. Mit der Gründung der Bundesrepublik hatten die Katholiken ihren „unsicheren Untermieterstatus“ im Deutschen Reich verlassen. Sie waren nicht mehr in der Minderheit. Sie waren in der Mitte der Gesellschaft angekommen und hatten schon auf die Gestaltung des Grundgesetzes erheblichen Einfluss genommen. Sie stellten einen großen Anteil am politischen Spitzenpersonal.

Die katholische Soziallehre beeinflusste vor allem die Wirtschafts- und Sozialpolitik und die Familienpolitik. Auch das sollte sich ändern. „Dem Establishment wurde der Kampf angesagt.“ (Hans Maier)

Ende Mai 1968 verabschiedet der Deutsche Bundestag mit der für die Grundgesetzänderung notwendigen Zweidrittelmehrheit die lange Zeit heftig umstrittene Notstandsverfassung. In Frankreich kommt es zu bürgerkriegsähnlichen Unruhen. Die Verwicklung der USA in den Vietnamkrieg spaltet die amerikanische Nation. Am 20. August – zwei Wochen vor Beginn des Katholikentages – marschierten Truppen des Warschauer Paktes in der Tschechoslowakei ein: das Ende des Prager Frühlings.

In Deutschland wurden vor allem die Universitäten zum Schauplatz der Veränderungen. Der von den USA ausgehende, schließlich weltweite Aufbruch, führte zu einem bisher nicht gekannten Generationenkonflikt. Der Wunsch, anders zu leben, sich anders zu kleiden, der Wunsch nach sexueller Freizügigkeit, der Wunsch, überkommene Ordnungsvorstellungen infrage zu stellen, der Wunsch, Autorität zu hinterfragen, brach sich Bahn. An den Universitäten artikulierte sich lautstarker Protest. Beteiligung, Mitsprache, Parität wurden gefordert. Heftige Kontroversen

bestimmten den Alltag. Proteste gingen in offene Gewalttätigkeit über. Am 11. April 1968 wird Rudi Dutschke bei einem Mordanschlag schwer verletzt. Während der Ostertage kommt es in der ganzen Bundesrepublik zu heftigen Demonstrationen und vor allem in Berlin zu massiven Störungen. Sie sollten der Bewegung ihren Namen geben.

Ich selbst war im Mai 1967 völlig überraschend zum Kultusminister von Rheinland-Pfalz berufen und damit ins kalte Wasser geworfen worden. Georg Pichts dramatische Warnung vor einer „deutschen Bildungskatastrophe“ hatte in der Öffentlichkeit ein beispielloses Echo gefunden. Eine lange, leidenschaftliche, hoch emotionale Auseinandersetzung um Schule und Hochschule nahm mich voll in Beschlag. Ich versuchte das Gespräch mit der aufgewühlten Studentenschaft nicht abreißen zu lassen und wenigstens den Versuch zu unternehmen, mich der Diskussion zu stellen, und das Feld nicht den revolutionären Kadern zu überlassen. Abend für Abend sprach ich an einer anderen Universität, bedauerlicherweise meist nur unter Polizeischutz. Ich gewöhnte mich daran, dass mein eigens für diese Gelegenheit vorbehaltener Anzug regelmäßig mit Eiern und Tomaten beworfen wurde.

Wir haben damals viel gelernt. Vieles von dem, was im Rückblick als Verdienst der 68er erschienen war, war in Wahrheit das Ergebnis unserer Kritik an ihnen. Aber, dass Studenten sich engagierten und sich energisch zu Wort meldeten, dass sie die Erneuerung der Universität zu ihrem Thema gemacht haben, wird das Verdienst dieser Studentengeneration bleiben. Die Revolte der 68er hat uns gelehrt, was auf dem Spiel stehen kann, wenn offensichtliche Mängel zu spät erkannt und Reformen zu spät in Angriff genommen werden.

III.

Schon der Katholikentag von Hannover im August 1962 lenkte die Aufmerksamkeit auf das eben eröffnete Konzil. Zwei Jahre später widmete sich der Katholikentag von Stuttgart 1964 unter Bezug auf die entsprechende Pastoralkonstitution dem Thema „Kirche in der Welt von heute“ und die liturgischen Impulse des Konzils wurden aufgegriffen. Auf dem Bamberger Katholikentag 1966 gibt Bernhard Hansler die Parole aus, es gelte das Konzil einzudeutschen! Eine breite Diskussion setzte ein. Der Wunsch nach gemeinsamer, verantwortlicher Meinungsbildung wurde artikuliert. Vor allem in der jungen Generation bildeten sich Gruppen, die das Konzil nicht als Vertiefung ihres Welt- und Kirchenbildes, sondern als Anlass für eine grundsätzliche Revision ihres Bildes von Kirche und Welt sahen. Die Forderung nach einer Demokratisierung der Kirche wurde laut.

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken greift die Aufforderung Hanslers auf und will den bevorstehenden 68. Katholikentag der „Eindeutschung“ des Konzils widmen und beginnt ihn frühzeitig gründlich und umfassend vorzubereiten. „Mitten in der Welt“ sollte sein Leitwort sein. Der zweite Hauptteil der Pastoralkonstitution *Gaudium et spes*, über die Kirche in der Welt von heute, sollte im Mittelpunkt stehen. Es sollte sowohl um die Kirche als um die Welt gehen. Mit sechs großen Foren – „Diese Welt und Gottes Wort“, „Ehe und Familie“, „Kultur“, „Wirtschaft und Gesellschaft“, „Unser Staat“, „Friede und Völkergemeinschaft“ – sollte die Vielzahl der Themen, die mit der neuen Verantwortung der Laien in Kirche und Welt zusammenhingen, mit Referaten eingeleitet und anschließend in 27 Forumsgesprächen diskutiert werden.

Das Ergebnis sollte schließlich in einem gemeinsamen Großforum zusammengefasst werden.

Der Katholikentag sollte ein fragender Katholikentag sein. Alle Fragen sollten gestellt werden dürfen. Unsere Devise hieß: „Offen und vorbehaltlos hören und sprechen.“ Im Mai 1968 erschien eine erste Vorbereitungsillustrierte unter dem Titel K'68, mit dem Aufmacher *Vorübergehend Großbaustelle*. 500 Fachleute wurden zu einer Arbeitstagung eingeladen, aus der ein Fragenkatalog mit nicht weniger als 1.750 Fragen erwuchs, der den Teilnehmern vorgelegt werden sollte. In der katholischen Studentenschaft bildeten sich erste Arbeits- und Aktionskreise. Unser Fragenkatalog wurde von ihnen als „Manipulierungsversuch“ und die breite Auffächerung aller Fragenkomplexe in 27 Foren als „Ablenkungsmanöver“ diskreditiert. Das Aktionskomitee *Kritischer Katholizismus* kündigte gezielte Protestaktionen auf dem Katholikentag an, versprach allerdings auch, keine Gewalt gegen Personen und Sachen ausüben zu wollen. Ihr Ziel sei eine sozialistische Gesellschaft und eine demokratische Gesellschaft von Christen.

Wir und das Essener Lokalkomitee schienen bestens gerüstet zu sein. Aber es sollte anders kommen. Der Essener Katholikentag sollte für mich, den man zum Katholikentags-Präsidenten berufen hatte, zur Feuertaufe meines Engagements in meiner Kirche werden. Wenige Wochen vor Beginn des Katholikentages, Ende Juli 1968, veröffentlichte Papst Paul VI. seine Enzyklika *Humanae Vitae*, in der er sich gegen das Mehrheitsvotum einer von ihm eingesetzten Kommission erneut für das Verbot künstlicher Mittel zur Empfängnisverhütung entschied. Sie entfachte unter den deutschen Katholiken einen bis dahin nicht gekannten Sturm der Entrüstung und wurde zum alles beherrschenden Thema. Ein heftiger, so bisher noch nicht gekannter innerkirchlicher Streit brach los. Die Autorität des Papstes stand zur Disposition. Die kurz danach von den deutschen Bischöfen verabschiedete *Königsteiner Erklärung*, die die Wissensentscheidung jedes Katholiken in Fragen der Empfängnisverhütung postulierte, dämpfte die Erregung, beruhigte sie aber nicht.

Wir versuchten Kurs zu halten. *Der Spiegel* stellte mir in einem Interview die Frage „Wird Papst und Pille das Hauptthema des Katholikentags sein?“ Meine Antwort: „Wir wollen einen Katholikentag, der freimütigen Diskussion und wir wollen niemanden am Reden hindern.“

Die erstrebte „Eindeutschung“ des Konzils sollte sich als schwieriger als erhofft erweisen.

Schon in der Eröffnungsveranstaltung in der Essener Grugahalle schallten uns Sprechchöre der „außerhierarchischen Opposition“, wie sie sich in Anspielung an die „außerparlamentarische Opposition“ nannte, entgegen. Was ihr an Mitgliedern fehlte, machte sie durch ihre Lautstärke mehr als wett. Es gab einen bisher nicht gekannten Drang vieler Teilnehmer, Arbeitskreise und Foren mit Resolutionen abzuschließen.

Die Diskussionen sollten nicht im Sande verlaufen, sondern Geltung erlangen. Das stieß auf unseren entschiedenen Widerstand. Wir wollten verhindern, dass aus kirchlicher Meinungsbildung kirchliche Willensbildung wurde. Die 120-jährige Tradition der vom Zentralkomitee veranstalteten deutschen Katholikentage als Forum öffentlicher Meinung in der Kirche sollte erhalten bleiben und auch künftig fortbestehen. Sie waren im 19. Jahrhundert auf der Basis des bürgerlichen Koalitionsrechtes als vom Zentralkomitee veranstaltete Laientage entstanden. Aus Katholiken-

tagen sollten nicht Kirchentage werden. Aber: Uns war ebenso klar, die Beteiligung der Laien an der Willensbildung bedurfte anderer, neuer synodaler Strukturen. In diesem Sinne hatte ich in der Eröffnungsveranstaltung unter starkem Beifall und vielen Buhrufen die Tür für einen weiteren öffentlichen Meinungsaustausch aufgestoßen und ausgeführt, dass dieser Katholikentag keine Heerschau, keine Demonstration sein will, die die Meinungen der Vielen nicht in wenige Sätze einer Resolution zwingen möchte.

Flugblätter, Transparente, Sprechchöre, Go-ins und Sit-ins waren Ausdruck der spannungsgeladenen und aufgewühlten Atmosphäre. Kaum ein Referent, auch kaum ein Bischof konnte seine Meinung ungestört vortragen. Unvergessen die schlagfertige Reaktion des Essener Bischofs Hengsbach, als eine Gruppe junger Protestierer vor seinem Haus den Ruf skandierte: „Hengsbach wir kommen, wir sind die linken Frommen.“ Seine Antwort war: „Wenn Ihr nicht nur links seid, sondern wirklich fromm: Herzlich willkommen!“

Die Großforen und die Forumsgespräche fanden höchst unterschiedliche Aufmerksamkeit. Während die Großforen zu „Welt und Gotteswort“ und zu „Ehe und Familie“ und vor allem die anschließenden Forumsgespräche mit mehreren tausend Teilnehmern aus allen Nöthen platzten und zum Teil wegen Überfüllung geschlossen werden mussten, fanden andere Foren, trotz zum Teil besonders hochkaratiger Besetzung, wesentlich weniger Beteiligung. Ein Teil der Veranstaltungen verlief ruhig und sachlich, ein Teil verlief spannungsgeladen, lautstark und turbulent.

Das Forum „Ehe und Familie“ stand ganz im Zeichen der Enzyklika. Spruchbänder und laute Parolen begleiteten die Diskussion: „Sündig statt mündig“, „gehorsam und neurotisch“, „sich beugen, zeugen“. Mit einer übergroßen Mehrheit (3000:90:58) wurde eine Resolution verabschiedet. Die Teilnehmer könnten den lehramtlichen Aussagen zur Empfängnisverhütung nicht folgen und verlangten eine „grundsätzliche Revision der päpstlichen Lehre“. Ein Ende der Straffreiheit von Vergewaltigung in der Ehe und die Streichung des Paragraphen 175 wurden gefordert.

Ein besonderes Problem bereitete uns die Botschaft des Papstes. Sie wurde üblicherweise im sonntäglichen Festgottesdienst vorgetragen. Um eine Störung der Messe um jeden Preis zu verhindern, entschlossen wir uns, Kardinal Döpfner zu bitten, sie erst in der damals noch üblichen Abschlusskundgebung am Sonntagmittag zu verlesen.

Der Essener Katholikentag wurde zu einem Medienereignis, wie kein Katholikentag zuvor. 424 in- und ausländische Journalisten ließen sich akkreditieren. Die Resonanz der Presse füllte 14 Ordner mit 2.538 Ausschnitten. Der Funk brachte 63 Sendungen von insgesamt 17 Stunden, das Fernsehen strahlte 17 Stunden Life-Sendungen, Aufzeichnungen und Berichte aus.

In meinem kurzen Schlusswort bei der Abschlusskundgebung habe ich versucht, ein erstes vorläufiges Resümee zu ziehen: „Wir Laien haben uns deutlich zu Wort gemeldet.“ – „Diese Tage haben die erstrebte Konfrontation gebracht. Offen und ehrlich, oft hart und unerbittlich, leidenschaftlich und mitunter mitgerissen von der Heftigkeit vorgetragener Argumente, haben wir miteinander gearbeitet. Der Anspruch, den wir damit an uns selbst richten, ist beträchtlich. Wer in Essen war weiß, dass unter den Katholiken nicht trügerische Stille, nicht müde Weltabgewandtheit, nicht träges Beharren herrschen, sondern Wachheit, Aufbruch und der energische Wille, uns mitten in dieser Welt für den Frieden,



Foto: KNA

Auf dem Katholikentag in Essen zeigten sich sehr deutlich Ärger und Protest gegen kirchliche Positionen: „Sich beugen und zeugen“ war ein Slogan gegen Entscheidungen in der Sexualmoral.

für den Mitmenschen, für die Kirche zu engagieren.“

In der Tat, Essen war anders. Essen markiert einen Wendepunkt. „Essen war der Beginn einer neuen Periode des deutschen Katholizismus“, schrieb eine niederländische Tageszeitung. In einem bisher nicht gekannten Ausmaß entlud sich die aufgewühlte Atmosphäre der späten 60er Jahre auch in der Katholischen Kirche. Die Katholiken nahmen teil an den sich ankündigenden Entwicklungen und Veränderungen.

Wir waren entschlossen, die weitere Entwicklung nach Essen nicht treiben zu lassen, sondern das Steuer selbst in der Hand zu behalten und die konziliare Erneuerung fortzusetzen.

Essen hat die Katholikentage verändert. Die 81 Katholikentage vor Essen verliefen anders als die 19 Katholikentage danach. Zunächst griff eine gewisse Müdigkeit – bei einigen wohl auch Angst – um sich. Die Teilnehmerzahlen sanken. Skeptiker sagten – wieder einmal – ihr baldiges Ende voraus. Aber in den 80er Jahren erlebten sie einen neuen Aufschwung. Die Botschaft der Kirche wurde vielschichtiger, kontroverser, uneinheitlicher. Keine Heerschau mehr, ein Markt der Möglichkeiten, ein ungewohntes, weltoffenes, facettenreiches, fröhliches, aber auch unverbindliches Fest.

Der 101. Katholikentag in Münster, im Mai letzten Jahres, hat es eindrucksvoll bewiesen. Von der Ortswahl und dem Wetter begünstigt, war er besucht

wie lange nicht mehr (53.000 Dauer- und mehr als 35.000 Tagesteilnehmer). Nicht nur Foren und Podien, auch fast alle Gottesdienste konnten die Teilnehmer nicht fassen. In heiterer Grundstimmung setzte er deutlich ökumenische Akzente, widmete sich erstaunlich unaufgeregt innerkirchlichen Problemen und vermied politische Schärpen. Jeder konnte sagen was er wollte.

IV.

Wir waren entschlossen, die weitere Entwicklung nach Essen nicht treiben zu lassen, sondern das Steuer selbst in der Hand zu behalten und die konziliare Erneuerung fortzusetzen. Schon während des Katholikentages, am Samstagnachmittag in einem Café in der Essener Innenstadt, waren wir – Kardinal Döpfner, Fritz Kronenberg und ich – uns einig: Es muss zu einer Synode der Bundesrepublik Deutschland kommen. Der Gedanke lag in der Luft, schon vor und erst recht während des Katholikentages war die Forderung, einen *Nationalkonvent* zu berufen, laut geworden. Bald nach dem Katholikentag wurde ein Antrag der CAJ (Junge Christliche Arbeitnehmer) auf die baldige Einberufung einer Pastoralynode vom BDKJ aufgenommen. Kardinal König hatte bereits im Herbst 1965 die Einberufung einer österreichischen *Nationalsynode* angeregt. Eine niederländische Pastoralynode war schon im November 1966 eröffnet worden.

Auch heute noch bleibt es bemerkenswert, mit welcher Entschlossenheit, in welcher erstaunlich kurzer Zeit die Idee einer gemeinsamen Synode vom deutschen Episkopat in enger und vertrauensvoller Zusammenarbeit mit dem Zentralkomitee geplant und umgesetzt worden ist; dass es gelang, den Kairos der allgemeinen Unruhe unter den

Katholiken nach dem Konzil und nach dem Katholikentag in produktive Bahnen zu lenken und die Synode auf den Weg zu bringen. Insbesondere der Tatkraft Kardinal Döpfners, hinter dem sich die Deutsche Bischofskonferenz einmütig versammelte, der Tatkraft des eng mit der Entwicklung des Zentralkomitees verbundenen Essener Bischofs Hengsbach, aber auch des geistlichen Direktors des Zentralkomitees, Klaus Hemmerle, des späteren Bischofs von Aachen, sowie von Karl Forster, dem Sekretär der Bischofskonferenz, und Friedrich Kronenberg, dem Generalsekretär des Zentralkomitees, ist das zu verdanken.

Bereits im November 1968 fand ein gemeinsames erstes Gespräch zur Auswertung der Erfahrungen des Essener Katholikentages von Bischofskonferenz und Zentralkomitee statt. Eine gemeinsame Studiengruppe wird eingesetzt. Im Februar 1969 fasst die Vollversammlung der Bischofskonferenz den Grundsatzbeschluss, „eine gemeinsame Synode der Diözesen in der Bundesrepublik Deutschland“ vorzubereiten, die der Verwirklichung der Beschlüsse des Zweiten Vatikanischen Konzils in Deutschland dienen sollte. Im November beschließt die Bischofskonferenz das Statut der Synode. Wenige Wochen später liegt die Zustimmung des Heiligen Stuhles und das Einverständnis mit dem von den kanonischen Vorschriften, die eine solche Synode nicht vorsieht, abweichenden Statut vor. Ja, Rom bekundet sogar sein Interesse am Modellcharakter der vorgesehenen Synode. Am 3. Januar 1971 tritt die Synode erstmals zusammen. Nach sieben Vollversammlungen schloss sie im Januar 1975 mit 18 Beschlüssen und sechs Arbeitspapieren für die weitere kirchliche Arbeit in Deutschland. Auch ganz konkrete Anordnungen wurden beschlossen, zum

Beispiel, dass in jeder Pfarrgemeinde ein Pfarrgemeinderat mit einer Amtszeit von vier Jahren zu bilden ist, dass Frauen der Zugang zu leitenden Positionen in kirchlichen Dienststellen zu öffnen ist.

Der Synodenbeschluss *Die Verantwortung des ganzen Gottesvolkes für die Sendung der Kirche* enthält die Anordnung, eine „gemeinsame Konferenz“ von Bischofskonferenz und Zentralkomitee zu bilden; Zwölf Mitglieder der Deutschen Bischofskonferenz und zwölf Mitglieder des Zentralkomitees. Sie soll die in der Zeit der Vorbereitung der Synode fruchtbar gewordene enge Verbindung fortsetzen und die Durchführung

Die Würzburger Synode ist zu einer Sternstunde der Kirche in der Bundesrepublik geworden.

der Beschlüsse des Zweiten Vatikanischen Konzils begleiten. In den ersten Jahren nach der Synode gelang das, wegen des zu meiner Zeit nur sehr zurückhaltenden Interesses einiger Bischöfe, nur bedingt. In letzter Zeit allerdings kam es unter dem Drang der aktuellen Herausforderungen zu einer erfreulichen Wiederbelebung.

Auch den Synodenbeschluss zur Ordnung der Schiedsstellen und Verwaltungsgerichte der Bistümer heute noch einmal nachzulesen, könnte sich lohnen. Die damals beschlossene *Kirchliche Verwaltungsgerichtsbarkeit* (KVGGO) sieht vor, das unterschiedliche diözesane Recht zu ordnen und ein oberes Verwaltungsgericht auf der Ebene der Bischofskonferenz – von drei Priestern und zwei Laien gebildet – einzurichten. Sie ist bis heute nicht umgesetzt, gewinnt aber angesichts des Missbrauchsskandals, der auch eine Überprüfung der rechtlichen Verfassung unserer Kirche bedarf, neue, aktuelle Bedeutung.

Die Synode wurde durch das Statut zu einem institutionalisierten, zu einem gemeinsamen Dialog von Laien, Priestern, Ordensleuten und Bischöfen. Dem Statut kam besondere, für die Struktur der Synode entscheidende Bedeutung zu. Mit ihm wurde Neuland betreten. Erstmals gehörten neben Bischöfen, Priestern und Ordensleuten Laien in einem ausgewogenen Verhältnis einer Kirchenversammlung an (58 Bischöfe – 88 Priester – 30 Ordensleute – 141 Laien). Für die Annahme einer Vorlage in der Schlussabstimmung war eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Über sie verfügten weder die Kleriker noch die Laien.

Der Text der Sachkommission I mit dem Titel *Unsere Hoffnung. Ein Bekenntnis zum Glauben in unserer Zeit* wird zum Grundtext der Synode. Bis zur physischen Erschöpfung wird um fast jeden Satz gekämpft. Die Wirksamkeit dieses faszinierenden Textes liegt in seiner Fähigkeit, die Tröstungskraft des christlichen Glaubens neu aufleuchten zu lassen. Die Gegenwart und ihre Schwierigkeit werden ernst genommen. Das eigene Versagen wird eingestanden. Aber der Verzagtsein und dem Unvermögen wird der Optimismus der Glaubenswahrheit entgegengestellt.

Die Synode sollte entscheidende Weichen für die Zukunft stellen. Man sollte ihren Ertrag weder überhöhen noch unterschätzen, auch wenn manche Ergebnisse der Synode noch immer auf ihre Wirklichkeit warten und die meisten Voten an den Vatikan bis heute unbeantwortet geblieben sind; unter ihnen der Wunsch, Frauen zum Diakonat zuzulassen, die Zurücksetzung nicht ehelicher Kinder zu beseitigen, in bestimmten Fällen wiederverheiratete Geschiedene zur Kommunion zuzulassen. Die Synode ist zu einer Sternstunde der Kirche in der Bundesrepublik geworden. Ohne Konzil kein Essener Katholikentag, ohne Essener Katholikentag keine Synode!

Den Katholiken in der DDR blieb die Mitwirkung an der Synode versagt. Aber die Pastoral synode der Jurisdiktionsbezirke in der DDR (1973–1975) – das einzige katholische Ereignis dieser Art im gesamten kommunistischen Herrschaftsbereich – wurde trotz aller Bedrängnis zu einem Ort der innerkirchlichen Öffentlichkeit.

Heute bekennt sich Papst Franziskus zur Synodalität als konstitutive Dimension der Kirche. „Kirche und Synode sind Synonyme.“ Laien, Hirten und der Bischof von Rom sollen gemeinsam vorgehen. Mich beunruhigt, ja bedrückt es, wie schwer sich heute die Deutsche Bischofskonferenz tut, diese Aufforderung aufzugreifen und die Freiräume einer regionalen Bischofskonferenz zu nutzen; z. B. dem Vorschlag von vier deutschen Bischöfen, erneut einen synodalen Prozess einzuleiten, zu folgen und der Gewaltenteilung in der Kirche zum Durchbruch zu verhelfen. Die Herausforderungen von heute gelten allen Bistümern gemeinsam, und sie sind nur unter gemeinsamer Beteiligung zu lösen. Sie sind nur gemeinsam von allen Mitgliedern der Kirche zu lösen.

Aber es ist nicht meine Aufgabe den Bogen zur Gegenwart zu schlagen, über Wegmarken und Trends von heute zu sprechen. Dafür bedarf es einer eigenen Veranstaltung Ihrer Akademie. Möglichst bald. Nicht erst in 50 Jahren. □

Der Kniefall von Warschau. Neue Ostpolitik im Zeichen der Entspannung

Manfred Görtemaker

Als Bundeskanzler Willy Brandt am 6. Dezember 1970 mit einer offiziellen Delegation der Bundesregierung nach Warschau flog, um im Rahmen seiner „neuen Ostpolitik“ den Warschauer Vertrag mit der Volksrepublik Polen zu unterzeichnen, fühlte er, wie er später in seinen Memoiren schrieb, dass er sich – stellvertretend für seine Landsleute – „auf einen Prüfstand der Geschichte zu begeben hatte“. Für den nächsten Vormittag sah das Programm vor der Unterzeichnung des Vertrages zwei Kranzniederlegungen vor: zunächst am Grabmal des Unbekannten Soldaten, dann vor dem Ehrenmal für die Toten des Warschauer Ghettos. Dort verharrte Brandt nach dem Richten der Kranzschleife nicht, wie üblich, stehend, sondern kniete für etwa eine halbe Minute nieder. Das Bild ging um die Welt: Es war eine Geste der Demut, eine Bitte um Vergebung – nicht für eigene Schuld, sondern für die Schuld aller Deutschen, die im „Dritten Reich“ Verbrechen begangen hatten.

Hermann Schreiber, der die Szene beobachtete, schrieb dazu eine Woche später im Nachrichtenmagazin *Der Spiegel*: „Wenn dieser nicht religiöse, für das Verbrechen nicht mitverantwortliche, damals nicht dabei gewesene Mann nun dennoch auf eigenes Betreiben seinen Weg durchs ehemalige Warschauer Ghetto nimmt und dort niederkniet – dann kniet er da also nicht um seinetwillen. Dann kniet er, der das nicht nötig hat, da für alle, die es nötig haben, aber nicht da knien – weil sie es nicht wagen oder nicht können oder nicht wagen können. Dann bekennt er sich zu einer Schuld, an der er selber nicht zu tragen hat, und bittet um eine Vergebung, derer er selber nicht bedarf. Dann kniet er da für Deutschland.“

Dieser „Kniefall von Warschau“ vom 7. Dezember 1970, den man in der ganzen Welt zur Kenntnis nahm, war nicht geplant. Die Geste kam überraschend: für die deutsche Delegation und die Gastgeber ebenso wie für die breitere Öffentlichkeit. Brandt selber hat dazu später bemerkt, er sei auch nicht „geplant“ gewesen. Zwar hatte er sich am frühen Morgen überlegt, dass es gelingen müsse, „die Besonderheit des Gedenkens am Getto-Monument zum Ausdruck zu bringen“. Aber er hatte darüber mit niemandem gesprochen. Unter der Last der jüngsten deutschen Geschichte tat er, wie er sagte, „was Menschen tun, wenn die Worte versagen; so gedachte ich der Millionen Ermordeter“.

Tatsächlich wurde die Geste nicht nur zu einem Zeichen der Versöhnung, sondern ebenfalls zum Symbol der Politik, für die Brandt 1971 den Friedensnobelpreis erhielt. Doch während der Kniefall international beinahe ausschließlich positiv bewertet wurde, stieß er in der Bundesrepublik auch auf Ablehnung. Günter Grass sprach sogar vom „Hass“, der damals von den politischen Gegnern „bewusst geschürt“ worden sei. In der westdeutschen Bevölkerung waren die Meinungen geteilt: Einer Umfrage zufolge fanden 48 Prozent den Kniefall übertrieben, 41 Prozent hielten ihn für angemessen, 11 Prozent hatten dazu keine Meinung. Dies galt jedoch nicht nur für den Kniefall, sondern für die gesamte Ostpolitik, die Brandt vertrat.



Prof. Dr. Manfred Görtemaker, Professor em. für Neuere Geschichte an der Universität Potsdam

Und diese Politik begann nicht mit Warschau, sondern hatte eine lange Vorgeschichte.

I. Der Mauerbau als Voraussetzung der neuen Ostpolitik

Der Bau der Berliner Mauer vom 13. August 1961 gehört zu den einschneidenden Zäsuren der deutschen Nachkriegspolitik. Brandt bemerkte dazu später, seine politischen Überlegungen seien „durch die Erfahrung dieses Tages“ wesentlich mitbestimmt worden: „Was man meine Ostpolitik genannt hat, wurde vor diesem Hintergrund geformt.“ Zwar lebten die Deutschen bereits seit 1945 in zwei unterschiedlichen Welten, die 1949 mit der Gründung der Bundesrepublik und der DDR ihren staatlichen Ausdruck gefunden hatten. Aber erst mit dem Mauerbau wurde die Hoffnung auf baldige Wiedervereinigung zu einer Schimäre. Bis dahin hatten beide deutschen Regierungen zumindest formal am politischen Ziel der Überwindung der Teilung festgehalten.

Selbst die Westintegration der Bundesrepublik, die vordergründig die Spaltung vertieft hatte, war offiziell als Voraussetzung zur Wiedervereinigung begriffen worden, wie insbesondere Bundeskanzler Adenauer immer wieder betonte: Im gleichen Maße, in dem sich der westdeutsche Teilstaat zu einem politisch stabilen und wirtschaftlich prosperierenden Gemeinwesen entwickelte, so Adenauer, erhöhe sich auch seine „Magnet-Wirkung“ auf die Bürger Ostdeutschlands; diese würden dadurch entweder zum Aufstand gegen ihre Regierung oder zur Flucht in den Westen veranlasst. Die Annahme war nicht völlig abwegig: Der 17. Juni 1953 und 2,7 Millionen Flüchtlinge, die zwischen 1949 und 1961 aus der DDR in die Bundesrepublik übersiedelten, schienen Adenauer recht zu geben.

Allerdings besagten alle Bekenntnisse zur Wiedervereinigung wenig, wenn man sie mit der Realität des Ost-West-Konflikts konfrontierte. Seit Beginn des „Kalten Krieges“ 1946/47, spätestens



Die Referenten boten auch Arbeitskreise zu ihren Fachgebieten an. Professor Michael Kießner hielt seinen Workshop im Viereckhof ab.

aber mit dem NATO-Beitritt der Bundesrepublik und der Gründung des Warschauer Paktes 1955, stellten sich beide Seiten auf die dauerhafte Existenz zweier deutscher Staaten ein. Sogar Bundeskanzler Adenauer war jetzt bereit, eine Einladung der sowjetischen Regierung zu einem Besuch nach Moskau im September 1955 anzunehmen, um über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und die Rückführung der letzten deutschen Kriegsgefangenen zu verhandeln. Nur eine Woche nach Adenauers Moskau-Besuch billigte die UdSSR der DDR die staatliche Souveränität zu. Praktisch bedeutete dies, dass die deutsche Wiedervereinigung von der Tagesordnung der Politik zwischen den Großmächten abgesetzt war und unter den Bedingungen des Ost-West-Konflikts keine Aussicht auf Verwirklichung mehr besaß.

Wie sehr der Sowjetunion an der fortwährenden Existenz der DDR gelegen war, zeigte sich im Juni 1956, als der französische Außenminister Christian Pineau eine Äußerung Nikita Chruschtschows wiedergab, er habe lieber 20 Millionen Deutsche auf seiner Seite als 70 Millionen gegen sich; selbst wenn Deutschland militärisch neutral wäre, genüge dies der Sowjetunion nicht. Denn die DDR war inzwischen ein machtpolitischer Schlussstein des sowjetischen Imperiums geworden, der Moskau eine fast unbegrenzte Truppenstationierung in Mitteleuropa ermöglichte.

Die kommunistische Herrschaft in der Tschechoslowakei wurde dadurch militärisch flankiert, das unberechenbare Polen gegenüber dem Westen abriegelt. Wie bedeutsam diese Rolle der DDR war, sollte sich in ihrer ganzen Dramatik erst 1989/90 offenbaren, als mit dem Zusammenbruch des SED-Regimes auch die sowjetische Position in der Tschechoslowakei und Polen zerfiel. Aber bereits beim Ungarn-Aufstand und den Unruhen in Polen 1956 erwies sich die sowjetische Präsenz in der DDR als nützlicher Teil eines Einflusssphärenkonzepts, das auch vom Westen durch Nichtintervention respektiert wurde.

Durch den Exodus qualifizierter Arbeitskräfte geriet die DDR in den 1950er Jahren allerdings so stark unter Druck, dass sie schließlich nur noch mit der Zwangsmaßnahme einer physischen Abriegelung gegenüber dem Westen stabilisiert werden konnte. Nach dem Mauerbau war ein Zusammenbruch des SED-Regimes in absehbarer Zeit dann nicht mehr zu erwarten. Adenauers „Politik der Stärke“ war gescheitert. Nun galt es, pragmatische Wege für ein friedliches Nebeneinander der beiden deutschen Staaten zu finden, ohne mit dem Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes in Konflikt zu geraten.

II. „Wandel durch Annäherung“

Der Mauerbau förderte somit die Einsicht in die Dringlichkeit einer „neuen Ostpolitik“. Man habe damals, im August 1961, „einen Vorhang weggezogen, um uns eine leere Bühne zu zeigen“, so Brandt im Rückblick. Illusionen seien abhandengekommen, die das Ende der hinter ihnen stehenden Hoffnungen überlebt hatten – „Illusionen, die sich an etwas klammerten, das in Wahrheit nicht mehr existierte“. Zwar suchte Brandt nach dem 13. August den Berlinern in der Krise politisch und moralisch Halt zu geben und kritisierte auch die Bundesregierung und die westlichen Alliierten mit bitteren Worten, weil sie der Abriegelung Ost-Berlins tatenlos zusahen.

Doch für die Westmächte kam eine Intervention jetzt ebenso wenig in Betracht wie beim 17. Juni 1953 oder beim Ungarn-Aufstand 1956. Die Zementierung des Status quo in Deutschland

wurde von ihnen sogar mit Erleichterung zur Kenntnis genommen, weil damit der Frieden in Europa erhalten blieb und eine Ära der Verhandlungen begann, die zu weitreichenden Rüstungskontrollvereinbarungen zwischen den USA und der Sowjetunion sowie ab 1969 ebenfalls zu einer Entspannung in Europa führen sollte.

Für den Regierenden Bürgermeister Berlins waren solche Perspektiven 1961 allerdings noch nicht erkennbar. Die Ursprünge seiner neuen Ostpolitik liegen daher weniger in der theoretischen Durchdringung eines komplexen geschichtlichen Sachverhalts, als vielmehr in der Tatsache der physischen und politischen Nähe zum Problem. So entstand diese Politik nicht in Bonn – weder in der Bundesregierung um Adenauer noch in der SPD um Wehner –, sondern in Berlin, wo Brandt und seine Mitarbeiter, darunter sein Pressesprecher Egon Bahr und die vertrauten Gefährten Heinrich Albertz, Klaus Schütz und Dietrich Spangenberg, in den 1950er Jahren zu den „Kalten Kriegern“ und energischen Befürwortern einer nationalstaatlichen Wiedervereinigung gehört hatten und wo sie nun aus dem unmittelbaren Erleben der Spaltung zu Vorreitern einer Neuorientierung wurden, die auf eine undogmatische Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen im geteilten Europa abzielte.

Zwar sind in Brandts Reden und Schriften schon 1960 Hinweise zu finden, in denen er für einen offensiveren Umgang mit den Kommunisten plädierte. Nach dem Mauerbau nahm diese Tendenz aber deutlich zu, die er schließlich im Oktober 1962 in einer Vorlesung über „Wagnis und Chance der Koexistenz“ an der amerikanischen Harvard University zu einem programmatischen Konzept – einer „Politik der Transformation“, wie er es nannte – verdichtete.

Nicht zufällig berief sich Brandt bei der Begründung seines ostpolitischen Neuanlaufs wiederholt auf Präsident John F. Kennedy und dessen Rede vom 4. Juli 1962, in der dieser zu „internationaler Zusammenarbeit mit dem Angebot aktiver Partnerschaft und konkreter weltweiter Solidarität“ aufgerufen hatte. Es sei die „Pflicht der Europäer“, so Brandt, „hierauf eine ebenbürtige Antwort zu geben“ und nach Wegen zu suchen, „die die Mauer durchlässig zu machen und die besonders lebensfeindlichen Lasten der Spaltung mildern und, wo möglich, überwinden zu helfen“.

Dies war die „Berliner Linie“, die in langen Gesprächen zwischen Brandt, Bahr, Albertz, Schütz und Spangenberg entstanden war. Seit Dezember 1961 ging es darin um Passierscheine, durch die ein Minimum an innerstädtischem Besuchsverkehr geschaffen wurde, sowie um die Regelung humanitärer Fragen, wie Familienzusammenführungen, in die schließlich auch das Gesamtdeutsche Ministerium in Bonn einbezogen wurde. Die Erfolge waren bescheiden, aber spürbar. Allein 790 000 West-Berliner nutzten die Passierscheinregelung von Weihnachten bis Neujahr 1963, um Verwandte im Ostteil der Stadt zu besuchen. Die Wirkung reichte weit über Berlin hinaus: Das Passierschein-Abkommen war ein Beweis für die Möglichkeit, allen ideologischen Unterschieden zum Trotz und ungeachtet divergierender Rechtsauffassungen zu praktischen Lösungen mit den östlichen Verhandlungspartnern zu kommen.

Doch was Brandt und seine Mitarbeiter jetzt anstrebten, war eine grundsätzliche Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Ost und West – zumindest in Deutschland und Europa. Dabei kam ihnen wiederum Präsident Kennedy zu Hilfe, der bei seinem Besuch in Berlin Ende Juni 1963 in der Freien Universi-



Foto: akg-images

7. Dezember 1970. Bundeskanzler Willy Brandt kniet vor dem Denkmal für die Opfer des Warschauer Ghetto-Aufstands.

tät erklärte, es sei „wichtig, dass für die Menschen in den stillen Straßen östlich von uns die Verbindung mit der westlichen Gesellschaft aufrechterhalten wird – mittels aller Berührungspunkte und Verbindungsmöglichkeiten, die geschaffen werden können, durch das Höchstmaß von Handelsbeziehungen, das unsere Sicherheit erlaubt“. Kennedy wurde damit zu einer zentralen Instanz, auf die sich die Befürworter einer neuen Ostpolitik berufen konnten.

Für Brandt war dies in doppelter Hinsicht von Bedeutung: Zum einen befand er sich dadurch – im Gegensatz zu Adenauer – mit seinen Auffassungen im Einklang mit dem wichtigsten Repräsentanten der westlichen Politik. Zum anderen ergab sich aus der beginnenden amerikanisch-sowjetischen Annäherung ein zunehmender Sachzwang in Richtung Entspannung, um eine internationale Isolierung zu vermeiden.

Auch Egon Bahr berief sich daher im Juli 1963 auf Kennedys gerade proklamierte „Strategie des Friedens“, als er in der Evangelischen Akademie Tutzing zum ersten Mal die Paradoxie aussprach, von der die neue Ostpolitik nach 1969 lebte: „Überwindung des Status quo, indem der Status quo zunächst nicht verändert werden soll.“ Jede Politik zum direkten Sturz des Regimes auf der anderen Seite sei aussichtslos, so Bahr. Der ostdeutsche Staat müsse daher von der Bundesrepublik und den Westmächten als Realität respektiert werden, ohne ihn juristisch anzuerkennen.

Unterhalb der juristischen Anerkennung gebe es noch viel Bewegungsraum. Nicht-Anerkennung dürfe die Politik

nicht lähmen. Wenn die Mauer ein Zeichen der Angst und des kommunistischen Selbsterhaltungstriebes sei, dann wäre zu fragen, ob es nicht Möglichkeiten gebe, „diese durchaus berechtigten Sorgen dem Regime graduell so weit zu nehmen, dass auch die Auflockerung der Grenzen und der Mauer praktikabel wird, weil das Risiko erträglich ist“. Das sei eine Politik, die man auf die Formel bringen könnte: „Wandel durch Annäherung“. Bahrs prägnanter Slogan, nicht Brandts hölzerne Vokabel von der „Transformation“, sollte nun bald zum vielfach missverstandenen Schlüsselbegriff für die Diskussion um die neue Ostpolitik werden.

III. Die Ostpolitik der Großen Koalition

Die Phase zwischen dem Mauerbau 1961 und dem Machtantritt der sozialliberalen Koalition 1969 war demzufolge eine Periode des Übergangs, in der die neue Ostpolitik allmählich Gestalt annahm, ohne bereits zum Zuge zu kommen. Dazu, dass sie zunehmend bessere Chancen für ihre Realisierung gewann, trugen nicht nur Brandt und seine Mitstreiter in der SPD, sondern eine Vielzahl von Einzelpersonen und Institutionen bei, die sich um eine Versachlichung und Entideologisierung des Verhältnisses zum Osten bemühten. Persönlichkeiten wie Karl Jaspers, Marion Gräfin Dönhoff, Golo Mann, Carl Friedrich von Weizsäcker und Sebastian Haffner, der liberale Teil von Presse, Funk und Fernsehen, aber auch die Evangelische Kirche sowie einzelne



Foto: akg-images

Staatssekretär Egon Bahr (li.) und Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Schütz gehörten mit Brandt zu den Architekten der neuen Ostpolitik.

Wagemutige und Gruppierungen in den Parteien traten nun mit eigenen Vorschlägen und Plänen für eine Modifizierung der Ost- und Deutschlandpolitik hervor.

Indem sie in wechselnder Schwerpunktsetzung zu verstehen gaben, dass die deutschen Ostgebiete verloren seien, die unvermeidbare Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze endlich vollzogen werden müsse und das Instrumentarium der Adenauer'schen Deutschlandpolitik mit Alleinvertretungsanspruch, Hallstein-Doktrin und ihrem Verweis auf die Vier-Mächte-Verantwortung nicht länger brauchbar sei, ebneten sie damit politisch und psychologisch den Weg für den ostpolitischen Neuanlauf, bei dem sich in der SPD neben Brandt und Wehner nun auch Helmut Schmidt erstmals profilierte.

Die offizielle Politik kam dagegen zu dieser Zeit noch nicht über tastende Versuche hinaus, das Misstrauen der osteuropäischen Staaten gegenüber der Bundesrepublik abzubauen und eine Basis für Zusammenarbeit zu schaffen. Zwar führten Bemühungen um einen verstärkten Austausch mit den osteuropäischen Ländern auf allen Gebieten, vom Handel bis zum Sport, sowie die Errichtung von Handelsmissionen in Warschau, Budapest, Bukarest und Sofia dazu, den sogenannten „Ostkontakten“ den Ruch des „halben Landesverrats“ zu nehmen. Dennoch wurde eine Wende in der Ostpolitik weder unter Bundeskanzler Ludwig Erhard noch während der Großen Koalition unter Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger erreicht.

Erhard konnte sich nicht dazu durchringen, die DDR einzubeziehen. Und Kiesinger beging gleich zu Beginn seiner Kanzlerschaft den strategischen Fehler, diplomatische Beziehungen mit Rumänien aufzunehmen, ohne vorher das Verhältnis zur DDR und zu Polen geklärt zu haben. Der Botschafteraustausch mit Bukarest wurde dadurch zum Bumerang: Unter dem Druck der Sowjetunion, Polens und der DDR

beschloss der Warschauer Pakt im Februar 1967 eine „umgekehrte Hallstein-Doktrin“. Kein Mitglied des Paktes durfte danach sein Verhältnis zur Bundesrepublik normalisieren, ehe nicht die bilateralen Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik auf eine vertragliche Grundlage gestellt waren.

Zwar hatte Kiesinger in seiner Regierungserklärung am 13. Dezember 1966 gefordert, man müsse „ohne Scheuklappen sehen, was ist“. Aber unter dem bremsenden Einfluss konservativer Parteigänger wie Karl Carstens und Karl Theodor Freiherr zu Guttenberg – seiner beiden Staatssekretäre im Kanzleramt – war er nicht in der Lage, grundsätzliche Positionen seiner Vorgänger zu revidieren. Dies galt für die Oder-Neiße-Frage ebenso wie für den Anspruch, „für das ganze deutsche Volk zu sprechen“. Auch wenn Kiesinger am 17. Juni 1967 feststellte, man könne „das Zusammenwachsen der getrennten Teile Deutschlands nur eingebettet sehen in den Prozess der Überwindung des Ost-West-Konflikts in Europa“, und Reizworte wie „Alleinvertretungsrecht“ und „Sowjetzone“ inzwischen vermied, kam er damit über gut gemeinte Redensarten nicht hinaus.

Willy Brandt sah sich deshalb als Außenminister der Großen Koalition bald isoliert, als er sich in Anlehnung an die Praxis der Berliner Passierscheinverhandlungen bemühte, die DDR in seine „Politik der kleinen Schritte“ einzubeziehen. In der Großen Koalition stieß sein Pragmatismus, für den er in Großbritannien und den USA viel Verständnis fand, an enge Grenzen.

Während Brandt drängte, den Schritt zur Anerkennung der DDR zu wagen, um endlich aus dem Dilemma der bisherigen Ost- und Deutschlandpolitik auszubrechen, zog sich Kiesinger nach dem Rückschlag vom Februar 1967 zunehmend auf Positionen zurück, die er erst drei Monate zuvor verlassen hatte. Im Sommer 1969 war diese Resignation vollkommen, als er feststellte, solange

die Sowjetunion sich nicht bereit zeige, die deutsche Frage im Wege der Verständigung zu lösen, „können wir zunächst nur die verbliebenen deutschen Positionen verteidigen“.

Eine erfolgversprechende neue Ostpolitik war danach in Brandts Augen nicht mehr mit der CDU/CSU, sondern nur noch gegen sie zu verwirklichen. Nicht zuletzt aus ostpolitischen Gründen arbeitete er deshalb – sehr zum Leidwesen von Helmut Schmidt und Herbert Wehner – frühzeitig auf einen Machtwechsel in Bonn hin, der auch einen Politikwechsel in Deutschland ermöglichen sollte. Zugleich gab er seinem ehemaligen Berliner Pressesprecher Egon Bahr im Auswärtigen Amt die Gelegenheit, als Leiter des Politischen Planungsstabs die „neue Ostpolitik“ im Detail vorzubereiten. Mit der Bildung der sozialliberalen Koalition aus SPD und FDP nach der Bundestagswahl vom 28. September 1969 wurde der Wechsel schließlich vollzogen, der damit auch zur eigentlichen Geburtsstunde der Brandtschen Ostpolitik wurde.

IV. Die Verhandlungen mit Moskau

Mit ihrem Bemühen, die Beziehungen zu den Staaten Osteuropas, einschließlich der DDR, zu verbessern, folgte die neue Bundesregierung jetzt auch dem internationalen Trend zur Entspannung. Sogar die NATO hatte sich bereits in ihrem Harmel-Bericht vom 14. Dezember 1967 über die künftigen Aufgaben der Allianz zu einem Gesamtkonzept angemessener Rüstungsvorkehrungen und beiderseitiger, ausgewogener Rüstungskontrolle und Abrüstung im Rahmen einer politischen Entspannung zwischen Ost und West bekannt („Zwei-Pfeiler-Doktrin“). Die USA und die Sowjetunion unternahmen seit dem Amtsantritt des amerikanischen Präsidenten Richard M. Nixon und seines Sicherheitsberaters Henry A. Kissinger im Januar 1969 ebenfalls verstärkte Anstrengungen, das Ost-West-Verhältnis zu entspannen und vor allem die Rüstungskontrollverhandlungen zu intensivieren, um eine „Ära der Verhandlungen“ einzuleiten, in die bald auch China einbezogen wurde.

Wenn Bonn nicht in Gefahr geraten wollte, sich außenpolitisch zu isolieren, musste es sich in diesen Entspannungsprozess einfügen. Umgekehrt profitierte die Bundesrepublik aber auch von der allgemeinen Ost-West-Entspannung, weil die Verbesserung des politischen Klimas zwischen den Blöcken die Bereitschaft zum Entgegenkommen auf beiden Seiten förderte und somit günstige Voraussetzungen für Verhandlungen im Rahmen der neuen Ostpolitik schuf. Bereits im Sommer und Herbst 1969 – also noch vor dem Machtwechsel in Bonn – wurde diese Veränderung sichtbar. Verschiedenen diplomatischen Signalen aus Moskau folgte am 22. September 1969 ein Gespräch zwischen dem sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko und seinem deutschen Amtskollegen Willy Brandt – damals noch Außenminister der Großen Koalition – in New York, bei dem die beiderseitige Bereitschaft geäußert wurde, auch über „praktische Fragen“ zu sprechen.

Nach Bildung der sozialliberalen Koalition empfing der neue Bundesaußenminister Walter Scheel am 30. Oktober den sowjetischen Botschafter in Bonn, um über einen beiderseitigen Gewaltverzicht zu sprechen. Geheime Kontakte zwischen der SPD und der Kommunistischen Partei Italiens trugen ebenfalls dazu bei, das Terrain zu sondieren. Damit entstand ein Klima hoffnungsvoller Erwartungen, in dem manches möglich schien, was noch vor kurzem für undenkbar gehalten worden wäre.

So trafen der sowjetische Außenminister Gromyko und der deutsche Botschafter in Moskau, Helmut Allardt, bereits am 8. Dezember und erneut am 11. und 23. Dezember zu offiziellen Gesprächen zusammen, die später von Egon Bahr fortgeführt wurden. Bahr war durch seine Tätigkeit als Leiter des Politischen Planungsstabs im Auswärtigen Amt während der Großen Koalition gut präpariert. Das Ergebnis der Gespräche, die er von Januar bis Mai 1970 – insgesamt etwa 55 Stunden lang – mit Gromyko in Moskau führte, wurde in einer vertraulichen Vorvereinbarung festgehalten, die in zehn Punkten wesentliche Teile des späteren Moskauer Vertrages vorwegnahm.

Dieses als „Bahr-Papier“ bekannt gewordene Schriftstück enthielt zum einen die Verpflichtung beider Seiten, „sich in Fragen, die die europäische Sicherheit berühren, sowie in ihren bilateralen Beziehungen gemäß Artikel 2 der Satzung der Vereinten Nationen der Drohung mit Gewalt oder der Anwendung von Gewalt zu enthalten“, die „territoriale Integrität aller Staaten in Europa in ihren heutigen Grenzen uneingeschränkt zu achten“ und auf jegliche Gebietsansprüche zu verzichten. Zum anderen erklärte die Bundesregierung darin ihre Absicht, entsprechende Verträge mit Polen, der Tschechoslowakei und der DDR zu schließen, die mit dem Moskauer Vertrag „ein einheitliches Ganzes bilden“ sollten.

Von völkerrechtlicher Anerkennung der DDR war nun nicht mehr die Rede, wohl aber von der Bereitschaft der Bundesregierung, mit der DDR ein Abkommen zu treffen, das die „zwischen Staaten übliche gleiche verbindliche Kraft“ haben werde wie andere Abkommen, die die Bundesrepublik Deutschland und die DDR mit dritten Ländern schließen würden. In diesem Zusammenhang versprach die Bundesregierung ebenfalls, sich für die Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO einzusetzen und damit implizit die Anerkennung der DDR durch ihre westlichen Verbündeten freizugeben, sobald die deutsch-deutschen Beziehungen geregelt waren.

Die Anerkennung der bestehenden Grenzen als Grundlage für eine Normalisierung der politischen Verhältnisse in Europa bedeutete somit keinen Verzicht auf die Wiedervereinigung Deutschlands. Sie wäre ohnehin nicht mit dem Grundgesetz vereinbar gewesen, so dass ein entsprechender Vertrag, selbst wenn Bahr sich mit Gromyko darauf verständigt hätte, spätestens am Einspruch des Bundesverfassungsgerichts gescheitert wäre. Im Bahr-Papier – wie auch später im Moskauer Vertrag – wurde deshalb nur davon gesprochen, dass die Grenzen in Europa „unverletzlich“, nicht aber, dass sie „unverrückbar“ seien, wie Gromyko ursprünglich vorgeschlagen hatte. Änderungen oder gar die Aufhebung von Grenzen blieben demnach möglich, sofern sie in gegenseitigem Einvernehmen der Beteiligten erfolgten. Eine deutsche Wiedervereinigung wurde damit einem rechtlichen Veto Moskaus entzogen.

Auch wenn Gromyko sich gegen den deutschen Wunsch, das Recht auf Einheit in den Vertrag aufzunehmen, nachgiebig zeigte, akzeptierte er schließlich den Vorschlag Bahrs, einen entsprechenden „Brief zur deutschen Einheit“ als Nebenabrede formell zur Kenntnis zu nehmen. Der von Außenminister Scheel an Gromyko geschriebene Brief wurde später bei der Ratifizierung des am 7. August von den beiden Außenministern paraphierten und am 12. August von Bundeskanzler Brandt und Ministerpräsident Kosygin unterzeichneten Moskauer Vertrages durch den Obersten Sowjet berücksichtigt. Die Sowjet-

union konnte danach die Wiedervereinigungsbemühungen der Bundesrepublik nicht mehr als unzulässig bezeichnen, denn in dem Brief hieß es wörtlich, dass der Moskauer Vertrag „nicht im Widerspruch zu dem politischen Ziel der Bundesrepublik Deutschland“ stehe, „auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt“.

V. Die Verhandlungen mit Polen

Der Meinungs austausch über den Vertrag mit Polen begann am 5. Februar 1970 mit einem Besuch des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt, Ferdinand Duckwitz, in der polnischen Hauptstadt. Duckwitz war ebenfalls ein enger Vertrauter Brandts und für die Polen aufgrund seiner Gegnerschaft zu Hitler – die dänischen Juden verdankten ihm Ende des Krieges ihre Rettung – ein durchaus willkommener Gesprächspartner. Zudem brauchte Duckwitz nicht bei null zu beginnen. Noch als Außenminister der Großen Koalition hatte Brandt im Sommer 1968 seinen Vertrauten Klaus Schütz, der kurz vorher die Nachfolge von Heinrich Albertz als Regierender Bürgermeister von Berlin angetreten hatte, nach Warschau entsandt, um die Polen wissen zu lassen, dass er bereit sei, die Oder-Neiße-Grenze anzuerkennen. Zugleich hatte er Eugen Selbmann, den verschwiegenen und verlässlichen Ost-Experten der SPD-Fraktion, gebeten, seine vielfältigen Kontakte zu nutzen, um die neue Botschaft an geeigneter Stelle auszustreuen.

Dennoch kamen die Gespräche, die Duckwitz mit seinem polnischen Gegenüber Jozef Winiewicz abwechselnd in Bonn und Warschau führte, zunächst nicht von der Stelle. Dies lag nicht nur an der vorsichtigen und bedächtigen Art, in der Duckwitz sich in schwierigen Situationen stets zu bewegen pflegte, sondern ebenfalls daran, dass die polnischen Gespräche mit den Sondierungen von Bahr parallel geschaltet waren. Erst nach Abschluss des Moskauer Vertrages ging es auch mit Warschau zügiger voran.

Die Polen selbst waren über diese Konstellation alles andere als glücklich. Sie wünschten sich die Sicherung der Oder-Neiße-Grenze nicht als „Geschenk“ der Russen, sondern als Ergebnis eigener Verhandlungen. Als in Punkt 3 des Bahr-Papiers ausdrücklich die „Oder-Neiße-Linie, die die Westgrenze der Volksrepublik Polen bildet“, erwähnt wurde, erklärte Ministerpräsident Jozef Cyrankiewicz in einem Brief an Bundeskanzler Brandt kategorisch, das Selbstbewusstsein der polnischen Nation ertrage es nicht, wenn Deutsche

Erst nach Abschluss des Moskauer Vertrages ging es auch mit Warschau zügiger voran.

und Russen sich über die Köpfe der Polen hinweg über polnische Angelegenheiten verständigten.

Die Bundesregierung kam den polnischen Wünschen danach insoweit entgegen, als sie sich einverstanden erklärte, die im Moskauer Vertrag enthaltene Reihenfolge von Gewaltverzicht und Grenzenerkennung im Warschauer Vertrag umzukehren: Die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze wurde nun bereits in den Artikel 1 aufgenommen und erhielt damit oberste Priorität, während der Gewaltverzicht in Artikel 2 um einen Platz nach hinten rückte.

Der wichtigsten polnischen Forderung, dem Vertrag unbegrenzte Gültigkeit zu verleihen, konnte die Bundesregierung jedoch nicht entsprechen, da sie nicht in der Lage war, einer späteren friedensvertraglichen Regelung bzw. der Entscheidung einer gesamtdeutschen Regierung vorzugreifen. Außerdem hätte sie damit die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte für Deutschland als Ganzes und Berlin berührt, die erst 1990 mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag aufgehoben wurden.

Strittig war ebenfalls die Regelung der Aussiedlung von Deutschen und Deutschstämmigen aus Polen. Schon die Angaben über die Zahl der betroffenen Personen schwankten stark: Nach Bonner Schätzungen lag sie bei einer Million, nach polnischen Behauptungen bei null. Erst bei den Schlussverhandlungen, die nach Beendigung der Vorgespräche zwischen Duckwitz und Winiewicz im Oktober 1970 unter der Leitung der Außenminister Scheel und Jendrychowski vom 3. bis 13. November 1970 in Warschau stattfanden, einigte man sich auf die Formel, dass noch „einige Zehntausend“ Umsiedlungsberechtigte in Polen vorhanden seien.

Der Vertrag war also bestenfalls ein erster Schritt zu einer Aussöhnung, wie sie 1963 zwischen der Bundesrepublik und Frankreich mit dem Vertrag von Rambouillet eingeleitet worden war. Insofern ist auch weniger die Unterzeichnung des Vertrages in Erinnerung, als vielmehr der Kniefall von Bundeskanzler Brandt bei der Kranzniederlegung vor dem Denkmal für die Gefallenen des Warschauer Ghettos. Denn der „Kniefall von Warschau“ symbolisierte – mehr als jeder Vertrag und alle Worte – den politisch-moralischen Versuch einer Vergangenheitsbewältigung und eines Neuanfangs. Brandt selbst schrieb darüber später im Rückblick: „Wer mich verstehen wollte, konnte mich verstehen; und viele in Deutschland und anderswo haben mich verstanden.“ □

Neue Perspektiven auf die Geschichte der RAF – 40 Jahre danach

Petra Terhoeven

„Selten ist so viel über so Wenige geschrieben worden“ – mit dieser ebenso lakonischen wie irritierten Feststellung hat der Historiker und Terrorismusexperte Walter Laqueur schon 1987 die Geschichte der *Roten Armee Fraktion* bilanziert. Seitdem ist die Flut von publizistischen und wissenschaftlichen, aber auch von im weitesten Sinne künstlerischen Beiträgen zur RAF mitnichten abgeebbt – im Gegenteil. Woran liegt das?

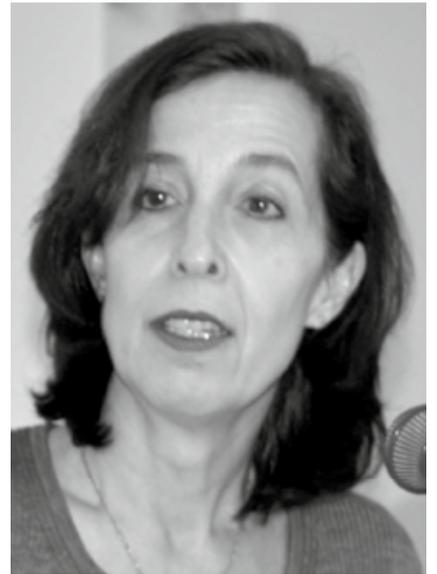
Nun, der deutsche Linksterrorismus ist im Kontext von mindestens drei Themenkomplexen zu sehen, um deren Deutung bis heute intensiv gestritten wird. Erstens war die RAF Teil der Nachgeschichte des Nationalsozialismus. Sowohl die Gewalttäter als auch staatliche Akteure und Medien deuteten das Geschehen vor dem Hintergrund der NS-Vergangenheit, die sich wie ein WahrnehmungsfILTER vor die Wirklichkeit schob. Zweitens war die RAF ein Ausläufer der weltweiten 68er-Bewegung mit ihren internationalistischen Ansprüchen sowie ihren grenzübergreifenden Vernetzungen und Transfers. Und drittens ist die von ihr ausgeübte Gewalt Teil einer längeren Geschichte des modernen Terrorismus, die vom 19. Jahrhundert bis in unsere Gegenwart reicht.

Mit dem Soziologen Peter Waldmann verstehe ich unter Terrorismus eine bestimmte, destruktive Form der Kommunikationsstrategie. Für Waldmann bedeutet Terrorismus „planmäßig vorbereitete, schockierende Gewaltanschläge gegen eine politische Ordnung aus dem Untergrund, die vor allem Unsicherheit und Schrecken verbreiten, aber auch Sympathie und Unterstützungsbereitschaft erzeugen sollen.“ Nach dieser Definition ist die RAF spätestens seit den sechs Anschlägen der sogenannten Mai-Offensive im Frühjahr 1972 mit ihren vier Toten und 74 Verletzten als eine terroristische Organisation zu betrachten. In diesem Beitrag möchte ich in Form von vier Thesen die wichtigsten Aspekte meiner Interpretation dieser terroristischen Organisation erläutern, deren Geschichte viel zu oft nur eindimensional erzählt oder gar auf Kosten der Opfer zum Mythos verklärt wird. Die drei eingangs genannten Themenkomplexe werden dabei immer wieder explizit oder implizit aufgenommen.

I.

These: Für den Weg in die Gewalt, den eine kleine, sich als Avantgarde verstehende Fraktion der Studentenbewegung einschlug, waren weder eine bestimmte Ideologie noch psychische Dispositionen der Beteiligten allein ausschlaggebend. Vor dem Hintergrund der ambivalenten Sprache der antiautoritären Revolte von '68 waren es vor allem interpersonale Dynamiken, die im Zusammenspiel mit den Medien und staatlichen Akteuren die Radikalisierung forcierten.

Die erste These ist nicht zufällig auch die längste und umständlichste. Denn die 1976 von Heinrich Albertz formulierte Frage, „wie es dazu hat kommen können, dass junge Menschen diesen Formats, aufgeschlossen, intelligent, engagiert, in Terror und Verbrechen abgetrieben werden konnten“, ist natürlich die Frage aller Fragen, zumal im Kontext



Prof. Dr. Petra Terhoeven, Professorin für Europäische Kultur- und Zeitgeschichte an der Universität Göttingen

einer Ende der 60er Jahre zwar sicherlich defizitären, aber doch vergleichsweise gut funktionierenden Demokratie. Völlig klar ist, dass dazu ein ganzes Bündel von Faktoren beigetragen hat, die weder von sozialwissenschaftlichen Strukturanalysen noch von biographischen Zugängen allein erfasst werden können. Die Suche nach den Wurzeln der Gewalt führt direkt in die Stadt, in der Albertz seinerzeit Oberbürgermeister war – nach West-Berlin.

In der durch einen virulenten Antikommunismus geprägten Frontstadt des Kalten Krieges befand sich nicht nur das Epizentrum der 68er-Bewegung, hier experimentierten auch die ersten Gruppen mit terroristischen Gewaltformen. Vorausgegangen war eine Inflation gewaltbetonter, aus dem exotischen Kontext der antikolonialen Befreiungsbewegungen importierter Reizworte und Appelle in der systemkritischen Studentenschaft. Ob diese tatsächlich wörtlich oder aber nur symbolisch bzw. satirisch zu interpretieren seien, war im Lauf der Zeit immer weniger eindeutig zu entscheiden. Vor allem nach dem skandalösen Verlauf der Anti-Schah-Proteste vom 2. Juni 1967, bei denen sich eine Woge der Polizeigewalt über die Demonstranten ergossen und unter den Studenten ein Todesopfer gefordert hatte, kam es zur verbalen Aufrüstung der Bewegung. An dieser rhetorischen Enttabuisierung der Gewalt, die nicht zuletzt durch die diffamierende und wahrheitswidrige Berichterstattung der Springer-Presse provoziert worden war, war auch Rudi Dutschke prominent beteiligt.

Dennoch spricht einiges dafür, dass ein anderer, heute wie damals zu wenig ernst genommener Mann für die Vorgeschichte des Linksterrorismus eine mindestens ebenso wichtige Rolle gespielt hat – der Polit-Provokateur Dieter Kunzelmann. Schon vor dem 2. Juni hatte der Spiritus Rector der skandalumwitterten *Kommune 1* Flugblätter produziert, die einen verheerenden Kaufhausbrand in Brüssel mit der zynischen Aufforderung kommentierten, mit dem

zur debatte

Themen der Katholischen Akademie in Bayern

Jahrgang 49

Herausgeber und Verleger:

Katholische Akademie in Bayern, München

Akademiedirektor PD Dr. Achim Budde

Redaktion: Dr. Robert Walser (verantwortl.),

Dominik Fröhlich

Fotos: Akademie

Anschrift von Verlag u. Redaktion:

Katholische Akademie in Bayern,

Mandlstraße 23, 80802 München

Postanschrift: Postfach 401008,

80710 München,

Telefon 089/38 1020, Telefax 089/38 1021 03,

E-Mail: info@kath-akademie-bayern.de

Druck: Kastner AG – Das Medienhaus,

Schloßhof 2 – 6, 85283 Wolnzach,

zur debatte erscheint zweimonatlich.

Kostenbeitrag: jährlich E 35,- (freiwillig).

Überweisungen auf das Konto der Katholischen

Akademie in Bayern, bei der LIGA Bank:

Kto.-Nr. 2 355 000, BLZ 750 903 00

IBAN: DE05 7509 0500 0002 3550 00

SWIFT (BIC): GENODEF1M05.

Nachdruck und Vervielfältigungen jeder Art sind

nur mit Einwilligung des Herausgebers zulässig.



Anzündungen von Kaufhäusern „das knisternde Vietnamgefühl“ nach Europa zu holen. Es waren vier Personen vom Rand des Umfelds der Kommune, die diese Idee ein knappes Jahr später in Frankfurt in die Tat umsetzen sollten, unter ihnen das ungleiche Paar Andreas Baader und Gudrun Ensslin.

Weniger bekannt, aber für das weitere Geschehen genauso wichtig war die Beziehungsdynamik zwischen Baader und Kunzelmann. Beide setzten in der Folge alles daran, den jeweils anderen mit neuen Grenzüberschreitungen zu überbieten. Dutschke wiederum ergänzte diese Konstellation um ein weiteres Element mit Radikalisierungspotential – die Internationalisierung. Im Herbst 1967 nahm er Kontakt zum Mailänder Verleger Giangiacomo Feltrinelli auf. Als glühende Verehrer des kubanischen Revolutionärs und Guerillatheoretikers Che Guevara hatten Dutschke und Feltrinelli einander gesucht und gefunden. Ihr mit apokalyptischen Krisendiagnosen einhergehender Tatendrang steckte auch andere an, darunter die gemeinsame Freundin Ulrike Meinhof. Im Herbst 1967 begannen beide Männer für die Sabotage von NATO-Einrichtungen zu werben, darunter Angriffe auf US-amerikanische Schiffe, die von deutschen Häfen in Richtung Vietnam ausliefen.

Zunächst aber liefen alle Zuspitzungen auf den internationalen Vietnamkongress zu, der, organisiert von Dutschke und finanziert von Feltrinelli, im Februar 1968 in West-Berlin stattfand. Die riesige Fahne des Vietcong und der Verbalradikalismus der Redner euphorisierten und mobilisierten nicht nur die Anwesenden, darunter alle späteren Gründungsmitglieder der RAF. Sie alarmierten auch die Behörden. Die rechtsstaatlich hochproblematische Konsequenz daraus lag in der verdeckten Bereitstellung von Sprengsätzen durch den Verfassungsschutz, um die Wortführer der Bewegung endgültig in die Illegalität zu drängen. Auch staatliche Regelverletzungen haben mithin dazu beigetragen, dass sich die in Teilen der 68er-Bewegung angelegte Gewalteskalation am Ende nicht mehr vollständig einhegen ließ.

Die Frankfurter Kaufhausbrandstifter hatten ihre Brandsätze allerdings selbstgebastelt. Ihre Motive hatte wohl der spätere Mitgründer der *Bewegung 2. Juni*, Bommi Baumann, am besten erfasst: „Die Brandstiftung ist natürlich auch eine Konkurrenzgeschichte, da wird schon versucht, über Praxis die Avantgardepositionen abzustecken. (...) Wer die knallhärtesten Taten bringt, der gibt die Richtung an.“ Nicht von ungefähr ähnelte der Auftritt der Brandstifter vor Gericht der Darbietung einer Künstlertruppe bei einem Happening, das dank der Berliner APO-Anwälte Horst Mahler und Otto Schily gleichwohl eine klare politische Richtung erhielt. Vor allem Ensslin wurde zur Hüterin einer höheren Moral aufgebaut, die sich aus Verzweiflung über die Verhältnisse förmlich zu einem Fanal gezwungen gefühlt habe. Die Tat sei, so Mahler in seinem Plädoyer, „Ausdruck der Rebellion gegen eine Generation, die in der NS-Zeit millionenfache Verbrechen geduldet und sich dadurch mitschuldig gemacht“ habe.

Auf diese Weise verschaffte Mahler den bisherigen Randfiguren der Berliner Szene eine ungeahnte Prominenz, die sich durch das härteste Urteil in der Geschichte der Protestbewegung – drei Jahre Haft – noch erhöhte. Schon während des Prozesses hatte Ulrike Meinhof, damals Redakteurin bei der Zeitschrift *konkret*, ein längeres Gespräch mit Ensslin geführt und in ihrer Kolumne den „Gesetzesbruch“ als den „progressiven Moment einer Warenhausbrandstiftung“ bezeichnet.

In West-Berlin rief derweil der aus der *Kommune 1* ausgeschiedene Kunzelmann den von ihm so genannten *Zentralrat der umherschweifenden Haschrebellen* ins Leben, dessen Mitglieder nicht nur Drogen konsumierten, sondern einen äußerst militanten Anarchismus auslebten – regelmäßige gewaltsame Konfrontationen mit der Polizei eingeschlossen. Einige Haschrebellen folgten im Sommer 1969 dem Werben einer römischen Anarchistengruppe, die nach dem Attentat auf Dutschke nach Berlin gekommen war. Sie behauptete, im italienischen Süden gebe es eine Fülle potentiell revolutionärer Subjekte, mit denen man gemeinsam auf Rom marschieren könne. Die etwa 20 Deutschen, die sie über den Brenner begleiteten, überschritten nicht nur geographisch eine Grenze. Denn in Italien spitzten sich 1969 anders als in der Bundesrepublik die politischen Konflikte in Form gewaltiger Massenstreiks in der Arbeiterschaft weiter zu. In diesem Klima wurde die Idee geboren, statt nach Süditalien zur Al Fatah nach Palästina zu fahren, um dort das nötige Knowhow für Terrorakte zu erwerben. Finanziert wurde die spezielle Bildungsreise von Feltrinelli. Weitere Revolutionstouristen sollten ihnen auf dieser Route folgen – nicht nur, aber auch aus der Bundesrepublik.

Denn auch Baader und Ensslin setzten sich nach dem Scheitern ihres Revisionsantrags im Kaufhausbrandprozess in den Süden ab. Sie fanden bei dem früheren Kommune 1-Mitglied Ulrich Enzensberger in Rom Unterschlupf, der sie fortan als Dolmetscher durch die linke Intellektuellenszene seiner Wahlheimat begleitete. „Eigenartig, wie ernst wir überall genommen wurden“, erinnert sich Enzensberger. „Eine lange Reihe von Künstlern, Schriftstellern und Politikern wurde besucht (...). Die Sympathie, die den Brandstiftern entgegen schlug, war enorm.“

Dass der Schritt in die Militanz und die radikale Distanzierung von der eigenen Nationszugehörigkeit, die sie mit der Brandstiftung ausgedrückt hatten, ihnen ganz selbstverständlich Türen öffnete und selbst unter Intellektuellen Bewunderung hervorrief – das war wohl die wichtigste Erfahrung, die Ensslin und Baader aus Italien mitnahmen. Aber auch die scheinbar vorrevolutionäre Unruhe in Italien selbst hatte radikalierende Wirkung. Für fast alle späteren Terroristen der ersten Generation gibt es Berichte darüber, welch tiefen Eindruck die Italienerfahrung auf sie machte, wo der Schulterschluss zwischen Studenten und Arbeiterschaft tatsächlich gelungen zu sein schien. Dass das in der Bundesrepublik nicht der Fall war, machte die Deutschen nicht bescheidener – im Gegenteil. Der Kontakt zu den italienischen Militanten, darunter den späteren Gründern der Roten Brigaden, verstärkte noch ihren Wunsch, auch und gerade als Deutsche ihre vielversprechende Identität als Revolutionäre zu behalten. Als Horst Mahler schließlich in Rom vorstellig wurde, um Baader und Ensslin seine Pläne zur Bildung einer bewaffneten Kadergruppe zu unterbreiten, die Kunzelmanns Tupamaros Konkurrenz machen sollte, begleiteten sie den Anwalt umgehend zurück nach West-Berlin. Bald darauf sollten sie ebenfalls über die von Feltrinelli gebahnte Route nach Jordanien aufbrechen, um sich von den Palästinensern militärisch ausbilden zu lassen. Auch Ulrike Meinhof war zu diesem Zeitpunkt schon dabei.

II.

These: Trotz und gerade wegen ihres engen Bezugs zur NS-Vergangenheit ist die Geschichte der RAF nur unter Be-

rücksichtigung ihrer europäischen Dimension angemessen zu verstehen.

Während wir uns heute der Tatsache völlig bewusst sind, dass das Phänomen Terrorismus eine internationale Betrachtung erfordert, tun wir beim Reden über die RAF meist immer noch so, als handle es sich um eine rein deutsche Geschichte. Zu dieser Fehlwahrnehmung hat die ständige Beschwörung des *Deutschen* Herbstes sicherlich ihren Teil beigetragen. Es ist zwar richtig, dass der Linksterrorismus der 70er und 80er Jahre insofern ein nationaler Terrorismus war, als dass die Mitglieder der aktiven Gruppen mit wenigen Ausnahmen dieselbe Nationalität hatten und üblicherweise (wenn auch nicht immer) auf dem Territorium ihres eigenen Staates zuschlugen. Das ist heute anders.

Aber auch der damalige Terrorismus war Teil einer internationalen Welle, bei der Nachahmungs- und Ansteckungseffekte eine wichtige Rolle spielten. Die RAF nannte sich nicht von ungefähr Rote Armee Fraktion, um ihr Selbstverständnis deutlich zu machen. Sie bezog ihre Legitimation zu einem guten Teil aus internationalen Zusammenhängen – anfangs vor allem dem Vietnamkrieg, aber auch aus kolonialen und postkolonialen Herrschaftsverhältnissen, die als imperialistisch gedeuteten wurden. Ihre direkten Vorbilder waren antikoloniale Guerillabewegungen des *Trikont* – also Lateinamerikas, Afrikas und Asiens.

Die Kooperation mit den Palästinensern ist der bekannteste Aspekt dieser internationalen Dimension. Ohne die logistische und militärische Unterstützung der Palästinenser, da ist sich die Forschung längst einig, hätte die RAF niemals so lange existieren können. Aber erst die Dynamik zwischen europäischen Akteuren, die sich gegenseitig darin bestärkten, dass lateinamerikanische Guerilla-Theorien auch in Europa zur Anwendung kommen und das palästinensische Hilfsangebot angenommen werden sollten, hatte zur Überschreitung der Grenze zur organisierten Gewalt geführt.

Die widersprüchlichen Gefühle gegenseitiger Solidarität und Rivalität, die die radikalen, deutsch-italienischen Subkulturen von Anfang an kennzeichneten, begleiteten RAF und Rote Brigaden durch ihre gesamte Geschichte. Sie bildeten ein geheimes Band, das noch die wenige Monate auseinanderliegenden Entführungen des deutschen Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer im Herbst 1977 und des mehrfachen Ministerpräsidenten Aldo Moro im Frühjahr 1978 miteinander verknüpfte. Ursprünglich war die politisch motivierte Personenentführung das Markenzeichen der Roten Brigaden gewesen, das die Bewegung 2. Juni nach intensiver Beratung durch die italienischen Genossen Anfang 1975 mit der Lorenz-Entführung in den deutschen Kontext transferiert hatte.

Mit der Entführung des von vier Personenschützern begleiteten Schleyer gelang der RAF jedoch ein militärischer Erfolg, der sie gegenüber der italienischen Konkurrenz schlagartig in einen Vorteil zu versetzen schien. Nicht ganz zu Unrecht fühlten sich die Italiener auf ihrem ureigensten Terrain überflügelt und ließen die beabsichtigte Verschleppung des italienischen Arbeitgeberpräsidenten Pirelli fallen – diesen Coup hatten die Deutschen ihnen sozusagen vor der Nase weggeschnappt. Stattdessen verfolgten sie die Planungen zur Entführung Aldo Moros umso verbissener weiter. Dass eine Stadtguerilla sich auch eines gut bewachten Opfers bemächtigen konnte, wenn sie nur skrupellos genug dabei vorgeht, hatte die RAF in Köln ja vorgemacht. Entsprechend ähnlich sehen sich die Bilder von den entspre-

chenden Tatorten in Köln und in Rom 5 Monate später.

In Rom waren es sogar fünf Menschen, die allein deswegen im Kugelhaag eines nach deutschem Muster durchgeführten Attentats starben, weil sie den Tätern im Weg waren. Die Konkurrenz der gewaltbereiten Gruppen und Personen, die bereits im nationalen Kontext die Eskalation befördert hatte, zeigte auch auf europäischer Ebene ihre Wirkung. Nicht zuletzt der Zwang zur Überbietung des jeweils vorausgegangenen Medienereignisses hatte die Gewaltspirale weitergedreht. Mit der „Entführungstragödie des Jahrhunderts“, so der *Spiegel*, hatten sich die Roten Brigaden genau dorthin geschossen, wo die RAF wenige Monate zuvor bereits gewesen war: In die Schlagzeilen der europäischen Massenmedien.

Tatsächlich hatten sich die Mitglieder der RAF stets als Akteure auf einer internationalen Bühne imaginiert. Vor den Augen der europäischen Öffentlichkeit wenn nicht gar der ganzen Welt wollten sie sich bewähren und beweisen – als die vermeintlich besseren, antifaschistischen Deutschen, die sich erfolgreich vom *Kainsmal Auschwitz* befreit hatten. Dass sie Deutsche waren, war ihnen vor allem im Kontakt mit ausländischen Genossen bewusst geworden. In diesem Sinne war der Besuch des in Stuttgart-Stammheim inhaftierten Baader durch den französischen Existenzphilosophen Jean-Paul Sartre im Dezember 1974 ein besonders erfolgreicher Coup, da er sich sowohl im Ausland als auch in der deutschen Unterstützerszene als politischer Ritterschlag instrumentalisieren ließ.

Im Übrigen konnte man nicht nur in Frankreich, sondern auch in den Niederlanden angesichts der Behandlung des deutschen Linksterrorismus in den Medien den Eindruck gewinnen, „die RAF habe nur ein paar Flugblätter verteilt“, wie die niederländische Histori-

Ohne die logistische und militärische Unterstützung der Palästinenser hätte die RAF niemals so lange existieren können

kerin Janneke Martens resümiert. Auch 1977 war es nicht die Gewalt, die die zweite RAF-Generation und ihre palästinensischen Verbündeten gegen andere verübten, die im Ausland die höchsten medialen Wellen schlug. Es war die von vielen Medien so genannte „Todesnacht von Stammheim“.

Vor allem in denjenigen westeuropäischen Ländern, die im Zweiten Weltkrieg den deutschen Besatzungsterror erlebt und ihr Selbstverständnis stark am antifaschistischen Widerstand ausgerichtet hatten, provozierte der von eigener Hand herbeigeführte, aber als Staatsmord inszenierte Tod von Baader, Ensslin und Raspe drängende Fragen, die die Bundesregierung stark unter Druck setzten. Waren womöglich in einem deutschen Gefängnis einmal mehr wehrlose Häftlinge in staatlichem Auftrag exekutiert worden? Die offizielle Erklärung, den Gefangenen sei es gelungen, über eine Sicherheitslücke in der Anstalt Waffen in die Zellen zu schmuggeln, mit denen sie sich selbst getötet hätten, musste umso ungläubiger klingen, nachdem die GSG 9 in derselben Nacht bei der Befreiung der entführten Lufthansa-Maschine Landshut demonstriert hatte, dass die deutsche Unfehlbarkeit in militärischen Dingen immer noch weit mehr zu sein schien als ein Klischee aus längst vergangener Zeit.

Vor allem in Italien löste dieser Verdacht breites Entsetzen und sogar eine Welle der Gewalt gegen deutsche Einrichtungen aus – in vieler Hinsicht erlebte das Land einen ganz eigenen *Deutschen Herbst*. Denn auch die Roten Brigaden ließen es sich nicht nehmen, die vermeintlich ermordeten Genossen zu rächen – unter anderem durch den gezielten Mord am Vize-Direktor der Turiner Tageszeitung „La Stampa“, Carlo Casalegno. Bei dem Journalisten handelte es sich um ein prominentes Mitglied des antifaschistischen Widerstandes der Jahre 1943-45. Aufgrund seiner konsequenten Absage an eine Instrumentalisierung der historischen *Resistenza* zur Rechtfertigung von Gewalt war er auf die schwarze Liste der Roten Brigaden gekommen. Nachdem er in einem Leitartikel davor gewarnt hatte, die Ereignisse in Stammheim vorschnell als Mord zu bezeichnen, schoss man ihm nicht wie ursprünglich geplant in die Beine, sondern ins Gesicht. 14 Tage später erlag er seinen schweren Verletzungen.

Spätfolgen des Deutschen Herbstes waren aber nicht nur in Italien spürbar. Seit 1979 trat in Frankreich mit der *Action Directe* eine neue sozialrevolutionäre Formation auf den Plan, die der RAF allerdings nicht wie die Roten Brigaden auf Augenhöhe begegnete, sondern nur zum Juniorpartner der Deutschen avancierte. Seit jeher hatten sich deutsche Terroristen in Frankreich auf eine Unterstützerszene verlassen können, deren Mitglieder zwar nicht selbst das Vorbild der südamerikanischen Stadtguerillas adaptieren mochten, die aber keinerlei Skrupel hatten, den Genossen unter die Arme zu greifen, die das in den post-faschistischen Nachbarländern taten. Ende der 70er Jahre radikalisierten sich Teile dieses Milieus unter dem Eindruck der Ereignisse in der Bundesrepublik und Italien jedoch weiter, zumal eine wachsende Zahl deutscher und italienischer Gewalttäter vor dem steigenden Fahndungsdruck nach Frankreich auswich.

Im Bündnis mit der *Action Directe*, die einen aggressiven Antiamerikanismus, Antikapitalismus und Antizionismus mischte, beging die RAF Mitte der 80er Jahre den Doppelmord an René Audran und Ernst Zimmermann sowie den Anschlag auf die amerikanische Rhein-Main-Airbase, der zwei Tote und zahlreiche Schwerverletzte forderte. Zuvor war ein amerikanischer GI nur deshalb umgebracht worden, um sich mit Hilfe seiner ID-Card Zutritt zum Gelände zu verschaffen. In dieser Zeit bekamen die ausländischen Kontakte für die Deutschen mehr und mehr die Funktion, das Schrumpfen der von solchen Untaten zunehmend abgestoßenen Unterstützerszene im Inland logistisch und psychologisch zu kompensieren. Der ganz besonders im Ausland inzwischen etablierte *Mythos RAF*, zu dem seit 1977 die Märtyrologie von Stammheim gehörte, war dabei das wichtigste symbolische Startkapital der dritten Generation.

III.

These: Die Langlebigkeit der Gruppe war in erster Linie Ergebnis der erfolgreichen Selbststilisierung ihrer Gründer zu Opfern staatlicher Gewalt, an der einige Strafverteidiger erheblichen Anteil hatten.

Gerade der Fokus auf die europäische Dimension der RAF-Geschichte wirft ein Schlaglicht darauf, dass die effizienteste Kommunikationsstrategie der RAF mitnichten in ihren Taten, sondern in einer erfolgreichen propagandistischen Umkehrung des Täter-Opfer-Verhältnisses gelegen hat. Diese konnte ihre Verbrechen für nicht wenige Beobachter im In- und Ausland relativieren

oder sogar fast zum Verschwinden bringen. Indem der westdeutsche Staat als faschistoide, seine Gegner erbarmungslos verfolgende Repressionsmaschinerie beschrieben wurde, entstand ein selbstreferentieller Opfer-Mythos, der schon aufgrund seiner beispiellosen Fixierung auf die Gründerpersönlichkeiten innerhalb des internationalen Terrorismus seinesgleichen sucht.

Nach den Fahndungserfolgen vom Sommer 1972 hatte für die meisten Beobachter eigentlich schon festgestanden, dass die RAF-Gründer ihre Wette mit der Geschichte verloren hatten. Aber die zuvor zu Staatsfeinden Nr. 1 avancierten Mächtigernrevolutionäre beharrten auch hinter Gittern mehrheitlich auf ihrem Krieg gegen das System. Dazu griffen sie wiederholt zur „Methode Mensch“. So bezeichnete Holger Meins die ab 1973 durchgeführten, hochgradig selbstzerstörerischen Hungerstreiks, die als Gegenmaßnahmen gegen „Isolationsfolter“ und „Vernichtungshaft“ dargestellt wurden. Durch den Filter der deutschen Vergangenheit, aus dessen Sprach- und Bildfundus sich die Gruppe geschickt bediente, entwickelte diese Strategie der Selbst-Viktimisierung einen höchst suggestiven Sog.

Paradoxerweise liegt deshalb in der frühen polizeilichen Zerschlagung der Gruppe auch ihre Langlebigkeit begründet. Auch Sartre war unter dem Vorwand nach Stammheim gelockt worden, es gehe um nichts weniger als die Rettung eines Menschenlebens: „die bullen beabsichtigen, unseren hungerstreik dazu zu benutzen, andreas zu ermorden“, so Ulrike Meinhof in ihrer Einladung. Behauptungen wie diese verschleierten in Wirklichkeit nur die Tatsache, dass die Angehörigen die Inhaftierten immer noch im Gefängnis besuchen konnten, während die Familien und Freunde der von ihnen Getöteten zu diesem Zweck auf den Friedhof gehen mussten. Denn die Gewaltstrategie auf den Straßen sollte durch die „Methode Mensch“ in der Haft nur flankiert, nicht ersetzt werden.

Eine wichtige Voraussetzung für das Gelingen der Viktimisierungsstrategie der RAF war die Kooperations- und Identifikationsbereitschaft der beteiligten Anwälte, wie sie allen voran von Klaus Croissant verkörpert wurde. Obwohl dieser anders als seine Kollegen Mahler, Lang, Becker und Haag nicht selbst in den Untergrund ging, teilte er die Feindbilder seiner Klienten ebenso wie ihre Neigung zu Selbstdarstellung und Märtyrertum. Natürlich haben nicht alle Verteidiger so eindeutig den Schulterschluss mit den Gefangenen gesucht wie er. Aber die erste Generation der RAF hat doch zweifellos auch eine Generation stark politisierter Rechtsanwältinnen auf den Plan gerufen, die den Schwerpunkt ihres Engagements von der klassischen Strafverteidigung vor Gericht auf das Feld der Öffentlichkeitsarbeit verlegt hatten.

Sie übersetzten den schwer verdaulichen und ungebrochen gewaltstrotzenden Polit-Jargon ihrer Mandanten in medientaugliche Botschaften und rückten statt ihrer Verbrechen den angeblichen Verfolgungs-Furor des Staates ins Zentrum ihrer zahlreichen öffentlichen Interventionen im In- und Ausland. Dadurch leisteten die Anwälte einen immer noch zu wenig beachteten Beitrag zur Kontinuität des Linksterrorismus über die Verhaftung der ersten Generation hinaus. Zweifellos waren die beteiligten Anwälte ein extrem beanspruchtes Bindeglied zwischen dem Staat und den Staatsfeinden. Sie sahen sich nicht nur mit den Anfeindungen eines Teils der Medien und der Politik konfrontiert. Sie agierten auch innerhalb eines Justizwesens, in dem prominente Vertreter aus der Auffassung keinen Hehl

machten, dass sie die Übernahme eines Mandats zugunsten eines Terrorismus-Verdächtigen per se für standeswidrig hielten. So formulierte es 1972 der spätere Generalbundesanwalt Siegfried Buback.

Solche Bemerkungen mussten die Wahlverteidiger, die von den Angeklagten naturgemäß unter den um 1968 politisierten Anwälten aus dem Umfeld der Studentenbewegung rekrutiert worden waren, in ihrem Selbstverständnis als Antagonisten der bestehenden Rechtsordnung weiter bestärken. Überhaupt waren auch die Behörden keineswegs unschuldig daran, dass die RAF-Propaganda in Teilen der Bevölkerung verding. Die fragwürdige Härte, die aus den überzogenen Anordnungen zur Sicherheitsverwahrung sprach, denen Ulrike Meinhof und Astrid Proll in der Frühzeit ihrer Haft in Köln-Ossendorf unterworfen waren, empörte nicht nur die Verteidiger. Sie zementierte in staatskritischen Milieus einen Generalverdacht, der auch durch die, wie wir heute wissen, eklatante Privilegierung der RAF-Häftlinge in den Folgejahren nicht mehr zu zerstreuen war.

Umso verhängnisvoller wirkte sich aus, dass einige Anwälte wider besseres Wissen die Legende von der „Vernichtungshaft“ auch jetzt noch aufrechterhielten. Besonders in den Anti-Folter-Komitees hielten sie mit ihren Aktivitäten die Sympathisantenszenen mit am Leben, in denen auch die Radikalisierungsprozesse neuer Terroristen ihren Anfang nahmen. Das gilt auch für Otto

Zweifellos waren die beteiligten Anwälte ein extrem beanspruchtes Bindeglied zwischen dem Staat und den Staatsfeinden.

Schily, der seine juristische und rhetorische Brillanz ebenso in den Dienst der RAF wie den guten Ruf, der ihm lange auch in bürgerlichen Kreisen voraussetzte. Im Stammheimer Strafverfahren verglich er die Anschläge auf US-Einrichtungen in Frankfurt und Heidelberg mit Angriffen auf das Reichssicherheitshauptamt, um sie juristisch als Ausübung eines Nothilferechts begründen zu können.

Noch im Oktober 1975, als die Unterbringung der Gefangenen längst keinen Anlass zur Kritik mehr bot, hielt er in Amsterdam eine Rede, in der er die Haftbedingungen als „Folter“ und den deutschen Rechtsstaat als „Kulisse“ bezeichnete, hinter der sich „die nackte Klassenherrschaft“ verberge. Die Rede gipfelte in dem Appell, „härteren Widerstand gegen den Faschismus zu leisten, als es bisher der Fall war“. Damit stieß er ins selbe Horn wie seine Mandanten, die immer wieder darauf verwiesen, dass Knast und Vernichtungslager im Grunde ein und dasselbe seien, wie es Ulrike Meinhof formulierte. „unsere isolation jetzt und das konzentrationslager demnächst (...) kommt raus auf: vernichtungslager – reformtreblinka – reformbuchenwald – die ‚endlösung‘ so sieht’s aus.“ – Der „politische begriff für toten trakt (...) sage ich ganz klar ist das gas. Meine ausschwitzphantasien dadrin waren realistisch“.

Diese Botschaft suggerierte auch eine drastische Fotografie des ausgemergelten Leichnams von Holger Meins, der am 9. November 1974 im Hungerstreik gestorben war. Mit dem verstörenden Bild, das gezielt in die linke Szene eingespeist sowie an ausgewählte Auslandsmedien weitergereicht wurde, beförderten die Anwälte Groenewold und Croissant die Analogiebildung zwischen dem

Schicksal ihrer Mandanten und den Opfern der Shoah. Tatsächlich war Meins' selbstgewähltes Martyrium für „Baader-Meinhofs Kinder“ der 2. Generation, von denen viele in Klaus Croissants Kanzlei arbeiteten, ein Schlüsselereignis.

Viele fühlten sich „moralisch mitschuldig“, da sie durch ihre Aktivitäten die Tragödie nicht hatten verhindern können. Die medizinischen Versäumnisse in der JVA Wittlich, wo Meins bis zu seiner geplanten Verlegung nach Stammheim untergebracht gewesen war, galten in der Sympathisantenszene schlicht als Mord. Dass im Rahmen des dritten und längsten Hungerstreiks der RAF-Geschichte „typen kaputtgehen würden“ – so die Formulierung Andreas Baaders – war allerdings von vornherein einkalkuliert gewesen.

Im Grunde nahm die propagandistische Instrumentalisierung von Meins' und etwas später auch von Meinhofs Tod die Nacht des 18. auf den 19. Oktober 1977 vorweg, als Baader, Ensslin und Raspe ihren Suizid als vermeintlichen Staatsmord inszenierten. Dabei fungiert die einzige Überlebende Irmgard Möller bis heute als ihr Sprachrohr: Unbekannte – wahrscheinlich Geheimdienstleute –, so Möller, hätten Baader und Raspe erschossen, Ensslin erhängt und ihr selbst mehrmals mit einem Anstaltsmesser in die Brust gestochen; von einer Verabredung zum kollektiven Selbstmord könne keine Rede sein. In Wirklichkeit haben mehrere RAF-Mitglieder ausgesagt, von Brigitte Mohnhaupt erfahren zu haben, dass die Gefangenen sich selbst getötet hätten, „und zwar nicht aus Verzweiflung, sondern um die Politik der RAF voranzutreiben“ (Monika Helbing). „Wenn schon nichts anderes läuft, dann sollte diesem faschistischen Staat ihr Tod vor die Füße fallen“ (Peter-Jürgen Boock).

Schon zu einem frühen Zeitpunkt seiner Inhaftierung hatte Baader seine Umgebung wissen lassen, er werde sich erst entschließen „zu fallen, wenn mein fall ein erdbeben auslöst“. Auch an diesem Erdbeben waren, wie wir heute wissen, Strafverteidiger unmittelbar beteiligt gewesen. Mitarbeiter der Kanzlei Croissant hatten die Aktenordner der Anwälte Arndt Müller und Armin Neyer so präpariert, dass sich Gegenstände darin verstecken ließen. Auf diese Weise wurden ein Fotoapparat, zwei Pistolen, mehrere Stangen Sprengstoff und diverse elektronische Kleinteile an den unzureichenden Kontrollen vorbei in den Gerichtssaal geschmuggelt und von dort aus von den Gefangenen in ihre Zellen gebracht. Bis heute kann man nur spekulieren, ob es allein Unvermögen war, das den Selbstmord ermöglichte, oder ob die Verantwortlichen vor Ort den Suizid womöglich bewusst nicht verhinderten.

Stefan Aust hat früh mit guten Argumenten die These vom Selbstmord unter staatlicher Aufsicht vertreten. Ob in Stammheim zum fraglichen Zeitpunkt tatsächlich abgehört wurde und welche Schlüsse aus den dabei gewonnenen Erkenntnissen gezogen wurden, könnte nur durch eine Offenlegung sämtlicher Akten der in der Anstalt aktiven Geheimdienste nachgewiesen werden. Es wäre höchste Zeit, diesen letzten Nebel des Deutschen Herbstes zu vertreiben. Damit wäre hoffentlich auch den letzten Verschwörungstheoretikern, die auf Kosten der eigentlichen Opfer immer wieder die Täter zu Opfern machen, der Boden entzogen.

IV.

These: Auch als eine Folge dieser Selbst-Viktimisierung ist die Erinnerung an die RAF bis heute stark auf die Täter fixiert.

Die Faszination für die eben auch zum Selbstopfer bereiten Täter zieht sich als vielleicht breiteste Spur durch die Geschichte der RAF. Mit ihren selbstmörderischen Hungerstreiks und den als Staatsmorden ausgegebenen Suiziden steht die Gruppe in einer langen Reihe zwischen den frühen Terroristen, die – selbst wenn sie das jeweilige Attentat überlebten – stets ihre Hinrichtung riskierten, und den heutigen Dschihadisten, die den eigenen Körper zur tödlichen Waffe machen. „Es ist mein Schicksal, jung zu sterben. Ich werde unseren Sieg nicht erleben und keine Stunde unseres Triumphes genießen können. Aber mit meinem Tod habe ich meine Pflicht erfüllt“, schrieb schon 1881 einer der beiden Verantwortlichen für den Dynamitanschlag auf Zar Alexander II.

Der Abschiedsbrief des Studenten, dessen Sprengstoff nicht nur den Zaren, sondern auch ihn selbst tötete, erscheint wie ein historisches Echo heutiger Internetbotschaften, die die Attentäter von Madrid 2004 auf den Satz zuspitzen: „Ihr liebt das Leben, wir lieben den Tod“. Offensichtlich ist der Drang nach Transzendenz, also nach Sinnstiftung jenseits des irdischen Hier und Jetzt, konstitutiv für jegliche Form des Terrorismus, ganz unabhängig davon, ob er explizit im Namen einer bestimmten Religion zu agieren beansprucht oder nicht. Trotz der Kontinuitäten wäre es allerdings ein Missverständnis, das Vermächtnis der Terroristen als zeitlos zu betrachten. Vielmehr intendiert es immer eine Wirkung auf potentielle Sympathisanten und die möglichst effektive Provokation der Macht in einem spezifischen historischen Kontext.

Seien es Meinhofs „Auschwitzphantasien“ aus der Haft oder das neben Aufnahmen aus Buchenwald durch die Straßen getragene Foto des Leichnams

Mit keiner Silbe wurde der 37 Menschen gedacht, die die RAF und die später mit ihr vereinigte Bewegung 2. Juni ermordet hatten.

von Holger Meins: Die RAF war in vieler Hinsicht das Produkt einer auf den Trümmern des NS-Terrors wiederaufgebauten Gesellschaft. Das bedeutet dennoch nicht, dass die Gewalt, die mehr als 20 Jahre lang von der RAF ausging, als antifaschistischer Widerstand zu interpretieren ist, wie sie selbst es noch in ihrer Auflösungserklärung aus dem Jahre 1998 behauptete. Dass die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung verfehlt worden sei, schmälere nicht den Wert des Kampfes an sich, denn nur im Widerstand gegen den Kapitalismus könnten befreite Subjekte entstehen, hieß es dort. Mit keiner Silbe wurde dagegen der 37 Menschen gedacht, die RAF und die später mit ihr vereinigte Bewegung 2. Juni ermordet hatten. Das Leid derjenigen, die keine Antwort auf die Frage finden konnten, wer oder was durch den Tod ihres Mannes, Vaters oder Bruders eigentlich hatte befreit werden sollen, blieb tabu.

Aber auch wissenschaftliche Perspektiven für eine angemessene Einschreibung der Opfer – der Toten, Verletzten und Hinterbliebenen – in die Geschichte der RAF und des Terrorismus sind erst zu entwickeln. Vieles deutet darauf hin, dass es sich um eine Geschichte vielfacher, sich überlagernder Instrumentalisierungen handeln könnte. Denn nach dem Missbrauch durch die Terroristen, den Jürgen Pontos Tochter Corinna treffend als „Raubmord“ an der

eigenen Geschichte bezeichnet hat, bedienten sich auch Medien und Politik auf ihre Weise der Opfer. Ihre eigenen Interessen mussten und müssen sie dagegen weitgehend selbst vertreten, wobei sich die bereits von der RAF etablierten Hierarchien teilweise reproduzieren. Die prominenten, gezielt angegriffenen Funktionsträger und ihre Familien avancierten üblicherweise zu Opfern erster, die Polizisten, Fahrer und zufällig Betroffene zu Opfern zweiter Klasse. Letzteren wurde nicht nur weniger Aufmerksamkeit und Anteilnahme zuteil, es ging ihren Angehörigen auch materiell meist deutlich schlechter.

„Selten ist so viel über so Wenige geschrieben worden“. Die Fülle der Worte und Bilder kann leicht darüber hinwegtäuschen, wie überschaubar die Bedrohung durch den Linksterrorismus in der Bundesrepublik faktisch gewesen ist. Rund 500 Personen sind wegen Mitgliedschaft in der RAF bestraft worden; die Zahl der verurteilten Unterstützer lag etwas weniger als doppelt so hoch. Im Untergrund aktiv waren sogar nur 60 bis 80 Personen – wohlgermerkt in allen drei Generationen zusammen. 26 von ihnen bekamen lebenslängliche Haftstrafen. Die Zahl ihrer Opfer entspricht einem Bruchteil dessen, was der islamistische Terrorismus der Gegenwart in einer Woche, manchmal in einem einzigen Attentat fordert, wenn auch bislang seltener im Westen als in den muslimischen Ländern selbst.

Fast ausschließlich Muslime hatten auch unter der jahrelang nicht als solcher erkannten Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) zu leiden. Sowohl die rechte wie die islamistische Szene beherbergt in Deutschland heute mehr Gefährder, als die RAF je Mitglieder hatte. Schon damals allerdings stand der rechte Terrorismus im Schatten des linken: Das verheerendste Attentat der deutschen Nachkriegsgeschichte war der rechtsterroristisch motivierte Anschlag auf das Oktoberfest von 1980 mit 13 Toten und 211 Verletzten.

Dennoch ist Linksterrorismus nach wie vor die Folie, vor der in der Bundesrepublik über Terrorismus gesprochen wird. Und tatsächlich kann der gute Kenntnisstand über die Geschichte des Linksterrorismus zumindest der 70er Jahre dazu beitragen, das Phänomen Terrorismus insgesamt besser zu verstehen. Die Hoffnung, daraus unmittelbare Handlungsanleitungen für die Gegenwart ableiten zu können, ist allerdings nicht nur wegen der grundlegend veränderten Rahmenbedingungen eine Illusion. Denn wie gesehen, lässt sich schon die Geschichte der RAF kaum in den Kategorien von Ursache und Wirkung beschreiben.

Die theoretischen Sinnsysteme jedenfalls, die die Terroristen konstruierten, um ihr Handeln vor sich und anderen zu legitimieren, waren nie konsistent. Sie dienten der Selbstermächtigung zur gewaltsamen Aktion, selbst um den Preis des eigenen Lebens. Das machte die RAF auch attraktiv für ihre klammheimlichen Freunde. In der riesigen Lücke zwischen Anspruch und Realität war der Raum für identitäre Projektionen und Imaginationen, für Sehnsüchte nach Bedeutsamkeit und Wiedergeburt. Möglicherweise liegt ja genau darin die Verbindung zwischen den Gewaltkonversionen der Vergangenheit und der Gegenwart. □

Friedensdemonstration im Bonner Hofgarten. Dynamiken von Sicherheit und Frieden im letzten Jahrzehnt des Kalten Krieges

Eckart Conze

I.

Rund 500.000 Menschen versammelten sich am 22. Oktober 1983 im Bonner Hofgarten zu einer Friedensdemonstration, wie sie die Bundesrepublik noch nicht erlebt hatte. Ihr Protest richtete sich gegen die atomare Rüstung ganz allgemein, ganz besonders aber gegen die Stationierung amerikanischer nuklearer Mittelstreckenwaffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik sowie in anderen Staaten Westeuropas. Prominente Redner, unter ihnen der SPD-Vorsitzende und ehemalige Bundeskanzler Willy Brandt, die Friedensaktivistin Petra Kelly oder der Schriftsteller Heinrich Böll, ergriffen das Wort.

Doch nicht nur in Bonn versammelten sich am 22. Oktober 1983 Angehörige der Friedensbewegung, um gegen die Raketenstationierung zu demonstrieren. Überall in Westdeutschland kam es zu Kundgebungen und Protestaktionen. Rund 300.000 Menschen – eine gewaltige Zahl – bildeten zwischen Stuttgart und Neu-Ulm, in der Nähe von geplanten Stationierungsorten, eine Menschenkette von über 100 Kilometern Länge. Ganz ohne jede Frage kommt dem Herbst 1983 in der Protestgeschichte der Bundesrepublik eine ganz besondere Rolle zu.

Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU), der ein Jahr zuvor durch ein konstruktives Misstrauensvotum den Sozialdemokraten Helmut Schmidt im Kanzleramt abgelöst hatte, dessen Regierungskoalition aus CDU, CSU und FDP im März 1983 durch Wahlen bestätigt worden war und der wie sein Vorgänger die Stationierung befürwortete, verließ an jenem 22. Oktober mit dem Hubschrauber das Bonner Kanzleramt. Auf seinen Wunsch hin drehte der Pilot noch eine Runde über dem Hofgarten. „Wenn Sie da sitzen, fragen Sie sich ja schon – hast Du recht und alle diese unrecht“, soll Kohl in dieser Situation seinen Begleitern gegenüber geäußert haben. Doch Kohls Zweifel, wenn es denn welche waren, hielten nicht lange an. Genau einen Monat nach der großen Bonner Demonstration, am 22. November 1983, stimmte der Bundestag mit den Stimmen der Regierungsparteien und einiger einzelner Sozialdemokraten der Stationierung nuklearer Mittelstreckenwaffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik zu, die kurze Zeit später begann.

Die Nachrüstungskrise der Jahre um 1980 war einer der Höhepunkte ost-westlicher Spannungen nach 1945. Sie war an Konfrontativität und Brisanz durchaus den dramatischen Krisen des frühen Kalten Kriegs vergleichbar, insbesondere den Krisen um Berlin (1958/59, 1961) und Kuba (1962). Sie stand im Zentrum des „Zweiten Kalten Krieges“, jener neuen Phase ost-westlicher Konfrontation nach der Phase der Entspannung seit Ende der 1970er Jahre, war aber zugleich nur noch wenige Jahre vom Ende des Kalten Kriegs, vom Fall der Mauer, der deutschen Wiedervereinigung und der Überwindung des Ost-West-Konflikts entfernt.

Die Bedeutung der Raketenkrise, wie sie auch genannt wird, liegt aber nicht nur im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, sondern sie ist in der



Prof. Dr. Eckart Conze, Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Marburg

Geschichte der Bundesrepublik auch von erheblicher innenpolitischer und gesellschaftlicher Bedeutung. Mit ihr verbindet sich der Entwicklung der Friedensbewegung zu einer Massenbewegung, personell und inhaltlich, insbesondere in der Atomkritik, eng verbunden mit der Umweltbewegung, sowie, damit zusammenhängend, der Aufstieg der Grünen als politische Partei. Spätestens mit dem Einzug der neuen Partei in den Bundestag 1983 wandelte sich das westdeutsche Parteiensystem zu einem Vierparteiensystem.

Die Nuklearkrise der Jahre um 1980 trug aber auch zum Regierungswechsel von 1982 bei, zu dem es auch deswegen kam, weil Bundeskanzler Helmut Schmidt, wie sein Nachfolger Kohl ein Befürworter der Raketenstationierung, in seiner eigenen Partei zunehmend isoliert war, was sein Gewicht in der Koalitionskrise mit der FDP Hans-Dietrich Genschers reduzierte. In der Zeit um 1980 wird die enge Verknüpfung innenpolitischer beziehungsweise gesellschaftlicher sowie außenpolitischer Entwicklungen vor dem Hintergrund des Kalten Krieges sichtbar, der letztlich seit Gründung des westdeutschen Staates tief in Innenpolitik und Gesellschaft der Bundesrepublik hineinragte. Auch darin liegt die Bedeutung der Entwicklungen um das Jahr 1980.

II.

Der „Zweite Kalte Krieg“ hatte sich seit Mitte der 1970er Jahre abzuzeichnen begonnen. Während sich die USA nach dem Vietnamkrieg in einer Schwächephase befanden, betrieb die Sowjetunion unter dem Schirm nuklearer Rüstungskontrollvereinbarungen eine aggressive Aufrüstungspolitik. Auch in der „Dritten Welt“, vorwiegend in Afrika, trat sie politisch und militärisch auf den Plan. Vor diesem Hintergrund befürchtete Schmidt, dass sich eine Verschiebung des weltpolitischen Gleichgewichts früher oder später auch auf die

Situation in Europa auswirken würde.

In Europa ging es um ein wachsendes Ungleichgewicht bei konventionellen Waffen, mehr noch aber um die sogenannte eurostrategische Nuklearrüstung der UdSSR. Moskau hatte nämlich begonnen, die alten sowjetischen Kernwaffen mittlerer Reichweite (500 bis 5000 Kilometer) durch moderne Waffensysteme vom Typ SS-20 zu ersetzen. Dem hatte der Westen nichts Vergleichbares entgegenzusetzen. Nicht nur für Helmut Schmidt war das eine politische Gefahr. Wenn Westeuropa von der Sowjetunion nuklear bedroht wurde, ohne im Sinne der Abschreckung angemessen darauf reagieren zu können, dann war die Sicherheitslage auf beiden Seiten des Atlantiks nicht mehr gleich.

Würden die USA im Zweifelsfalle mit ihren interkontinentalen Nuklearwaffen auf einen sowjetischen Angriff auf Westeuropa reagieren und sich dadurch dem Risiko atomarer Vernichtung aussetzen? In dieser Situation nutzte der deutsche Bundeskanzler im Oktober 1977 eine Rede vor dem Internationalen Institut für strategische Studien (IISS) in London, um die sicherheitspolitischen Eliten des Westens auf die politische Bedeutung des nuklearen Gleichgewichts aufmerksam zu machen.

Der amerikanische Vorschlag, den europäischen Interessen durch die Stationierung einer neuartigen Waffe, der Neutronenwaffe, zu entsprechen, scheiterte. Der SPD-Politiker Egon Bahr bezeichnete diese Atomwaffe als „Perversion des Denkens“, weil sie Menschen tötete, militärisches Gerät jedoch intakt ließ. Die Debatte über die Neutronenwaffe trug dennoch zur Neuformierung der Friedensbewegung insbesondere in der Bundesrepublik bei. Den Rüstungsgegnern ging es dabei nicht nur um das politische Ziel, an der Entspannungspolitik festzuhalten, sondern auch um eine grundsätzliche Kritik an nuklearen Waffen und an einer Sicherheitspolitik, die auf der Existenz von Kernwaffen beruhte, einer Strategie, die auf nuklearen Vernichtungsdrohungen beruhte.

Aus diesem Grund richtete sich der Protest der Friedensbewegung bald auch gegen den NATO-Doppelbeschluss, auf den sich die westlichen Staaten am 12. Dezember 1979 verständigten. Dieser Beschluss sah zu einen – als Reaktion auf die sowjetische Raketenmodernisierung – die Stationierung nuklearer Mittelstreckenwaffen vor, die von Westeuropa aus Ziele in der Sowjetunion erreichen konnten. Beschönigend, aber in der Sache zutreffend, sprach man von „Nachrüstung“. Zugleich enthielt der Beschluss ein Angebot an die UdSSR, in Verhandlungen über den Abbau der sowjetischen SS-20-Systeme einzutreten, um die Stationierung abzuwenden.

Nach dem NATO-Doppelbeschluss verschlechterte sich das ost-westliche Klima dramatisch. Am 27. Dezember 1979 marschierten sowjetische Truppen in Afghanistan ein, um dort ein pro-sowjetisches Marionettensystem zu installieren. Heute wissen wir, dass vor allem die islamische Revolution im Iran Moskau zu der Invasion veranlasst hat, weil man eine politische Islamisierung der zentralasiatischen Sowjetrepubliken befürchtete, für die Afghanistan das Einfallstor hätte bilden können. Die USA und in ihrem Gefolge die Bundesrepublik reagierten auf den Einmarsch in Afghanistan mit dem Boykott der Olympischen Sommerspiele 1980 in Moskau.

Dennoch begannen 1980 erste amerikanisch-sowjetische Sondierungsgespräche über die nukleare Rüstung im Mittelstreckenbereich, wurden jedoch nach dem Wahlsieg des Republikaners Ronald Reagan bei den Präsidentschaftswahlen 1980 wieder abgebrochen. Nach Reagans Amtsübernahme verschlechterten sich die Beziehungen weiter. Für die



Foto: akg-images

Am 22. Oktober 1983 versammelten sich rund 500 000 Menschen im Bonner Hofgarten, um gegen den NATO-Doppelbeschluss und die Neuaufstellung

von Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik zu demonstrieren. Selbst Soldaten in Uniform nahmen an der Kundgebung teil.

Gespräche zwischen USA und Sowjetunion, Ende 1981 wieder aufgenommen, waren das keine guten Rahmenbedingungen. Die sowjetische Delegation verließ den Verhandlungstisch in Genf, als im sich 1983 die Stationierung der amerikanischen Waffensysteme abzeichnete. Es herrschte Eiszeit.

In der Bundesrepublik unterstützte die sozialliberale Koalition den Kurs der NATO beziehungsweise der USA. Doch für Kanzler Schmidt wurde es zunehmend schwieriger. Gelang es ihm zunächst noch, seine eigene Partei auf seinen sicherheitspolitischen Kurs und insbesondere den Doppelbeschluss festzulegen, so bröckelte dieser Rückhalt ab, je näher die Stationierung rückte und je massiver und breiter der gesellschaftliche Protest dagegen wurde. Auf dem Bundesparteitag der SPD 1983 – wenige Monate nach dem Ende von Schmidts Kanzlerschaft – stimmten von 400 Delegierten nur noch 13 mit Helmut Schmidt für den Doppelbeschluss.

Die weitere politische Entwicklung im Zusammenhang mit der NATO-Nachrüstung ist rasch erzählt: Die Regierung Kohl/Genscher, die im Oktober 1982 die Amtsgeschäfte übernahm, bekannte sich eindeutig zum NATO-Doppelbeschluss und damit zur Stationierung nuklearer Mittelstreckenwaffen auf deutschem Boden. Die vorgezogenen Bundestagswahlen von 1983, erreicht durch eine verfassungsrechtlich umstrittene Vertrauensfrage des Bundeskanzlers, brachten CDU/CSU und FDP eine klare Mehrheit, der Union mit 48,6 Prozent der Stimmen sogar ihr zweitbestes Ergebnis in der Geschichte der Bundesrepublik (nach der absoluten Mehrheit von 1957).

Allerdings waren die Wahlen von 1983 kein Plebiszit zur Stationierung nuklearer Waffen; vielmehr bestimmten andere Themen, insbesondere der Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, das Wahlverhalten. Dennoch gab es im Bundestag nunmehr eine solide Mehrheit für die Stationierung. Nachdem es bis in den Herbst 1983 zu Verhandlungslösungen zwischen Washington und Moskau gekommen war, stand der Bundestag vor dem Stationierungsbeschluss.

Vor genau diesem Hintergrund kam es zu dem eingangs beschriebenen Massenprotest, der jedoch den Parlamentsbeschluss nicht verhindern konnte.

III.

Die Friedensbewegung war die größte außerparlamentarische Protestbewegung in der Geschichte der Bundesrepublik. Im Laufe des Jahres 1983 gelang es ihr, Hunderttausende von Deutschen gegen die Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenwaffen zu mobilisieren. Das gemeinsame Protestanliegen – die Friedensbewegung war eine *single issue*-Bewegung – einte die heterogenen, politisch, gesellschaftlich und kulturell ganz unterschiedlichen Protestgruppen. Nach der Bundestagsentscheidung vom November 1983 verlor die Bewegung mit ihrer Mobilisierungsfähigkeit rasch auch ihre breitere soziale Basis. In ihrer Bedeutung reicht sie dennoch über die frühen 1980er Jahre und das konkrete rüstungspolitische Anliegen hinaus.

Trotz ihrer Heterogenität fand die Friedensbewegung gerade 1982/83 zu einer enormen Geschlossenheit ihres Handelns. Ihr koordinierendes und repräsentierendes Zentrum war der *Koordinationsausschuss*, der in Bonn angesiedelt war. Dieser Ausschuss führte die unterschiedlichen Spektren der Friedensbewegung zusammen und gab ihnen dadurch größere, insbesondere bundespolitische Wirkungskraft. Trotz aller Überschneidungen und Wechselwirkungen lassen sich idealtypisch fünf Spektren unterscheiden: das sozialdemokratische; die Grünen; das kommunistisch beeinflusste, zum Teil aus der DDR finanzierte, aber auch für nicht-kommunistische Gruppen offene *Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit* (KOFAZ); das bunte Spektrum autonomer Verbände, Gruppierungen und Initiativen, organisiert in der losen *Bundeskonferenz Unabhängiger Friedensgruppen*; sowie schließlich das christliche Spektrum.

Anders als in den 1950er Jahren war die christliche Friedensbewegung der Jahre um 1980 interkonfessionell, mochte

auch die friedenspolitische Aufladung der evangelischen Kirchentage in Hamburg (1981) und Hannover (1983) den Eindruck protestantischer Dominanz erwecken. Der westdeutsche Katholizismus und die Evangelischen Kirchen in Deutschland waren in ihren Positionen zur atomaren Rüstung gespalten; tiefe Risse zogen sich durch Landeskirchen und Diözesen, ja durch einzelne Gemeinden und lokale kirchliche Organisationen.

Dennoch übte die christliche Friedensbewegung einen erheblichen Einfluss aus, weil gerade die christlich geprägten Angehörigen und Repräsentanten der Friedensbewegung für deren Gesamtprofilierung und die öffentliche Wirksamkeit besonders bedeutend waren. Durch sie wurden die moralischen Zweifel an der nuklearen Abschreckung und der Sicherheitspolitik von NATO und Bundesregierung mit religiösen Argumenten unterlegt und dadurch verstärkt. Die friedenspolitische Interpretation der Bergpredigt durch den bekannten Journalisten Franz Alt, die auf ein massenhaftes Echo stieß, ist nur ein Beispiel dafür. Die Resonanz, die Alt, selbst CDU-Mitglied, erfuhr, zeigt allerdings auch, wie die christlich geprägte Friedensargumentation auch bürgerliche Gesellschaftsgruppen für die Friedensbewegung öffnete.

Die Friedensbewegung war eine stark linke, aber doch keine ausschließlich linke Bewegung. Ihre Kraft lässt sich nur erklären aus dem Kontext jener soziopolitischen und soziokulturellen Entwicklungen, die die Bundesrepublik – und andere westliche Gesellschaften – seit den 1970er Jahren erfasst hatten. Prozesse des Wertewandels und die Abkehr vom Fortschrittsparadigma trugen entscheidend bei zur Herausbildung neuer Formen und Ziele gesellschaftlichen Protests. Nicht mehr der letztlich zukunftsweisende Sozialutopismus der 1960er und frühen 1970er Jahre trug diese neuen Protestbewegungen, sondern Fortschrittsskepsis und apokalyptische Zukunftsängste.

Der gesellschaftliche und politische Protest teilte nicht mehr die fortschrittsgewissen Grundannahmen der Moderne,

sondern stellte diese Moderne und ihre Begleiterscheinungen, ihre Bedrohungen und Gefahren, zum Teil radikal in Frage. Es ist kein Zufall, dass dem Widerstand gegen die Stationierung neuer nuklearer Waffensysteme und gegen die Existenz atomarer Waffen insgesamt der wachsende Protest gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie vorausging. Im anti-nuklearen Protest zunächst der Ökologie- und Umweltbewegung und dann der Friedensbewegung äußerte sich ein kulturkritisches Unbehagen an Fortschritt und industriell-technischer Modernität.

In den etablierten Parteien der Bundesrepublik fand dieses Unbehagen gerade der jüngeren Generation keinen Widerhall. Das war die Geburtsstunde der neuen Partei der Grünen, deren Genese und Aufstieg ohne die Anti-Atomkraft-Bewegung als Kern der Umweltbewegung und ohne den Protest gegen die nukleare Rüstung und die atomare Abschreckung nicht zu erklären sind.

Zu den wichtigsten Protagonisten von Modernitätskritik und Fortschritts-skepsis gehörte schon seit den 1970er Jahren der SPD-Politiker Erhard Eppler, der auch wegen seines kirchlichen Engagements zu einer Galionsfigur von Umwelt- und Friedensbewegung wurde. Aber auch Politiker der Grünen verstanden ihre Nuklearkritik als Modernekritik, und er versuchte diese Argumentation durch Bezüge zum Nationalsozialismus zu verstärken. In einem Spiegel-Interview 1983, kurz nach dem Einzug der Grünen in den Bundestag, äußerte Joschka Fischer, einer der wichtigsten Repräsentanten der neuen Partei: „... ich finde es moralisch erschreckend, dass es offensichtlich in der Systemlogik der Moderne, auch nach Auschwitz, noch nicht tabu ist, weiter Massenvernichtung vorzubereiten – diesmal nicht entlang der Rassenideologie, sondern entlang des Ost-West-Konflikts.“

Damit wurden der anti-nukleare Protest und die Debatte über die NATO-Nachrüstung historisch uns geschichtspolitisch aufgeladen, um den jeweiligen Positionen zu größerer Wirksamkeit zu verhelfen. Denn auch Vertreter der Raketenstationierung scheuten vor NS-Bezügen nicht zurück. Auf Joschka Fischers Spiegel-Interview reagierte CDU-Generalsekretär Heiner Geißler wenige Tage später im Bundestag mit einer Stellungnahme, die im Parlament für höchste Erregung sorgte: „Der Pazifismus der 30er Jahre“, hielt Geißler der Friedensbewegung vor, „der sich in seiner gesinnungsethischen Begründung nur wenig von dem unterscheidet, was wir in der Begründung des heutigen Pazifismus zur Kenntnis zu nehmen haben, dieser Pazifismus der 30er Jahre hat Auschwitz erst möglich gemacht.“ Nationalsozialismus und Holocaust wurden so zum Argument in den rüstungspolitischen Auseinandersetzungen der frühen 1980er Jahre.

Gegen die zivile und die militärische Nutzung der Kernenergie wandten Angehörige der Friedensbewegung das Alptrauumszenario eines „atomaren Holocaust“. Für die Friedensbewegung war nicht nur die Stationierung neuer Atomwaffen verwerflich, sondern die gesamte Logik der nuklearen Abschreckung, die sich im Ost-West-Konflikt ausgebildet hatte und mit der die Nachrüstung politisch begründet wurde. Dabei war es in den Jahren um 1980 gar nicht einfach, die Risiken der Abschreckung und die Gefahren eines Nuklearkriegs zu beschwören. Trotz der Verhärtung der Fronten zwischen Ost und West schien die Abschreckung doch zu funktionieren, schließlich hatte sie mittlerweile über viele Jahre hinweg Frieden und Sicherheit gewährleistet.

Genau hier setzte die Kritik an. Die Friedensbewegung vertrat ein anderes

Verständnis von Frieden und Sicherheit, als es die Bundesregierung und die militärisch-sicherheitspolitischen Eliten der NATO taten. Sie bestritt die Legitimität und Moralität einer auf wechselseitiger atomarer Vernichtungsdrohung basierenden Idee von Sicherheit und Frieden, ja, sie sprach der sicherheitspolitischen „Expertokratie“, so Erhard Eppler, den Friedenswillen und die Friedensfähigkeit ganz prinzipiell ab. Für Eppler und für viele andere ihrer Angehörigen war die Friedensbewegung „der verzweifelte Versuch, den Frieden, der von oben nicht mehr zu erwarten ist, von der Basis her zu erzwingen“.

IV.

Die konfrontative Politik der 1981 ins Amt gelangten amerikanischen Regierung unter Ronald Reagan schien derartige Argumentationen zu stützen. Aus ihrer politischen Rhetorik – die Sowjetunion als „Reich des Bösen“ – sowie aus ihrer Rüstungs- und Militärpolitik ließen sich Argumente für die Wahrnehmung gewinnen, dass für die USA die Verhinderung eines Atomkriegs nicht mehr oberste politische Priorität war, sondern man in Washington darüber nachdachte, wie man einen Atomkrieg gewinnen könnte. Wollten die USA unter Reagan womöglich durch einen Atomkrieg den Kalten Krieg beenden? Sollten Europa und insbesondere Deutschland zum nuklearen Schlachtfeld werden, während sich die USA mit strategischen Verteidigungssystemen gegen atomare Angriffe schützten? Als der amerikanische Präsident im Frühjahr 1983, während in Europa die Stationierungskontroverse ihrem Höhepunkt zustrebte, seine Strategische Verteidigungsinitiative (SDI – Strategic Defense Initiative), auch *Star Wars* genannt, verkündete, schienen solche Gedanken nicht aus der Luft gegriffen.

Dass der amerikanische Präsident mit vielen Anhängern der Friedensbewegung tief sitzende moralische Bedenken gegen die Existenz nuklearer Waffen teilte, die zu einem wichtigen Faktor in seiner erfolgreichen Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik mit der Sowjetunion des 1985 ins Amt gekommenen KPdSU-Generalsekretärs Michail Gorbatschow wurden, war während Regans erster Amtszeit alles andere als deutlich. Vielmehr förderte er in der deutschen Öffentlichkeit – beileibe nicht nur in der Friedensbewegung – die Wahrnehmung, die NATO-Nachrüstung diene allein amerikanischen Supermachtinteressen in der globalen Auseinandersetzung mit der Sowjetunion.

Es schien, als habe sich Amerika von der Politik der Entspannung verabschiedet und respektiere die legitimen Sicherheitsinteressen der europäischen Verbündeten nicht mehr. Von der Bundesrepublik als „Abschussrampe“ für amerikanische Raketen, als Vorposten der USA war die Rede. In jedem Fall verstärkte die Reagan-Administration den Anti-Amerikanismus der Friedensbewegung, der mindestens bis in die 1960er Jahre zurückreichende Wurzeln hatte, aber durch die amerikanische Politik der frühen 1980er Jahre neu belebt wurde.

Eine kritische Auseinandersetzung mit der Sowjetunion und ihrer Politik, die immerhin durch ihre massiven Rüstungsanstrengungen in den 1970er Jahren den NATO-Doppelbeschluss mit herbeigeführt hatte, fand hingegen allenfalls in Ansätzen, wenn überhaupt, statt. Sofern man sich nicht von kommunistischen Friedenssirenen betören ließ, verdrängten weite Teile der Friedensbewegung diese Tatsache und reduzierten die Ziele der Bewegung auf die Verhinderung der NATO-Nachrüstung. Diese Marginalisierung der Sowjetunion

wurde in den USA, aber auch in anderen westlichen Staaten ebenso aufmerksam registriert wie die Aufwallungen eines nationalen Neutralismus, der sich mit dem Anti-Amerikanismus verband und die Westbindung der Bundesrepublik in Frage zu stellen schien.

Mit ihrem klaren Kurs hat die Regierung Kohl/Genscher das deutsch-amerikanische Verhältnis, das in den letzten Jahren der Kanzlerschaft Helmut Schmidts beschädigt worden war, wieder stabilisiert und am Ende die deutsch-amerikanische Vertrauenskrise überwunden. Es gehörte dennoch zu den Wirkungen der Raketenkrise und der politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit dem NATO-Doppelbeschluss, dass die Logik des nuklearen Gleichgewichts und der nuklearen Abschreckung nach den Stationierungsbeschlüssen nicht mehr jene gesellschaftliche Akzeptanz zurückgewinnen konnte, die sie vorher hatte.

Im Gegenteil: Die intensive gesellschaftliche und politische Auseinandersetzung mit der Existenz nuklearer Waffen hatte ein neues Bewusstsein für die höchst prekäre moralische Legitimität der atomaren Abschreckung – die Drohung mit wechselseitiger Vernichtung – geweckt. Das floss auf amerikanischer wie auf sowjetischer Seite schon vor 1989/90 in die Rüstungsbeziehungsweise Abrüstungspolitik ein, und es beschleunigte nach 1989/90 die nukleare Abrüstung vorübergehend.

V.

Die nach der Raketenkrise der frühen 1980er Jahre und der massiven amerikanisch-sowjetischen Konfrontation jener Jahre zunächst ganz überraschende neue ost-westliche Abrüstungsdynamik – und es ging seit 1985 wirklich um Abrüstung, nicht nur um Rüstungskontrolle – fand ihren ersten Höhepunkt im sogenannten INF-Vertrag, einem Abkommen über die Beseitigung aller amerikanischen und sowjetischen nuklearen Mittelstreckenwaffen (INF = Intermediate Nuclear Forces) mit einer Reichweite von 500 bis 5500 Kilometern, das der amerikanische Präsident und der sowjetische Generalsekretär im Dezember 1987 in Washington unterzeichneten.

Das Washingtoner Treffen war nur eines von mehreren Gipfelbegegnungen, zu denen es nach 1985 kam und in denen sich nicht nur eine neue Dynamik der Entspannung spiegelte, sondern auch ein in Europa und insbesondere in der Bundesrepublik durchaus skeptisch betrachteter Bilateralismus der Supermächte. Der INF-Vertrag war der erste echte Abrüstungsvertrag im Bereich nuklearer Waffen. Alle früheren Abkommen waren Rüstungsbegrenzungsabkommen gewesen, insbesondere die beiden SALT-Verträge (Strategic Arms Limitation Talks) der 1970er Jahre, die nicht auf Verminderung der nuklearen Arsenale zielten, sondern auf die Festlegung von Rüstungsobergrenzen zur Herstellung beziehungsweise Verfeinerung des atomaren Gleichgewichts und damit zur Stabilisierung der nuklearen Abschreckung.

Der Abrüstungsbilateralismus der beiden Supermächte sorgte in der Bundesrepublik, die gar nicht konsultiert wurde, für politische Unruhe und Konflikte. Die völlige Beseitigung der atomaren Mittelstreckenwaffen, die der INF-Vertrag anstrebte, so meinten manche, lasse eine Lücke in der Abschreckung entstehen, die doch durch die NATO-Nachrüstung hatte überwunden werden sollen. Solche Überlegungen waren nicht von der Hand zu weisen, aber man musste sich doch erst die abstrakte, kühl kalkulierende Logik der Nuklearstrategie zu eigen machen, um in solchen Kategorien zu denken. Dazu

war die Mehrheit der im Bundestag vertretenen Parteien und mit ihnen die überwiegende Mehrheit der Westdeutschen nicht bereit. Die Diskussionen und Auseinandersetzungen um den Doppelbeschluss hatten zwar die Nachrüstung nicht verhindert, sie hatten aber die prinzipielle, gerade auch moralische Legitimität einer Sicherheitsdoktrin, die auf der Existenz von Massenvernichtungswaffen und auf der wechselseitigen Vernichtungsdrohung basierte, nachhaltig unterhöhlt.

Wer in der internationalen Politik der Gegenwart die Stabilität des Kalten Krieges vermisst, der sollte auch bedenken, auf welchen Grundlagen beziehungsweise Prämissen diese Stabilität beruhte. Über drei Jahrzehnte nach seinem Abschluss haben die USA im Frühjahr 2019 den INF-Vertrag gekündigt, gegen den die Sowjetunion bereits seit Jahren zu verstoßen begonnen hatte. Der Vertrag war ein Produkt des Kalten Krieges und des globalen amerikanisch-sowjetischen Bilateralismus. In die multipolare Ordnung frühen 21. Jahrhunderts passte er kaum noch. Die Intensivierung nuklearer Rüstung durch China beispielsweise konnte er nicht verhindern.

Die Stärke des Westens, die sich in der NATO-Nachrüstung und den Stationierungsbeschlüssen der frühen 1980er Jahre manifestiert habe, so wird gelegentlich behauptet, habe die Sowjetunion in die Knie gezwungen und binnen weniger Jahre zum Sieg des Westens im Kalten Krieg geführt. Diese Argumentation scheint auf den ersten Blick plausibel, doch bei näherer Betrachtung ist sie doch zu einfach und trägt der Komplexität der politischen Entwicklungen nicht angemessen Rechnung. Wichtig und richtig ist sicherlich, dass der in der Krise und der ost-westlichen Konfrontation auch angesichts massiven sowjetischen Drucks demonstrierte Bündniszusammenhalt, die Kohäsion der NATO-Allianz, ein klares und deutliches Signal westlicher Festigkeit und Entschlossenheit in Richtung Osten aussandte.

Wichtig ist fraglos auch, dass der Rüstungsdruck, den der Westen ausübte, insbesondere auch als rüstungstechnologischer Druck (nicht zuletzt in Gestalt des weltraumgestützten Raketenabwehrsystems SDI), nicht nur zum Aufstieg Michail Gorbatschows in der Sowjetunion beitrug, sondern auch dessen Reformpolitik im Zeichen von Glasnost (Transparenz) und Perestrojka (Umgestaltung) beförderte. Ziel dieser Politik war indes nicht das Ende beziehungsweise die Transformation sowjetisch-kommunistischer Herrschaft und auch nicht die Auflösung des Ostblocks. Vielmehr ging es um Effizienzsteigerung gerade auch vor dem Hintergrund des Ost-West-Konflikts.

Nicht zu verkennen ist jedoch, dass diese Politik, verbunden mit der Entspannungs- und Abrüstungsorientierung der Reagan-Administration in ihrer zweiten Amtszeit, sowohl innerhalb der Sowjetunion und dann im Ostblock insgesamt, Reform- und Transformationsdynamiken auslöste, an deren Ende die Erosion des Ostblocks, die friedlichen und demokratischen Revolutionen in Osteuropa, einschließlich der DDR, die deutsche Vereinigung und das Ende des Kalten Krieges standen. Gerade im 30. Jahr des Mauerfalls und in deutscher Perspektive sollte man in diesem Zusammenhang freilich nicht vergessen, dass die friedliche und demokratische Revolution in der DDR im Herbst 1989 zwar ohne die Dynamiken der internationalen und der ost-westlichen Politik der 1980er Jahre nicht zu verstehen ist, dass es aber nicht diese Dynamiken waren, sondern die Menschen in Ostdeutschland, die am 9. November 1989 die Mauer zu Fall brachten und die SED-Diktatur überwandten. □